Mittwoch, 29. Juni 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 148 - 26.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf.10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 8,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Die Krefelder Krawalle bestätigen nach Zimmermanns Meinung, daß Vermummung und passive Bewaffnung verboten werden müssen. Für die FDP lehnt Frau Adam-Schwaetzer dies ab. Die CSU fordert Schnoors Rücktritt.

Italien: Craxi und Spadolini erheben Anspruch auf Führung einer neu aufgelegten Fünferkoalition. Endergebnisse: CD 32,9 Prozent; KPI 29,9; Sozialisten 11,4; Neofaschisten (MSI) 6,8; Republikaner 5,1; Sozialdemokraten 4,1; Liberale 2,9. Kursverluste bei der Börse (durchschnittlich zehn Prozent) und Nachgeben der Lira. Der mutmaßliche Terrorist Toni Negri kam für die Radikalen ins Parlament.

Warschauer Pakt und Comecon tagen in Moskau, vermutlich mit West-Nachrüstung und Polen als Hauptthemen. Neue Drohungen von Ustinow; Rumäniens Ceausescu kritisiert Warschaupakt-Manöver, die am Mittwoch an der Grenze zu Polen beginnen, als „unnötige Schaustellung".

Gewalttaten: In Frankfurt wurde eine Bombe am Schulungszentrum des Flughafens entschärft. Hundert Demonstranten griffen mit Brandsätzen und Steinen die Startbahn-Untertunnelung an. – In Dragahn warfen Gegner der Wiederaufbereitungsanlage Nagelbretter vor Polizeiwagen. Es gab 16 Festnahmen.

Biedenkopfs Wiederwahl als CDU-Vorsitzender Westfalen-Lippe ist nach Abstimmung im vierten Parteibezirk gesichert.

Libanon erhält US-Hilfe über 251 Millionen Dollar. Reagan sichert Gemayel anhaltende Unterstützung zu. – Das israelische Kabinett berät Teilrückzug. – Neue Kämpfe im Bekaa-Tal zwischen Anhängern und Gegnern Arafats.

El Salvador: Feuerüberfall mit Maschinengewehren und einer Rakete auf die US-Botschaft. Niemand wurde verletzt.

Tschad: Frankreichs Präsident Mitterrand warnt Libyen vor „Abenteuern" und sichert Tschad Unterstützung zu.

Heute: Das Kabinett berät abschließend über den Bundeshaushalt 1984. – Nach Abstimmung zwischen Stoltenberg, Graf Lambsdorff und Blüm wird Kabinettsentscheid über weitere Finanzhilfe für Arbed-Saarstahl erwartet. – UN-Generalsekretär Perez de Cuellar besucht die „DDR". – US-Nahostbotschafter Habib führt Gespräche in Kairo. – Reagan gab in der Nacht Pressekonferenz. (02.00 MEZ)

ZITAT DES TAGES



» Jeder wird bitter enttäuscht werden, der nicht begreift, daß die zeremoniellen Unterschriften und Abkommensratifikationen sowjetischer Führer nur dann ernsthaft respektiert werden, wenn sie wissen, daß die Gegenseite ausreichende militärische Macht besitzt. «

Der jugoslawische Dissident Milovan Djilas FOTO: SUTTON/STUDIO X

WIRTSCHAFT

Prime Rate: Gerüchte an den US-Finanzmärkten rechnen mit Anhebung auf elf Prozent (von 10,5). – Bundesbank-Vizepräsident Schlesinger hält den Einfluß der Zinsen auf die Konjunktur für „oft sehr überschätzt".

Leistungsbilanz: Überschuß von 1,4 Milliarden DM im Mai nach 0,3 Milliarden im Vormonat; Handelsbilanzüberschuß: 3,6 Milliarden.

Ungleichgewicht im innerdeutschen Handel: Ausfuhr in die „DDR" im Wert von 3,24 Milliarden DM (35 Prozent mehr als im Vorjahr), Einfuhr 2,73 Milliarden DM in den ersten fünf Monaten 1983.

Arabien-Handel sinkt: Der deutsche Export in die arabischen Staaten ging um 12,8 Prozent auf 5,85 Milliarden DM zurück; der Import um 47,2 Prozent auf 2,35 Milliarden DM.

Japans Premier Nakasone hat ein Importförderungsprogramm angeordnet. Japan erwartet einen Handelsüberschuß von 30 Milliarden Dollar (Vorjahr: 20 Milliarden). Videorecorder-Exporte in die EG gingen um 23 Prozent auf 252 000 Stück zurück; insgesamt stieg die Video-Ausfuhr um 52 Prozent auf 1,1 Millionen Geräte, vor allem nach USA (137 Prozent).

Polen will Grundnahrungsmittel wie Fleisch, Brot und Milchprodukte um fünf bis 50 Prozent verteuern. Polens Parlament berät die Wirtschaftslage.

Börse: Geringe Nachfrage und Gewinnmitnahmen führten zu nachgebenden Aktienkursen. Auch der Rentenmarkt war schwächer. WELT-Aktienindex 139,7 (140,7). Der Dollar stieg um fast vier Pfennig auf 2,5547 (2,5160) Mark. Goldpreis pro Feinunze 416,00 (419,50) Dollar.

KULTUR

WDR-Chefredakteur Tho M. Loch will nach Vorwürfen wegen früherer Zugehörigkeit zur Waffen-SS zurücktreten.

Moskau: Der britische Beitrag „Chariots of Fire", der die Flucht eines sowjetischen Kapitäns behandelt, wurde für die Moskauer Filmfestspiele abgelehnt.

Ein Mondrian-Bild wurde in London für sechs Millionen DM versteigert.

Polen will die Besetzung seiner Berner Botschaft 1982 verfilmen lassen.

SPORT

Motorsport: Weltmeister Walter Röhrl gewann auf einem Lancia auch die Rallye Neuseeland und führt in der WM-Gesamtwertung klar. Seinen Titel will er dennoch nicht verteidigen – er macht lieber Urlaub.

Leichtathletik: 54 Athleten aus der Bundesrepublik wurden für die ersten Weltmeisterschaften in Helsinki nominiert. Wegen zu schwacher Leistungen fehlen Sprinterinnen, Weitspringer und Kugelstoßer.

AUS ALLER WELT

Ausbruch: Zum zweiten Mal ist der Kindesentführer Hagen Roll in Hamburg aus der Haft ausgebrochen.

Absturz: Der bekannte Ballonfahrer Maxie Anderson ist mit einem Begleiter bei Bad Kissingen abgestürzt; beide starben.

Diamant: In Südafrika ist ein neuer Riesen-Diamant von 471 Karat gefunden worden.

Wetter: In den Alpen fiel Schnee ab 2000 Meter Höhe. Vom Norden her Bewölkungsverdichtung; Tageshöchsttemperaturen 15 bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Polizeiführung beging schwere Fehler bei Krefelder Krawallen

Aufzeichnungen der Sicherheitsbehörden / Union fordert Rücktritt Schnoors

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Die schweren Krawalle während des Besuchs von US-Vizepräsident Bush in Krefeld haben Auswirkungen auf die Diskussion um die Neufassung des Demonstrationsstrafrechts. Nach Auffassung von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann bestätigen die Vorgänge in Krefeld die Notwendigkeit eines Verbots der Vermummung und der „passiven" Bewaffnung. Außerdem müsse der Polizei eine „Distanzwaffe" an die Hand gegeben werden. Der Bundesinnenminister will seine Position ungeachtet anhaltender Widerstände der FDP im Bundeskabinett zur Geltung bringen, das sich voraussichtlich heute mit den Ereignissen in Krefeld befaßt.

Gravierende Fehler wurden am Einsatztag selbst begangen. Im Lagebericht heißt es: „10.20 Uhr: Im Bahnhofbereich befinden sich ca. 150 vermummte Störer (teilweise Punker), die Pflastersteine sammeln." Dies war 45 Minuten vor Beginn der offiziellen Feier mit Bush, ohne daß die Polizei eingegriffen hätte. Die Beamten – zum Teil in Ausgehuniformen – waren dazu zu schwach. Schnoor hatte auch keine Polizeibeamten des Bundes angefordert.

Um 10.40 Uhr wird dann registriert: „Demonstranten gehen mit Farbbeuteln und Steinen gegen Polizeibeamte vor. Es gibt verletzte Polizeibeamte." Die Überraschung der Polizei über diese Angriffe kommt in der angefügten Formulierung zum Ausdruck: „Es wird ein unerwartet früher Beginn von Störaktionen registriert."

Die wohl schwerwiegendste Fehlentscheidung wurde gegen

SEITE 4:
Liste der Pannen ist lang

13.30 Uhr getroffen, als etwa 1000 Störer das Gebäude des Schutzbereichs West der Polizei zu stürmen versuchten. Genau zu diesem Zeitpunkt wurde die Kolonne mit Bush, Bundespräsident Carstens und Bundeskanzler Kohl auf ihrer Fahrt vom Seidenweberhaus zum Krefelder Hof an dieser Stelle vorbeigeleitet. Die Gewalttäter hatten dadurch Gelegenheit, die Wagen mit Eisenstangen, Steinen und Farbbeuteln anzugreifen.

In internen Analysen sind die Sicherheitsbehörden mit Blick auf den Herbst zu dem Ergebnis gekommen, daß die aus „gewalttätigen Berufschaoten" bestehenden Störergruppen, die aus dem Bundesgebiet anreisen, „zunehmend risikobereiter werden und auch die Tötung von Polizeibeamten in Kauf nehmen". Die 134 in Krefeld vorläufig festgenommenen Personen waren allesamt von auswärts.

Im Zusammenhang mit den Vorfällen von Krefeld fordert die CDU/CSU den Rücktritt des nordrhein-westfälischen Innenministers Schnoor (SPD), der nach den Worten des CSU-Landesgruppenvorsitzenden Waigel bei der Vorbereitung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen versagt habe. Bundesinnenminister Zimmermann meint, daß die Sicherheitsbehörden einen gravierenden Fehler begangen hätten, als sie die bereits am Abend zuvor eingesickerten Störer nicht im entsprechenden Umfang festgenommen haben. Außerdem seien von 23 Festgenommenen am nächsten Morgen bereits wieder 21 frei gewesen.

Aufzeichnungen der Sicherheitsbehörden zeigen, daß bei der polizeilichen Einsatzplanung, für die Minister Schnoor politisch verantwortlich ist, schwerwiegende Fehler gemacht wurden.

Bericht über neue Gewerkschaft in Polen dementiert

DW. **Rom/Warschau**

Vatikanische Kreise sind der Darstellung entgegengetreten, Papst Johannes Paul II. und die polnische Regierung hätten Einigung über eine neue Gewerkschaft in Polen ohne Arbeiterführer Lech Walesa erzielt. Eine entsprechende Meldung der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS wurde als „jeder Grundlage entbehrend" eingestuft.

Erhebliche Zweifel wurden auch an der Version von CBS angemeldet, die katholische Kirche habe – sozusagen im Gegenzug – die Genehmigung für die Eröffnung einer eigenen Entwicklungsbank in Polen erhalten, die vor allem Landwirtschaft und Kleinbetriebe fördern solle. Es wurde aber bestätigt, daß seit mehreren Monaten innerhalb der gemischten Kommission von Staat und Kirche in Warschau Verhandlungen über einen „Fonds" geführt würden. Die westeuropäischen Bischofskonferenzen wollten diesen Fonds mit fünf Milliarden Mark ausstatten, um Subventionen und Anschaffungskredite zu finanzieren. Auch in Kreisen der Deutschen Bischofskonferenz wurde bezweifelt, daß in dieser heiklen Frage bereits ein Einvernehmen mit der polnischen Führung erzielt worden sei. Ohne eine Zustimmung Moskaus, so wird vermutet, werde dieses Projekt nicht zu verwirklichen sein.

CSU wartet auf Kanzler-Angebot für Presseamt

lz, **Schloß Banz**

Die CSU-Landesgruppe im Bundestag hat auf ihrer Klausurtagung auf Schloß Banz ihre Forderung bekräftigt, mit einem stellvertretenden Regierungssprecher in Bonn vertreten zu sein. Sie erwartet am Rande der heutigen Kabinettsitzung ein erstes klärendes Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl über dieses Thema. Landesgruppenführer Theo Waigel wies gestern Erklärungen von Regierungssprecher Peter Boenisch, daß dieser Plan „QuatschA" sei, scharf zurück: „Ich bin nicht bereit, diesen Ton weiter hinzunehmen!" Derartige Qualifizierungen gehörten nicht zu den Obliegenheiten eines Regierungssprechers. Die CSU habe keinen Anlaß, von ihrer grundsätzlichen Forderung abzugehen, nachdem die FDP als kleinerer Koalitionspartner im Presseamt weit überproportional repräsentiert sei. Waigel: „Wir erwarten jetzt ein entsprechendes Angebot des Bundeskanzlers."

In seinem Grundsatzreferat hatte der CSU-Vorsitzende Strauß die CSU-Bundestagsabgeordneten ermahnt, nun in der Regierungsverantwortung nicht die heiligen Kühe aus der Oppositionszeit zu schlachten.

Ausdrückliche Zustimmung fand die Arbeit von Bundesinnenminister Zimmermann, der in Bonn „ein reifes Programm" (Waigel) absolviert habe.

Kohl betont Verantwortung für Nachwuchs

p. p. **Göttingen**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich auf der Jahresversammlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in Göttingen zur Förderung einer „Leistungselite" in der Bundesrepublik Deutschland bekannt. Denn ohne eine Leistungs- und Verantwortungselite und ohne die Bereitschaft, sie zu fördern, könne es Fortschritt nicht geben. Kreativität und Originalität seien neben Begabung und Fleiß die entscheidenden Voraussetzungen wissenschaftlicher Leistungen. Der Kanzler kündigte deshalb auch an, daß sich der Bund in seiner Mitverantwortung in der Frage der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung wieder in der Pflicht sehe, wenn nicht in absehbarer Zeit durch die Länder eine sachlich und verfassungspolitisch zufriedenstellende Lösung erreicht werde.

Auch der DFG-Präsident Eugen Seibold warnte – in der Frage der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung – den Staat vor einem zu langen „Nachdenken". Denn es gehe hierbei in erster Linie „um 2000 junge Menschen, erst dann um Kompetenzen und Prozente".

Der Deutschen Forschungsgemeinschaft standen im vergangenen Jahr rund 893,7 Millionen Mark von Bund, Ländern und privaten Stiftungen zur Verfügung.

Arbed-Hilfe könnte Etat noch ändern

HEINZ HECK, **Bonn**

Der heute vom Kabinett zu verabschiedende Sparhaushalt 1984 weist mit 1,8 Prozent eine der niedrigsten Steigerungsraten in der Geschichte der Bundesrepublik auf. Die Ausgaben von 257,75 Milliarden Mark werden in Höhe von 37.3 Milliarden durch Neuverschuldung gedeckt; diese liegt damit geringfügig über der vom Grundgesetz (Artikel 115) gebotenen Grenze der Investitionsausgaben (rund 35 Milliarden). Von 1985 an soll dieses in den vergangenen Jahren vernachlässigte Verfassungsgebot wieder beachtet werden.

Die weitgehend unstreitige Haushaltsvorlage des Finanzministers könnte in letzter Minute eine – im Gesamtrahmen allerdings unbedeutende – Veränderung erfahren. Die neuerdings wieder in Schwierigkeiten geratene Arbed-Saarstahl GmbH braucht zusätzliche Finanzspritzen, um die sich der saarländische Ministerpräsident Zeyer in Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl und Finanzminister Stoltenberg bemüht. Vor der heutigen Kabinettssitzung ist daher nochmals ein Gespräch der Minister Blüm, Lambsdorff und Stoltenberg vorgesehen, an dem vielleicht auch der Bundeskanzler teilnimmt. Das Ergebnis dieser Beratung dürfte in den anschließenden Haushaltsberatungen seinen Niederschlag finden. Im Gespräch sind Hilfen aus Bonn und Saarbrücken in dreistelliger Millionenhöhe mit harten Auflagen für das Unternehmen zur Kostensenkung.

Die Zunahme im '84er Entwurf gegenüber dem Bundeshaushalt (1983) (Soll) in Höhe von rund 4,5 Milliarden Mark wird nahezu zur Hälfte vom Anstieg der Zinszahlungen auf mehr als 29 Milliarden Mark aufgezehrt. Für die Zunahme im Etat des innerdeutschen Ministeriums sind allein buchhalterische Gründe ausschlaggebend.

Auch Freiberufler können mit der Entlastung bei der Vermögenssteuer rechnen, nachdem die verfassungsrechtlichen Bedenken ausgeräumt werden konnten.

Entwurf des Bundeshaushalts 1984

Einzelplan	Soll 1983	Entwurf 1984	Veränderung gegen Vorjahr
	– in Mio. DM –		in %
01 Bundespräsidialamt	15,7	17,2	+9,6
02 Bundestag	385,2	382,8	–0,6
03 Bundesrat	10,2	10,4	+2,0
04 Bundeskanzleramt	443,5	465,1	+4,9
05 Auswärtiges Amt	2 315,2	2 307,0	–0,4
06 Inneres	3 558,8	3 575,0	+0,4
07 Justiz	366,2	374,2	+2,2
08 Finanzen	3 653,5	3 843,2	+5,2
09 Wirtschaft	4 205,5	4 687,2	+11,5
10 Ernährung, Landwirtschaft	5 948,8	6 128,5	+3,0
11 Arbeit und Soziales	58 887,8	60 201,7	+2,2
12 Verkehr	24 849,7	24 650,9	–0,8
13 Post- und Fernmeldewesen	12,2	9,9	–18,9
14 Verteidigung	46 733,9	48 027,0	+2,8
15 Jugend, Familie, Gesundheit	17 246,4	16 595,3	–3,8
19 Bundesverfassungsgericht	12,3	12,5	+1,6
20 Bundesrechnungshof	42,6	40,4	–5,2
23 Wirtschaftl. Zusammenarbeit	6 267,2	6 455,1	+3,0
25 Raumordnung, Bauwesen	4 826,3	5 326,5	+10,4
27 Innerdeutsche Beziehungen	458,3	595,2	+29,9
30 Forschung und Technologie	6 918,8	7 126,4	+3,0
31 Bildung und Wissenschaft	4 602,8	3 924,1	–14,7
32 Bundesschuld	30 733,3	32 704,9	+6,4
33 Versorgung	10 522,8	10 340,5	–1,7
35 Verteidigungslasten	1 546,9	1 637,8	+5,9
36 Zivile Verteidigung	796,5	808,4	+1,5
60 Allgemeine Finanzverwaltung	17 843,7	17 502,6	–1,9
Gesamtsumme	253 205,0	257 750,0	+1,8

Ausgaben und Einnahmen

	Soll 1983	Entwurf 1984	Finanzplan 1985	1986	1987
Ausgaben	253,21	257,75	265,0	273,0	281,0
Steigerung in vH gegenüber Vorjahr	3,5	1,8	2,8	3,0	2,9
Einnahmen					
Steuereinnahmen	187,97	200,78	213,9	228,4	242,3
Verwaltungseinnahmen	23,93	19,36	17,8	16,6	15,8
Münzeinnahmen	0,40	0,27	0,4	0,4	0,4
Nettokreditaufnahme	40,91	37,34	32,9	27,6	22,5

DER KOMMENTAR

Geist und Geld

PETER PHILLIPS

Jahrelang sind die Begriffe „Elite" und „Leistung" als Folge einer falschverstandenen Bildungsreform verteufelt worden. Wenn sich jetzt der Bundeskanzler öffentlich zur Förderung von Eliten bekennt, die sich durch Leistung legitimieren müssen, dann manifestiert sich darin ein Stück geistiger Wende in der Bundesrepublik Deutschland.

Doch das Bekenntnis allein tut es nicht. Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, die eine Elitebildung erst ermöglichen. Im Klartext: Talentierte Nachwuchswissenschaftler müssen in Forschung und Lehre eine Zukunftsperspektive auch für sich selbst erkennen können, und dazu bedarf es finanzieller Förderung.

Professor Seibold, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, hat mehr als einmal davor gewarnt, daß unser Land es sich nicht leisten kann, die Ideen und Fähigkeiten des begabtesten Teils der Bevölkerung nicht zu nutzen; denn die Intelligenz der Bürger ist unser wichtigster Rohstoff. Bis 1985 entsteht bei den Hochschul-Professoren nur ein Ersatzbedarf von 1,8 Prozent der Stellen. Dieser Anteil wird erst nach 1991 auf jährlich vier Prozent und mehr ansteigen. Die Beschränkungen können jedoch bewirken, daß sogar diese niedrigen Quoten noch zu hoch gegriffen sind. Fehlt jedoch der Nachwuchs mit seinen frischen Ideen, so drohen an den Hochschulen die Denkstrukturen zu verknöchern.

In richtiger Erkenntnis dieser Gefahr hatte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur finanziellen Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf den Weg gebracht, nachdem ihre sozial-liberale Vorgängerin dieses Thema über Jahre hinweg hatte schleifen lassen. Aus verfassungspolitischen Gründen haben die Ministerpräsidenten der Länder dieses Vorhaben einhellig gestoppt und sich selbst in die Pflicht begeben.

Was die privaten Stiftungen, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und das 1985 auslaufende Heisenberg-Programm leisten können, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Es ist höchste Zeit, daß die Länder die notwendigen Gelder bereitstellen; denn sonst droht geistige Austrocknung.

Italiens Christdemokraten ziehen Bilanz der Verluste

Moralischer Sieg Spadolinis / Craxi in Schlüsselposition

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Die Christdemokraten sind die eindeutigen Verlierer der italienischen Parlamentsneuwahlen vom vergangenen Sonntag und Montag. Mit einem Stimmenanteil von 32,9 (–5,4) Prozent in der Abgeordnetenkammer und 32,4 (–5,9) Prozent im Senat haben sie den absoluten Tiefstand in ihrer bisherigen Parteigeschichte erreicht. Sie verloren 37 ihrer 262 Kammermandate und 18 ihrer 138 Sitze im Senat. 1953 hatten sie zwar prozentual einen noch schwereren Rückschlag – um 8,5 Prozentpunkte – hinnehmen müssen, waren aber mit 40 Prozent Stimmenanteil weit vor allen anderen Parteien die unumstrittene Führungskraft im Lande geblieben.

Der christdemokratische Parteivorstand will heute eine erste Bilanz der verlorenen Wahlschlacht ziehen. Zuverlässigen Informationen zufolge will Parteisekretär De Mita seinen Rücktritt anbieten. Auf der Verliererseite der Wahlabrechnung stehen neben den Christdemokraten auch die Kommunisten. Sie haben allerdings weit weniger Stimmen und Mandate eingebüßt als ihre Konkurrenzpartei. Ihr Stimmenanteil ging bei den Kammerwahlen um 0,5, bei den Senatswahlen um 0,7 Prozentpunkte zurück. Die KP verlor drei Kammer- und zwei Senatssitze. Die christdemokratischen Stimmenverluste kamen hauptsächlich den kleineren laizistischen Parteien und den Sozialisten zugute, denjenigen Parteien also, die in der vergangenen Legislaturperiode mit der Democracia Cristiana in der Regierung zusammengearbeitet hatten.

Als der eigentliche moralische Sieger ging der ehemalige Ministerpräsident Spadolini aus dem Wahlgang hervor. Seine Republikanische Partei, die im Gegensatz zu den Christdemokraten, Sozialisten und Sozialdemokraten in den letzten Jahren nie in irgendeinen Skandal verwickelt war, konnte ihren Stimmenanteil bei den Kammerwahlen von drei auf 5,1 Prozent steigern.

Die Sozialisten haben mit einem Stimmenanteil von 11,4 Prozent sowohl in der Kammer als auch im Senat ihr erklärtes Wahlziel, das bei über 12 Prozent lag, nicht erreicht. Das neofaschistische „Movimento Sociale" konnte durch Stimmen- und Sitzgewinne seine Position als viertstärkste Partei im Land ausbauen. Der sozialistische

SEITE 2:
Denkzettel auf italienisch

Parteisekretär Craxi, dessen Partei nach dem Wahlausgang noch klarer als bisher die Schlüsselposition für jede Regierungsbildung innehat, beschuldigte in einer Erklärung die Democracia Cristiana, den Wahlkampf radikalisiert zu haben, was zu einer Konfrontation geführt habe.

Auf das von KPI-Sekretär Berlinguer wiederholte Angebot einer Linksregierung ohne die DC antwortete Craxi: „Wir waren schon vorher der Auffassung, daß dafür die politischen Bedingungen nicht gegeben sind. Wie die Dinge heute stehen, scheint mir nicht, daß sich irgendein Faktor unserer Analyse verschoben hat."

Die Wahlbeteiligung lag bei den Kammerwahlen mit 89 Prozent um 1,6 Prozentpunkte niedriger als 1979, bei den Senatswahlen mit 88,7 Prozent um zwei Prozentpunkte unter den letzten Wahlen.

● Fortsetzung Seite 8

„Kohl verhilft dem Kreml zu realistischerer Sicht"

Luns: Sowjets haben mehr als 360 SS-20-Atomraketen

M. SCHELL/dpa, **Wilhelmshaven**

Die Sowjetunion besitzt nach Angaben von NATO-Generalsekretär Joseph Luns inzwischen „mehr als 360 SS-20-Raketen" mit je drei atomaren Sprengköpfen. Beim Besuch der neuen Fregatte „Rheinland-Pfalz" der Bundesmarine in Wilhelmshaven sagte Luns, die Produktion dieser Raketen halte unvermindert an. Monatlich würden zwei bis drei SS 20 fertiggestellt, erklärte er. Ziel Moskaus sei es, Europa durch ein militärisches Übergewicht politisch zu erpressen und von den USA abzukoppeln.

Die Chance, bei den Verhandlungen in Genf bis zum Herbst doch noch zu einer für beide Seiten akzeptablen Übereinkunft zu kommen, beurteilte Luns skeptisch. Aber eine Vereinbarung sei „nicht unmöglich". Die Sowjetunion sei offenkundig nach wie vor der irrigen Meinung, sie könne mit Hilfe der sogenannten Friedensbewegung die Standfestigkeit der NATO-Länder beeinträchtigen. Wahrscheinlich werde schon ein „Unterschied" in der sowjetischen Verhandlungsposition zu erkennen sein, „wenn auch nur eine Pershing 2" stationiert sei.

Der NATO-Generalsekretär hob die „Festigkeit" des deutschen Regierungschefs in der Sicherheitspolitik hervor und sagte im Hinblick auf dessen Moskau-Besuch, Bundeskanzler Helmut Kohl werde vielleicht der Führung im Kreml zu einer realistischeren Einschätzung der Gesamtlage verhelfen.

Der SPD-Politiker Horst Ehmke ist in New York der These entgegengetreten, daß die Sowjetunion eher zu Verhandlungen bereit sein könnte, wenn im Dezember mit der Stationierung neuer US-Raketen in Europa begonnen würde. Diese Annahme sei ein unheilvoller Fehler, sagte er.

In der Tschechoslowakei sind sowjetische Raketen stationiert. Diese von der Prager Regierung bisher bestrittene Tatsache geht aus einer Meldung der slowakischen Zeitung „Rolnické Noviny" hervor. Das Blatt berichtete, der Arbeiter Jozef Sokác sei zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er versucht habe, dem US-Geheimdienst genaue Angaben über die Stationierung von Raketenwaffen „auf unserem Gebiet" zu liefern. Dabei soll es vor allem um SS 21 und SS 23 gehen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Waldpfennig

Von Peter Gillies

Der sterbende Wald wird sich nur mäßig davon beeindruckt zeigen, ob die Forschungsstätte zur Erforschung seines Ablebens in Karlsruhe oder in München sitzt. Auch die Einführung eines „Waldpfennigs" oder anderer Sonderabgaben, wie die SPD sie jetzt vorschlägt, stellen keine zwingende Rettungsmaßnahme der grünen Umwelt dar.

Zuvorderst ist festzustellen, daß es bereits heute zuviele Steuern, Abgaben und Töpfchen für allerlei gibt. Diese Last muß gesenkt werden – im Interesse der Arbeitsplätze und auch im Interesse der Umwelt. Denn noch stets verschmutzt eine schrumpfende und schlecht organisierte Wirtschaft die Umwelt weit mehr als eine hochrentable (wie ein Blick über die Ostgrenzen zeigt).

Von einer neuen Bürokratie, gespeist mit neuen Steuern, eine Problemlösung zu erwarten, ist jeder Erfahrung nach eitel. Derzeit wird von den Stromverbrauchern ein „Kohlepfennig" erhoben. Mit dem Milliardenaufkommen dieses „Pfennigs" soll die Verstromung von Kohle gesichert werden, ein Waldpfennig strebte genau das Gegenteil an.

Nur eine marktwirtschaftliche Lösung verspricht Erfolg. In der ersten Phase muß der Staat strenge und sich verschärfende Daten für „saubere" Produktionen setzen, ohne die Arbeitsplätze schlagartig zu gefährden. Alsdann muß er sicherstellen, daß umweltfreundliche Bürger und Unternehmen belohnt und Verschmutzer bestraft werden. Eine pauschale Abgabe zerstört diesen entscheidenden Anreiz, birgt zudem die Gefahr, daß sich alle in einer Scheinsicherheit wähnen, wenn sie nur den Malus entrichtet haben.

Die großen Probleme – vom Krebs bis zum Wald – lassen sich nicht per Überweisung auf Sonderkonto lösen. Auch bliebe alles nur Stückwerk, würde man die aus Ost und West „importierten" Winde negieren. Es gilt, sich den Mechanismus zunutze zu machen, daß Saubermännern Vorteile winken, Umweltsünder aber draufzahlen. Eine pauschalierte Töpfchenwirtschaft rettet den Wald nicht.

Knast-Kriterien

Von Joachim Neander

In diesen Tagen sitzen in Wiesbaden die Justizminister aus Bund und Ländern beisammen. Ihr wichtigstes Konferenzthema sind die hoffnungslos, ja teilweise skandalös überfüllten Justizvollzugsanstalten. Auch die Abschaffung der Kurzzeitstrafen hat dem nicht wehren können.

Ein Kultur- und Rechtsstaat kann auf dramatisch wachsende Kriminalität nicht nur einfach mit dem Bau immer neuer und größerer Gefängnisse und durch die Anwerbung immer neuer Polizisten, Staatsanwälte, Richter und Vollzugsbeamter reagieren. Die Vorschläge, die den Ministern vorliegen, zielen also in eine andere Richtung.

Bewährung soll es danach nicht mehr nur für Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, sondern bis zu zwei Jahren geben. Die Bewährung für verhängte Strafen soll nicht mehr nach jeder neuen Straftat, *sondern nur noch* bei schwereren Delikten widerrufen werden. Andere Sanktionen (wie etwa Strafarbeit) sollen die Haft ersetzen. Kurzum: Man will weniger Leute einsperren als bisher.

Vielleicht werden so ein paar Zellen frei. Aber ohne gleich in einen tiefsinnigen rechtsphilosophischen Diskurs einzusteigen, muß erlaubt sein, auf ein sehr merkwürdiges Phänomen hinzuweisen: Bereitschaft und Fähigkeit der Gesellschaft, im Bereich von Natur und Umwelt das Schädliche vom Unschädlichen, das Böse vom Guten zu unterscheiden und (in Grenzen) daraus Konsequenzen zu ziehen, wachsen weltweit Tag für Tag. Die Grenzen werden enger und genauer.

Beim Menschen selbst verläuft die Sache offenbar umgekehrt. Die Grenzen verwischen sich. Es kommt nicht so sehr darauf an. Schädlich ist am Ende nur mehr, was man im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wirksam bestrafen kann. *Die Möglichkeit der Sanktion* wird zum Kriterium. Fragt sich, ob da nicht das Rechts- und Sozialsystem der Menschen noch schneller kaputtgeht als das Ökosystem der Wälder.

Mit Hammer und Sichel

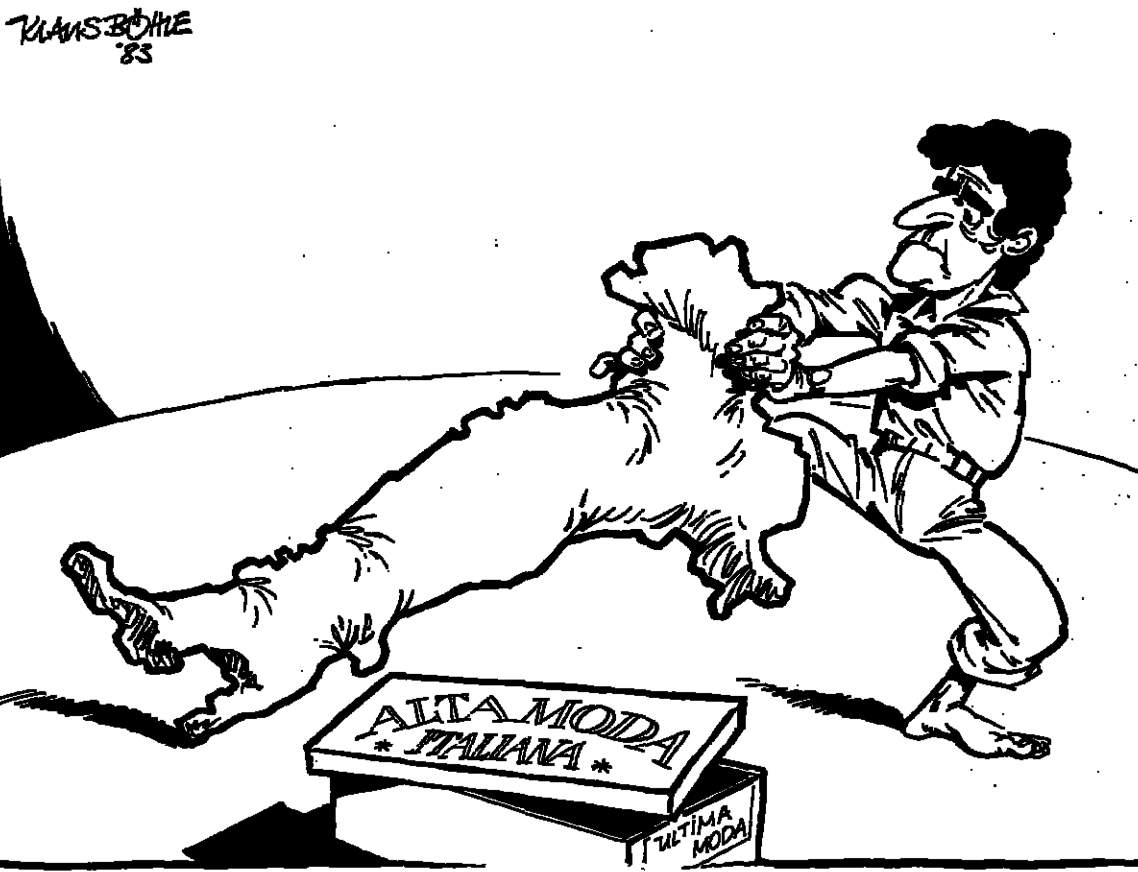
Von Herbert Kremp

Der Chefredakteur des WDR, Theo M. Loch, gehört nicht zu denjenigen, die aus ihrer Vergangenheit etwas verschwiegen. Als er in den Westdeutschen Rundfunk eintrat, gab er auf dem üblichen Vordruck die Erklärung ab, daß er in finanziell geordneten Verhältnissen lebe und Kriegsdienst in der Waffen-SS von 1940 bis 1945 geleistet habe.

Die Erklärung liegt seit dem 1. 11. 1969 bei den Personalakten. Intendant von Sell kann daher nicht im Ernst behaupten, er habe bei seinem Vorschlag an den Verwaltungsrat, Loch zum Chefredakteur zu berufen, „nichts gewußt" (laut dpa). Auch der Verwaltungsrat kann das nicht behaupten. Denn das würde heißen, daß die Räte und der Intendant sich vor einer wichtigen Berufung nicht die Zeit nehmen, die betreffende Personalakte genau zu studieren. Was tun die Herren eigentlich?

Als Theo M. Loch zu den Fahnen eilte, war er 18 Jahre alt. Man konnte sich zur Waffen-SS freiwillig melden, viele wurden jedoch zu dieser Truppe eingezogen. Am Ende des Krieges war Loch Obersturmführer, was dem Wehrmachtsrang des Oberleutnants entsprach. Nach dem Willen der Sieger wurde Loch, der auch der NSDAP angehörte, einem Spruchkammerverfahren unterworfen und als „Mitläufer" (Gruppe 4) eingestuft. Er ist also, wie der chemische Begriff aus der damaligen Zeit heißt, „entnazifiziert".

Dies sind Zusammenhänge, die heute vielen nicht mehr bekannt sind. Sie haben, das kann Theo M. Loch von sich sagen, nichts mit Schuld, sondern mit deutscher Geschichte, mit deutschem Schicksal zu tun. Loch hat nichts verschwiegen, nicht getuscht, nicht verwischt. Nun entdeckt ihn die Linke als „nicht sauber" in ihrem Sinne und freut sich, wieder einem das Hakenkreuz aufkleben zu können. Sie weiß schon, wen sie sich heraussucht: Da hat einer mehr als dreißig Jahre für den Aufbau und die Erhaltung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Ordnung gearbeitet. Ein engagierter Liberal-Konservativer. Über den muß man mit Hammer und Sichel herfallen.



Irgendwie wird's schon gehen

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Denkzettel auf italienisch

Von Friedrich Meichsner

Überraschung war die erste allgemeine Reaktion. Niemand in Italien hatte dieses Wahlergebnis erwartet. *Der Überraschung folgte weithin* Genugtuung. Endlich, so war gestern morgen allenthalben zwischen Brenner und Sizilien zu hören, habe die Democrazia *Cristiana die Quittung erhalten* für ihre Arroganz der Macht und für die vornehmlich von ihr zu verantwortende Mißwirtschaft der vergangenen Jahrzehnte. Überraschung und Genugtuung machten dann freilich sehr schnell der Sorge Platz: Wie soll es jetzt im Lande weitergehen?

Das ist die Ausgangslage für die beginnende 9. Legislaturperiode: Nach ihrer schweren Niederlage trennen die Christ*demokraten nur mehr wenige* Prozentpunkte von ihrem „ewigen" Verfolger, der oppositionellen KP. Dies, obwohl die Kommunisten selbst in der Wahlschlacht einige Federn lassen mußten. Demoralisierung und vielleicht auch eine Führungskrise sind bei der DC als Folgen der Demütigung zu erwarten. Da der Wähler keiner anderen Partei – weder in der alten Regierungskoalition, noch in der Opposition – ein klares Nachfolgemandat gegeben hat, scheint die Regierbarkeit des Landes problematischer denn je geworden zu sein. Immerhin ist es ja ein Faktum, daß fast ein Drittel der Wählerschaft grundsätzlichen „System"-Protest bekundet hat – sei es durchs Fernbleiben von der Wahl, sei es durch Abgabe weißer oder mit Protestparolen beschriebener Stimmzettel, sei es durch die Unterstützung von Parteien (Neofaschisten, Radikale, Volksproletarier), deren erklärtes Ziel der Umsturz der bestehenden republikanischen Ordnung ist.

Das parlamentarische Kräfteverhältnis läßt nur eine Regierungslösung zu: Die Reaktivierung der alten Fünf-Parteien-Koalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen. Weder für die Linksalternative noch für eine Koalition der Mitte ohne Sozialisten existiert im neuen Parlament eine Basis. Die alte Allianz hat zwar aufgrund der christdemokratischen Stimmeneinbußen prozentual einiges Terrain verloren – bei den Senatswahlen 3,2 Prozentpunkte, bei den Kammerwahlen 0,4 Prozentpunkte –, konnte jedoch insgesamt ihren Sitzstand fast unvermindert in die neue Legislaturperiode hinüberretten. Sie mußte im Senat nur zwei, in der Kammer drei Sitze abgeben. *Diese Zahlen besagen frei*lich wenig. Was nach Wahlkampf und Wahlergebnis viel stärker zu Buche schlagen dürfte, ist die innere Zerrissenheit dieses Lagers, die schon die vergangene Legislaturperiode bestimmt und zu deren vorzeitigen Abbruch geführt hatte. Diese Zerrissenheit hat ebenso personelle wie programmatische Aspekte.

Personell geht es in erster Linie um die Besetzung des Ministerpräsidentenpostens. Anspruch auf die Führungsposition in der neuen Regierung melden sowohl der Sozialist Craxi als auch der Republikaner Spadolini an – beide unter Hinweis auf den Wahlerfolg ihrer Parteien. Die Democrazia Cristiana, die trotz des erlittenen Rückschlags die stärkste Einzelpartei und innerhalb der alten Koalition sogar mit Abstand stärkste Kraft bleibt, steht damit unter dem Druck, zusätzlich zu ihrer Demütigung durch den Wähler auch noch die Demütigung durch ihre Koalitionspartner hinnehmen zu sollen. Wird sie das können, ohne innerlich daran zu zerbrechen?



Macht sich Hoffnungen auf das Amt des Regierungschefs: Sozialistenführer Bettino Craxi
FOTO: EDUARDO PORNACIARI/STUDIO X

Nicht geringere Probleme stellt das Regierungsprogramm. Fast alle Regierungen der letzten Jahre sind letztlich an den wirtschafts- und sozialpolitischen Kontroversen zwischen den Verfechtern der „Austerità" und den – vornehmlich sozialistischen – Ver*teidigern des Wohlfahrtsstaa*tes gescheitert. Die Sozialisten werden jetzt vermutlich, auf ihren, wenn auch geringen Stimmenzuwachs pochend, eine schmerzhafte Anti-Inflationskur noch entschiedener ablehnen als bisher. Geben die Christdemokraten dem nach, riskieren sie nicht nur die Abkoppelung Italiens von Europa, sondern als Partei auch die Enttäuschung derjenigen Wähler, die ihr nicht zuletzt wegen des solideren Wirtschaftsprogramms noch die Treue gehalten haben.

Wie soll es unter diesen Umständen weitergehen? Unbeantwortet lastet die Frage nach diesen Juniwahlen auf Italien. Daß es am Ende irgendwie weitergehen wird, lehrt die Erfahrung – gerade in Italien, wo man sich schließlich immer wieder zu arrangieren versteht. Ein Silberstreif, der eine bessere Zukunft verheißen könnte, ist allerdings nicht zu sehen. Der Horizont ist eher noch düsterer geworden, als er vor der vorzeitigen Parlamentsauflösung war.

Neben dem aktuellen Problem der Regierbarkeit hat das Wahlergebnis einmal mehr das Grundproblem Italiens deutlich gemacht: das Fehlen einer *demokratischen Alternative.* Eine Demokratie, die unfähig ist, sich durch Auswechselung der Führung zu regenerieren, verliert ihre Vitalität und – wie der bei diesen Wahlen besonders stark hervorgetretene „System"-Protest zeigt – allmählich auch die tragende Basis im Volk. In den letzten Jahren war die schwache Hoffnung aufgekommen, daß die Regeneration vielleicht innerhalb der Regierungsmehrheit selbst, vor allem innerhalb der DC, erfolgen könne. *Diese Hoffnung ist bis*her, wie das Wählervotum zeigt, enttäuscht worden. Sie doch noch zu erfüllen, ist die geschlagene Democrazia Cristiana heute dringender aufgerufen denn je.

IM GESPRÄCH Katharina Focke

Eine Frau für Europa

Von Ulrich Lüke

Mit seiner Entscheidung vom Montagabend hat der SPD-*Parteivorstand Neuland* betreten: Noch nie in der Geschichte der SPD konnte eine Frau den Listenplatz eins für eine Wahl, zumindest auf der Ebene von Landtagswahlen, erreichen. Katharina Focke hat es geschafft: Sie wird die deutschen Sozialdemokraten 1984 zur zweiten Direktwahl des Europäischen Parlaments führen.

Die 60jährige gebürtige Bonnerin ist genaugenommen eine gebürtige Europäerin. Der Name ihres Vaters Ernst Friedlaender steht genauso für „Europa" wie der Name ihres verstorbenen Mannes Ernst-Günter, der lange Zeit Generalsekretär der Europa-Union war. Katharina Focke ist seit Kindheitstagen mit dem europäischen Einigungsgedanken vertraut, sie selbst wurde darüber zur engagierten Europäerin. *Ihre Promotionsarbeit* beschäftigte sich unter dem Titel „Über das Wesen des Übernationalen" mit dieser Idee. In den 60er Jahren war sie Geschäftsführerin des Bildungswerkes Europäische Politik. Als Europa-Beauftragte des ersten Kabinetts Brandt/Scheel schaffte sie es, Fragen der Europäischen Gemeinschaft als festen Tagesordnungspunkt auf den wöchentlichen Kabinettssitzungen zu verankern.

1979 ließ sich Katharina Focke ins erste direkt gewählte Europäische Parlament berufen. Dieses Parlament, so sagt sie heute, müsse „die Bewegung auslösen, die Regierungen nicht zustande bringen". In der ersten Straßburger Legislaturperiode galt ihr Hauptaugenmerk der „Solidarität", vor allem im Bereich der Entwicklungshilfe. Ihr Bericht über den Hunger in der Welt, eines der großen Straßburger Themen, fand internationales Echo.

Doch die Beachtung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beachtung korrespondieren, die man in der „Baracke" erlangt. Die Nominierung Katharina Fokkes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsi-



Die erste Frau auf Platz Eins: Katharina Focke FOTO: DPA

diums. Im Frühjahr brachte die SPD-Spitze den früheren Finanzminister Hans Matthöfer für die Spitzenkandidatur ins Gespräch und die deutsche Gruppe der Sozialdemokraten in Straßburg damit in Aufruhr. Denn Matthöfer hat sich in seiner Ministerzeit eher auf Kosten als zugunsten Europas profiliert.

Auf dem Umweg über die SPD-*Bezirke wurde die Gegenattacke* geführt. Hessen nominiert Rudi Arndt, Nordrhein-Westfalen Katharina Focke. Der Rest war beinahe Formsache, denn Rudi Arndts Karten im Parteivorstand sind immer noch schlecht.

Vielleicht hat sich Willy Brandt auch daran erinnert, daß er seine europäische Spitzenkandidatur 1978 davon abhängig gemacht hatte, daß auf den ersten 40 Listenplätzen zehn Frauen Platz fänden. Die Sozialdemokraten haben jetzt jedenfalls eine Frau für Europa an der Spitze und, was sie mit den *anderen deutschen Parteien wie*der eint: Sie kommt aus dem Europa-Parlament, genauso wie Egon Klepsch für die Christdemokraten und Martin Bangemann für die Liberalen. Doch diese Spitzenkandidaten sind noch nicht nominiert.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE GUARDIAN

Die Londoner Zeitung befaßt sich mit dem polnischen Gewerkschaftsführer Walesa:

Walesas Lage ist prekär. Für das polnische Volk, den Westen und vor allem den Kreml ist jede einzelne seiner Bewegungen Inspiration oder Irritation. Vielleicht werden nationale Versöhnung und verhältnismäßig freie Gewerkschaften leichter erreicht, wenn Mister Solidarität aus dem Rampenlicht rückt. Doch falls General Jaruzel*ski ein einfaches Veto* darüber erhält, wer Polens mögliche neue Gewerkschaft führt, dann ist ihre Freiheit nicht viel wert.

Westfälische Nachrichten

Das in Münster herausgegebene Blatt schreibt über die Leitlinien der SPD zur Wirtschaftsbelebung und dem Abbau der Arbeitslosigkeit:

An ihren Lieblingsillusionen hal*ten die Sozialdemokraten in der* Opposition unbeirrt fest. Nach wie vor sind sie der Meinung, daß Wirtschaftsflaute und Arbeitslosigkeit sich am besten durch vermehrte staatliche Aktivitäten bekämpfen lassen. Wenn nicht durch neue Staatsschulden, so doch durch Steuererhöhungen soll solche Geschäftigkeit finanziert werden. Die beschäftigungspolitischen Leitlinien, die der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Roth, in Bonn erläuterte, enthalten die alten, abgestandenen Vorschläge.

Aachener Nachrichten

Hier heißt es über die beabsichtigte Erhöhung der Bundestagsdiäten:

Das soziale Netz soll grobmaschiger geknüpft werden, und auch bei der Rentenversicherung ist man dabei, mit der Sparschere zu schnipseln. Die Betroffenen würden dies, wenn auch murrend, sicherlich hinnehmen, wenn sie von der Ausgewogenheit der Bonner Sparpolitik überzeugt wären. *Die*se Überzeugung kann nicht reifen, wenn nach der parlamentarischen Sommerpause in Bonn die Frage der Diätenerhöhung angesprochen wird. *Internen Schätzungen zufol*ge sollen auf das reguläre Abgeordnetengehalt von 7500 DM plus 4500 DM steuerfreie Aufwandsentschädigung als angemessene Erhöhung der seit 1977 eingefrorenen Parlamentariereinkünfte 2000 DM draufgelegt werden. Diese Summe stand 1981 schon einmal im Raum, doch stoppte der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner *solche Überlegungen* mit der Begründung, das sei angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage moralisch nicht vertretbar. Wie moralisch wird sich der neue Bundestag nach der Sommerpause verhalten?

LA STAMPA

Die Turiner Zeitung warnt vor Schadenfreude über das schlechte Abschneiden der italienischen Christdemokraten:

Normalerweise erklären sich alle nach jeder Wahl zum Gewinner. Diesmal wäre es gedankenlos, nur daran zu denken. Mitteparteien, Sozialisten und Kommunisten begingen einen schweren Irrtum, wenn sie sich auf die Freude über das Unglück von DC-Chef De Mita beschränken würden. Die Wähler haben mit Sicherheit die Christdemokraten getroffen, aber sie haben auch alle anderen gewarnt. Das Unbehagen über die Art, wie Italien regiert wird, wächst und breitet sich aus. Der Erfolg von Almirante (er ist Vorsitzender der Neofaschisten) hat gewiß nichts mit den Feiern zum hundertsten Geburtstag Mussolinis zu tun. Und wer innerhalb des Fünf-Parteien-Bündnisses absolut am meisten Erfolg gehabt hat, war nicht zufällig Giovanni Spadolini. Das hat gewiß mit seiner sympathischen Art zu tun und mit seiner Fähigkeit zum Vermitteln. Aber seine Republikaner sind auch die Partei, die am wenigsten in Skandale verwickelt war.

Sie reden von Kunst, weil sie keine Kasse machen

Warum gewisse Filmemacher gegen neue Richtlinien für die Filmförderung kämpfen / Von Peter Dittmar

Beim Geld hört der Humor auf. Und Humor haben die deutschen Jungfilmer noch nie gehabt. Mit dem Geld ist es dagegen besser bestellt. Schließlich haben sie sich allesamt inzwischen ein schönes Plätzchen an der munter sprudelnden Quelle der staatlichen Filmförderung gesichert. Darüber in die Jahre gekommen, verhalten sie sich nun wie die einst von ihnen als Alt-Branche verlästerten Produzenten: wie jene auf ihre Wald-und-Wiesen-Filme sind die ältlich gewordenen Jungfilmer auf ihre Linksschnulzen abonniert. Und wie die alten Produzenten damals zeterten, wenn sie ein Stück vom Finanzkuchen an die Newcomer abgeben sollten, so rücken heute die Kluge, Schlöndorff, Sanders etc. sofort „solidarisch" zusammen, wenn es gilt, Neulinge von ihrer Förderquelle fernzuhalten.

Natürlich reden sie bei alledem nicht vom Geld, sie reden von Kunst. Das macht in Deutschland noch immer Eindruck. Besonders bei der SPD, deren Parteigänger sie waren, bevor sie weiter nach links abwanderten, oder deren Parteigänger sie noch sind. Denn diese Partei hat ein recht verkrampftes Verhältnis zur Kultur. Die Spitze schämt sich nämlich dessen, daß die Basis einem Kulturverständnis huldigt, das von „Intellektuellen" abschätzig als „kleinbürgerlich" definiert wird. Also neigt die Führung dazu, diese Unsicherheit durch Überkompensation auszugleichen. Das wiederum verstehen die Linksintellektuellen auszunützen, indem sie mit der Parole „Der Geist steht links" der Partei eine Partnerschaft vorspielen, die sich auszahlt. Die Filmförderung hat davon profitiert, der deutsche Film allerdings nicht.

Von der FDP war in diesem Spiel keine Schiedsrichterfunktion zu erwarten. Denn ein braver Liberaler läßt sich mit dem Wort „liberal" allemal ins Bockshorn jagen, auch wenn die Vokabel längst ihres eigentlichen Sinnes entkleidet und zum Synonym für Urteilslosigkeit oder Entscheidungsflucht geworden ist.

CDU und CSU haben solche Schwierigkeiten nicht, wenngleich auch sie sich gelegentlich den Aberglauben von der stets linken Kultur und damit von der angeblichen Kulturfeindlichkeit der bürgerlichen Parteien einreden lassen. Aber es gibt genug Männer in beiden Parteien, die wissen, daß Kultur und Politik einander bedingen. Vor allem aber leiden sie nicht wie die Linksparteien, für die eine Kulturrevolution gewöhnlich als Revolutionsersatz herhalten muß, unter dem Trauma, daß sich geistiger Fortschritt im Verleugnen allgemein verbindlicher Ordnungs- und Moralvorstellungen zu manifestieren habe.

Die Prinzipienfestigkeit eines Politikers, für den das religiöse Empfinden der Mehrheit der Bevölkerung ein schutzwürdiges Gut ist, muß darum jene Salon-Provokateure irritieren, weil sie ihr Mandarinentum als Scharlatanerie entlarvt sehen. Besonders muß sie aber empören, wenn der Bundesinnenminister darauf hinweist, daß der Film für „viele" da sei und daß darum die neuen Richtlinien der Filmförderung Filme bevorzugen sollten, die weite Schichten der Bevölkerung interessieren und bewegen. Das ist wider ihren Elite-Dünkel, wonach sie berufen seien, das dumme Volk darüber zu belehren, was ihm guttue und was es gut zu finden habe.

Also wird sofort behauptet, damit solle die Filmförderung zur reinen Wirtschaftsförderung reduziert werden, die nur den Erfolg – den Erfolglosen schon immer suspekt – honoriere. Zugleich aber werfen sie Schlagworte wie „Zensur" oder „Abbau der Liberalität" in die Debatte, um klarzumachen, daß sich ihrer Meinung nach die Fördergremien nicht mit den Inhalten der Projekte zu befassen *hätten, was allerdings dann doch* auf eine rein ökonomische und soziale Betrachtung des zu Fördernden hinausliefe. Dieser Widerspruch löst sich jedoch schnell auf, wenn man weiß, daß zuletzt pro Jahr rund 80 Millionen Mark in Beträgen zwischen 10 000 und 500 000 Mark aus den verschiedenen Töpfen an Filmfördermitteln gezahlt worden sind.

Die Kinokasse, das heißt also: der geschäftliche Erfolg, hat die Geförderten bislang kaum interessiert. Auch nicht, ob die Fernsehzuschauer, denen die Produkte mangels ausreichender kommerzieller Verwertbarkeit zugemutet wurden, Gefallen daran finden. Der Film aber ist beides, Kunst und Wirtschaftsgut. Deshalb muß eine vernünftige Filmförderung beide Faktoren berücksichtigen. Sie kann vom Inhalt ebensowenig absehen wie von der Solidität der wirtschaftlichen Seite. *Und Erfolg* ist beim Film noch nie ein negativer Posten gewesen. Man nehme nur eine der beliebten Listen der zehn oder hundert besten Filme zur Hand. Die Filme („Panzerkreuzer Potemkin", „Goldrausch" oder „Fahrraddiebe") oder die Regisseure (Chaplin, Eisenstein, René Clair usw.), die da an der Spitze stehen, waren allesamt keine Geheimtips eines kleinen Zirkels Auserwählter. Die meisten Werke, die Filmgeschichte machten, haben auch Kasse gemacht.

Der Kanzler-Bungalow – eine Hypothek für die Hausfrau

Ein Haus zu beziehen, in dem der seit fast 20 Jahren angewachsene Einrichtungsfundus der Vorbewohner steht – Schicksal der Bundeskanzler in Bonn. Wie wird Hannelore Kohl mit der Situation im „Kanzler-Bungalow" fertig?

Von E. NITSCHKE

Sie sagt: „Es muß alles funktionieren – und es funktioniert." Sie sagt: „Ich neige nicht zur Schludrigkeit." Frau Hannelore Kohl empfängt den angekündigten Besucher im Kanzler-Bungalow neben einem neuen Möbel in Eingangsnähe, das beide Aussagen bestätigt.

Es ist ein hohes Stehpult aus farblosen Plexiglasplatten, drehbar im Oberteil auf rechteckigem Sockel aus demselben Material. Unter dem durchsichtigen Klappdeckel das einzige Inventarstück im Gästeteil des Kanzlerhauses, das nicht Eigentum des Staates, sondern der Familie Kohl ist: ein schwarzledernes Gästebuch. Jeder, der von Amts wegen hier seine Aufwartung macht, begreift ohne protokollarische Einweisung, was er hier zu tun hat, und zwar ohne großen Aufenthalt durch Hinsetzen und möglicherweise dann mühsames Erheben.

Sich so etwas inmitten eines Einrichtungsfundus auszudenken, der seit 1964 mit dem Erstbezug des gerade fertig gewordenen Hauses durch den Bundeskanzler Ludwig Erhard immer mehr angereichert wurde und zur Hypothek für eine Hausfrau werden kann, die hier Repräsentationspflichten zu erfüllen hat, ist ein Spaß, den sich Frau Hannelore Kohl leistet. Im übrigen gilt, was sie jetzt sagt: „Es ist wichtig, daß kein Geld für Einrichtung mehr ausgegeben wird, die Sachen, die da sind, werden benutzt!"

Gehen wir also herum, um das zu sehen. Die Hausverwaltung hat ein langes Gedächtnis und korrigiert die verbreitete Meinung, es sei kaum mehr etwas von der Einrichtung da, die einst für Erhard angeschafft wurde, da steht also noch eine ganze Menge. Kanzler Kurt Georg Kiesinger, der Ende 1966 widerstrebend in das von ihm so genannte „scheußliche Gemäuer" einzog, schaffte Polstermöbel an, die der ursprünglichen Intention des Architekten zuwiderliefen – ein Hauch Stuttgarter Gemütlichkeit in strengen Formen aus Stahl und Glas. Die gibt es also auch noch. Dann stehen da jene lehnenlosen und doch gigantischen weißen Ledersessel, die Frau Kohl jetzt im Keller des Palais Schaumburg entdeckte und zum Bungalow bringen ließ, und die aus der „Ära Willy Brandt" stammen.

Brandt, der sich nach seiner Kanzlerwahl weigerte, in den „Bungalow" zu ziehen, weil der nicht für eine Familie mit Kindern gebaut war, überließ das Domizil Staatsgästen zur Herberge, was wieder einige Neuanschaffungen notwendig machte. Bundeskanzler Helmut Schmidt ließ korrekterweise die große Orgel stehen, die ihm in seiner Eigenschaft als Regierungschef, nicht als Amateurorganist, von einer Herstellerfirma geschenkt worden war. Frau Kohl: „Ich spiele Orgel, das Instrument ist auch schon zweimal eingesetzt worden, wenn Gäste da waren, aber dann saß natürlich jemand anderer vor den Tasten."

Kein Wort von Frau Kohl darüber, daß der Gestaltungsfreiraum in den Repräsentationsräumen weiter dadurch eingeengt wird, daß Potentaten vieler Herren Länder den jeweiligen Kanzlern Gastgeschenke mitbrachten, die tunlich konserviert werden. Da gibt es Schönes und nicht ganz so Schönes in staubdichten gläsernen Museumsschränken. Frau Kohl hat erstmals Ordnung und System in die Kollektion gebracht. Vor jedem Artikel nennt jetzt ein sauber geschriebenes Schildchen Herkunft und Bedeutung. Kommt einmal jemand wieder aus den betroffenen Ländern, empfängt er hier Signale der Wertschätzung.

Das alles muß sich mit den Bildern an den Wänden vertragen: Heckel, Schmidt-Rottluf, Corinth, mit Lampen aus zwei Jahrzehnten, mit Teppichen und Tischchen, nach deren aktueller Position sich der Architekt des Hauses, Professor Sepp Ruf aus München, zu Lebzeiten regelmäßig telefonisch zu erkundigen pflegte. Ein schwieriges Haus.

Warum wurde gleich von Anfang an solch ein Wesen darum und daraus gemacht? Konrad Adenauer brauchte kein Haus, als er Regierungschef wurde, er blieb in seiner Rhöndorfer Villa, die heute Museum ist. Erhard holte Sepp Ruf, der ihm schon sein Haus am Tegernsee gebaut hatte. Mit heute kaum mehr verständlicher Publicity ging man ans Werk. Die Kosten sollten sich auf über zwei Millionen Mark belaufen, unter Protesten wurde dann reduziert, der sogenannte „Swimming-pool" im zweiten Atrium, Zentrum des privaten Teils des Hauses, schlug als angeblicher Luxus Riesenwellen, obwohl es sich von Ausmaß und Tiefe her um ein besseres Planschbekken handelt.

Im Februar 1964 dementierte Erhard im offiziellen „Bulletin" der Bundesregierung die Behauptung der SPD, er habe Teppiche im Wert von 100 000 Mark für seine Dienstvilla einkaufen lassen. Fortan gehörte es zum guten Ton, die spartanische Strenge des Dienstsitzes unter Beweis zu stellen. Bei einer Begehung des fertig eingerichteten Hauses durch die sämtlich eingeladenen Bonner Journalisten im November 1964 wurde die Presse aufgefordert, die Qualität des Kanzler-Bettes selbst zu testen. Es handelte sich um eine karge Liege von Meterbreite, die anerkennend als „hart" befunden und dann so beschrieben wurde. Das „Prinzip Offenheit und Transparenz", dem der Architekt mit dieser Villa ein Denkmal gesetzt hatte, bekam einen merkwürdigen Beigeschmack.

Heute, in veränderten Zeiten, muß der „Bungalow" mit seinen insgesamt rund 1000 Quadratmetern Fläche im privaten und im Repräsentationsteil anders gehütet werden. Die Zimmer im Wohntrakt, die ursprünglich als „Bügelraum, Ausweich- bzw. Personalzimmer" bezeichnet wurden, sind jetzt für die im Haus stationierten Sicherheitsbeamten reserviert, an deren plötzliches Auftauchen vor den deckenhohen Glasfronten zum Park man sich gewöhnen muß.

Durch das Speisezimmer, für dessen langen, kahlen Tisch Frau Kohl erst einmal einen „Tischläufer" anschaffte, hinüber in den „Privatteil". Hier stehen die aus Ludwigshafen mitgebrachten Möbel, gleich vorn im ehemaligen „Frühstückszimmer" die bequemen, gemütlichen und umfangreichen Sessel mit dem keilförmigen Rückenteil, in die man hineingenötigt wird. Ein Renaissanceschrank, den sich das Ehepaar Kohl vor Jahren anschaffte. Der Blick geht auf die mannshohen schußsicheren Glaswände draußen im Park vor der Terrasse, die zur Zeit der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt errichtet wurden. Damals ein Anlaß zur Klage, aber die „Sicherheit", die terroristische Anschläge von vorüberfahrenden Rheinschiffen verhindern wollte, war unerbittlich.

Frau Kohl denkt darüber pragmatisch: „Es schützt vor Wind, wenn man draußen sitzt." Sie hält sowieso nichts von Gejammer. Dieses Haus steht da und hat akzeptiert zu werden, und sie akzeptiert es: „Es hat schon Tradition, die weitergeführt werden muß."

Im Vorübergehen macht sie einen Wandschrank auf, da stehen zwei sonst nicht mehr unterzubringende private Stühle drin. Die Zimmer sind alle winzig, bisher hat das noch jeder frühere Bewohner beklagt. Mit 21,22 Quadratmetern ist das Schlafzimmer „groß", Frau Kohls Arbeitsraum mißt nur 10,7 Quadratmeter. Aber: Früher war auch hier die persönliche Note untersagt, denn nach Architektenrezept gehörte jedes Detail zum „Programm", mußte, wie sie damals sagte, Frau Luise Erhard ihr „geliebtes altes Ledersofa regelrecht hier reinschmuggeln". Jetzt aber gibt es, was dem Architekten nicht eingefallen war, neben der selten benutzten Großküche für die ohnehin im Ernstfall von „auswärts" bezogenen offiziellen Essen eine richtige Familienküche. Frau Kohl hat sie von zu Hause mitgebracht, obwohl daheim in Ludwigshafen der Haushalt weiterläuft. Ein Sohn geht dort noch zur Schule, der andere dient bei der Bundeswehr. In der Küche gibt es eine Eßecke mit tief über den Tisch gezogener Hängelampe. Hier wird übrigens, wie in vielen deutschen Familien, wo der Mann morgens eilig zur Arbeit muß, gefrühstückt.

Draußen vor der Eingangs-Schiebetür, die nur von innen zu öffnen ist, wartet schon der Wagen mit dem Fahrer. Frau Kohl hat ein Büro im Adenauer-Haus, erledigt Post, schreibt bedrängten Petitenten, telefoniert (immer gleich durch, ohne Sekretärin), trifft alle Vorbereitungen für Repräsentationstermine: „Ich fühle mich besser, wenn ich weiß, wie was wann abläuft." Ihr Tag ist voll. Nur deswegen, weil das bisher jede Frau eines Bundeskanzlers machte, eine fest umrissene soziale Aufgabe zu übernehmen, möchte Frau Kohl das nicht tun. Schirmherrschaften, dazu kann man wohl auch ihre weitgehend unbekannte Mitarbeit in und mit der Hirngeschädigten-Nachsorgeklinik in Valendar rechnen, möchte sie gern auf das Maß beschränken, das wirklich hundertprozentigen Einsatz für das Ziel gewährleistet. Und dann nennt sie noch eine Aufgabe, die bei aller Privatheit auch staatspolitischen Inhalt hat: „Man muß auch dafür sorgen, daß der Mann sich wohl fühlt."

Nur ein Teil des Kanzler-Bungalows ist „privat": Hannelore Kohl in ihrem Wohnzimmer FOTO: SCHULZE-VORBERG



Sechs Tage und Nächte saßen Häftlinge auf dem Dach des Albany-Gefängnisses. Sie protestierten gegen schlechte Haftbedingungen. FOTO: PANDIS

Hinter Gefängnismauern tickt eine Bombe

Rücktritt des Gefängnisdirektors, Meuterei der Inhaftierten, Millionenschäden und Verletzte; das sind fast schon alltägliche Meldungen in Großbritannien. Der Grund: uralte Gefängnisse, überbelegte Zellen und viktorianisch strenger Strafvollzug.

Von FRITZ WIRTH

Der Aufstand im D-Flügel von „Wormwood Scrubs" dauerte zwölf Minuten. Zwei Gefangene warfen zwei Eimer mit heißem Wasser durch die Fenster der Aufseherkabine. Die Wärter sehen sich im Nu umgeben von einer Schar von Häftlingen. Sie waren bewaffnet mit Stuhlbeinen und Bettpfosten. Sie hatten die Türen ihrer Zellen aus den Angeln gehoben und schoben sie als Schutzschilde vor sich her. Die umzingelten Wärter versuchten sich mit Holzknüppeln einen Weg freizuschlagen. Durch das gesamte Gefängnis schrillten die Alarmsignale. Die Gefangenen in den Zellen trommelten gegen Türen und Blechnäpfe.

Am Ende siegte das Gesetz. Es war ein teurer Sieg. 25 Aufseher wurden verletzt und nur sechs Gefangene. Ian Dunbar, der 49jährige Direktor von „Wormwood Scrubs", nach der Besichtigung des Schlachtfeldes: „Es ist ein Wunder, daß es so glimpflich abgelaufen ist. Es war der Aufstand eines harten Kerns junger militanter Gefangener. Sie protestierten gegen die Haftbedingungen."

Der Zufall wollte es, daß just in der gleichen Minute, da im D-Flügel von „Wormwood Scrubs" der Aufstand begann, Ian Dunbar mit seinem direkten Vorgesetzten im britischen Innenministerium telefonierte. Thema des Gespräches: die unmöglichen Haftbedingungen in „Wormwood Scrubs".

Was hier vor 14 Tagen geschah, ist kein Einzelfall. Drei Wochen vorher zertrümmerten Häftlinge das Inventar des Albany-Gefängnisses auf der Isle of Wight, deckten das Dach ab und ließen sich für sechs Tage und Nächte auf dem Dachfirst nieder. Der Schaden wird auf eine Million Pfund geschätzt, rund vier Millionen D-Mark. In „Wormwood Scrubs" wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres vier Geiselnahmen durch Gefangene registriert, um auf diese Weise bessere Haftbedingungen zu erpressen. Das alles aber ist nicht zu vergleichen mit dem Aufstand des 31. August 1980 in „Wormwood Scrubs". Damals wurden 53 Gefangene und 11 Aufseher ins Krankenhaus eingeliefert. Vier Jahre vorher hatte es in Hull die bisher größten Gefängnisunruhen der britischen Kriminalgeschichte gegeben; Sachschaden: acht Millionen D-Mark.

Die Signale sind unübersehbar: Es rumort hinter britischen Gefängnismauern. Colin Steel, Sprecher der 18 000 britischen Gefängniswärter, befürchtet die unmittelbare Explosion: „Eine Reihe unserer Gefängnisse sind tickende Zeitbomben." John McCarthy, bis zum letzten Jahresende Gouverneur von „Wormwood Scrubs", sandte vor zwei Jahren einen Hilferuf an die „Times" und nannte in einem aufsehenerregenden Leserbrief seine Anstalt einen „Straf-Mülleimer".

Sein Hilferuf blieb ohne Echo. Vor sechs Monaten trat er aus Protest gegen die „Unmenschlichkeit des britischen Strafvollzugs" von seinem Amt zurück. Sein Nachfolger Ian Dunbar brauchte nur wenige Wochen in „Wormwood Scrubs", um zum gleichen Urteil wie sein Vorgänger zu kommen: „Das schlimmste Gefängnis, das ich je gesehen habe. Eine Haft-Müllgrube. Es ist ein tägliches Wunder, daß es überhaupt noch funktioniert."

William Brister, Chefinspektor der britischen Gefängnisse, stellte am 16. März dieses Jahres in einem Report über das Londoner Gefängnis in Brixton fest: „Die Haftbedingungen in dieser Anstalt liegen unter dem europäischen Minimal-Standard." Und die angesehene britische Wochenzeitschrift „Economist" urteilt: „Wenn das Ausmaß des zivilisierten Verhaltens einer Nation daran gemessen werden soll, wie es seine Gefangenen behandelt, dann sind wir eine unzivilisierte Nation."

Kein Land in Westeuropa hat, gemessen an der Zahl der Einwohner, mehr Menschen hinter Gittern als die Briten. In den 127 Gefängnissen in England, Wales und Nordirland sitzen heute 45 200 Gefangene ein, unter ihnen 621 Mörder, 87 nordirische Terroristen und 1741 „lifers" (Lebenslängliche).

Der große Aufstand wird prophezeit

In diesen Gefängnissen herrscht Wohnungsnot. Ihr Fassungsvermögen liegt bei 39 000 Gefangenen. Tausende von Zellen sind überbelegt. Drei Häftlinge auf zwölf Quadratmeter Wohnraum. Was noch schlimmer ist: Die meisten dieser Gefängnisse sind anachronistische Relikte des unerbittlichen viktorianischen Strafvollzugs, als Haft nichts anderes als Vergeltung der Gesellschaft an den Straffälligen war. 40 der 127 Gefängnisse stammen aus dem letzten Jahrhundert. Seit Jahrzehnten ist in Großbritannien kein neues Gefängnis mehr gebaut worden. Die 45 200 Gefangenen kosten den Staat jährlich 490 Millionen Pfund (rund zwei Milliarden D-Mark). Mehr Geld ist für die „misfits" der britischen Gesellschaft nicht da.

Die „Hochburg" unter diesen massiven viktorianischen Haftfestungen ist „Wormwood Scrubs", gebaut im Jahre 1874 für 950 Häftlinge. In den letzten Jahren wurden teilweise 1600 Gefangene in die Zellen gepfercht. Roy Hattersley, Schatten-Innenminister der Labour Party: „Die Häftlinge in viktorianischen Tagen wurden besser behandelt als diese Insassen. Dies ist kein Gefängnis, dies ist eine Brutstätte für neue Verbrecher."

Es ist das größte Gefängnis im Lande. In den vier verschiedenen Flügeln sitzen Untersuchungs-Häftlinge, Geisteskranke, Triebtäter und Mörder.

Gefängnisse aus dem letzten Jahrhundert

In „Wormwood Scrubs" landen nahezu alle, die im Londoner „Old Bailey" ihr Urteil hörten, also alle Mörder und Lebenslänglichen. Die Kray-Brüder, die in den sechziger Jahren die Londoner Unterwelt regierten, der sowjetische Spion George Blake, der 1966 über die Mauern von „Wormwood Scrubs" sprang und später in Moskau wieder auftauchte, der irische Terrorist Tuite, bei dem eine Mordliste gefunden wurde, die die Spitzen des britischen Establishments eliminieren sollte, und der „Yorkshire Ripper", der 13 Frauen umbrachte. In „Wormwood Scrubs" werden sie zumeist für drei Jahre gesichtet, katalogisiert und dann auf die passenden Anstalten im Lande verteilt.

Sie alle gehören zur A-Kategorie in „Wormwood Scrubs". 250 von ihnen gibt es zur Stunde im D-Flügel, 230 von ihnen sind „lifers". Das Paradoxe: Ihnen geht es relativ gut. Sie leben in Einzelzellen. Die wirklich armen Schweine von „Wormwood Scrubs" aber sind die kleinen „crooks", die Schwindler und Betrüger, die zwischen drei und vier Jahre absitzen müssen, oder die Untersuchungshäftlinge, die noch aufs Urteil warten. Sie spüren Tag für Tag das große britische viktorianische Gefängniselend anno 1983.

Es beginnt am Morgen um sieben mit dem großen „slopping out". In „Wormwood Scrubs" gibt es in keiner Zelle Wasch- und Toilettenanlagen. So werden sie am Morgen um sieben aus den Zellen herausgetrommelt, um die Nachttöpfe zu entleeren. Der 26jährige Geoffrey Lynch, der in „Wormwood Scrubs" 22 Monate Haft verbüßte: „Einige der Eimer schwappen auf dem Weg zur Toilette über und gießen einen Teil ihres Inhalts durch die Löcher der Eisenplattform auf die unteren Stockwerke. Der Gestank ist so unerträglich, daß manche Gefangene sich auf dem Weg zur Toilette erbrachen."

Das Essen ist reichlich und schlecht. Die Arbeitsmöglichkeiten wegen Mangels an Aufsichtpersonal gering. Manche Gefangene sind bis zu 23 Stunden am Tag eingelocht. Das Regime ist streng. Verwandtenbesuch ist alle 14 Tage erlaubt. Die Post wird zensiert. Fernsehen kann durchschnittlich 2 Stunden pro Woche angeschaut werden. „Banging up", also das große Einschließen, ist am Abend um neun Uhr.

„Wormwood Scrubs", das ist ein allgemein akzeptiertes Urteil der britischen Knastgemeinde, „ist der schlimmste Haft-Mülleimer im Lande." Ein Einzelfall aber ist es nicht. In Brixton – Baujahr 1819 – sitzen 800 Gefangene ein, ohne sanitäre Anlagen in den Zellen. In „Strangeways" bei Manchester – Baujahr 1868 – beginnt für die 1600 Insassen wie in „Wormwood Scrubs" der Tag mit dem „slopping out".

Der Eimer als Toilette ist ein Relikt aus viktorianischen Tagen. Die britischen Gefängnisbehörden wissen es. Sie haben Pläne für die Modernisierung ihrer Gefängnisse in den Schubladen. Sie werden jedoch kaum in den nächsten zwei Jahrzehnten verwirklicht werden. „Der Plastikeimer wird bis zum Jahre 2000 Standardausrüstung in unseren Zellen bleiben", prophezeit der „Assistant Governor" von „Wormwood Scrubs".

Hunderte von Verwaltern, Ausgelieferten und Beobachtern dieser Haft-Slums haben seit Jahren den großen Aufstand prophezeit, gegen den alle bisherigen Zwischenfälle verblassen. Besonders aktiv sind seit Jahren bereits hinter den Kulissen die irischen Terroristen. Beim Aufstand im Albany-Gefängnis waren vier nordirische und ein arabischer Terrorist die Drahtzieher. Sie gehen protestierend auf die Gefängnisdächer, um nach Ulster in ihre Heimat verlegt zu werden. Denn das ist das Ironische am britischen Gefängnis-Skandal: In keinem britischen Gefängnis lebt es sich besser als in den nordirischen. Sie sind die saubersten und bestausgerüsteten im Lande. Das haben vor zwei Jahren die IRA-Terroristen mit ihren Hungerstreiks und ihrem jahrelangen bizarren Schmutz-Aufstand bewirkt, als sie ihre Gefängniswände mit den eigenen Exkrementen beschmierten.

Das Grundübel der Misere bleibt die Überfüllung. Die Massenbevölkerung der Gefängnisse hat nichts damit zu tun, daß England krimineller ist als andere Länder. Das Grundübel ist: Englische Justizmühlen mahlen so langsam, daß Tausende von Untersuchungshäftlingen bis zu zwei Jahren auf ihr Urteil warten müssen. Und das zweite Übel: Es herrscht eine Strafinflation in diesem Land und jeder weiß, wie es dazu kam. Die Inflation begann an jenem Tag, als die britischen Posträuber für 30 Jahre in den Knast geworfen wurden.

Dieses Urteil wurde zum Maß folgender Verbrechens-Beurteilungen. Der ehemalige Innenminister Whitelaw hat die Richter wiederholt aufgefordert, ihr Strafmaß zu reduzieren und plädierte statt dessen für den „kurzen, harten Strafschock". Seine Bitte blieb ohne Echo. Der Zeitzünder tickt weiter.

Stellt Loch Amt beim WDR zur Verfügung?

DW. Bonn

Der Chefredakteur Fernsehen des Westdeutschen Rundfunks, Theo M. Loch (61), hat sich noch nicht endgültig entschieden, ob er wegen seiner früheren Zugehörigkeit zur Waffen-SS sein Amt zur Verfügung stellen soll. Wie Loch am Dienstag gegenüber der WELT sagte, werde er gemeinsam mit dem Intendanten des WDR, von Sell, eine Lösung aushandeln. Der Vertrag Lochs läuft noch länger als ein Jahr.

Wie die Deutsche Presse-Agentur dazu berichtet, wollen weder der Verwaltungsrat des Senders noch Intendant von Sell bei der Berufung von Loch zum Chefredakteur von dessen SS-Zugehörigkeit etwas gewußt haben. Dabei enthält die Personalakte Lochs, der mit dem 11. 1. 1969 zunächst Leiter des Bonner Hörfunk-Studios geworden war, den handschriftlichen Vermerk „Kriegsdienst in der Waffen-SS von 1940 bis 1945" und den Zusatz „Jugendamnestie". Loch war mit 18 Jahren in die Truppe eingetreten. 1969 war Klaus von Bismarck Intendant des WDR und von Sell Verwaltungsdirektor und damit zuständig für die Personalabteilung.

Der Verwaltungsrat hatte am Montag den Chefredakteur eingehend gehört. Aus der Tatsache der Zugehörigkeit zur Waffen-SS seien für Loch keine negativen Schlüsse gezogen worden, hieß es anschließend in einer Stellungnahme. Ein individueller Schuldvorwurf könne ihm nicht gemacht werden.

Loch war nach dem Kriege in einem beinahe zweijährigen Entnazifizierungsverfahren, das seine Zugehörigkeit zur NSDAP betraf, als „Mitläufer" eingestuft worden. „Ein zweites Entnazifizierungsverfahren kann nicht sein", ließ der Verwaltungsrat erklären. Loch hatte im Kriege den Rang eines Oberssturmführers, was dem Wehrmachtsrang des Oberleutnants entspricht.

Seite 4: Mit Hammer und Sichel

Rau tritt für Sacharow ein

F. D./dpa, Berlin/Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau hat an die sowjetische Regierung appelliert, Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow ausreisen zu lassen. Er hat dem schwerkranken Bürgerrechtler zugleich eine neue Heimat in Nordrhein-Westfalen angeboten. Sacharow, der seit langem in der Verbannung in Gorki lebt, hat trotz vieler internationaler Appelle bisher nicht ausreisen dürfen. Offiziell wird dies mit dem Hinweis begründet, der Atomphysiker sei Geheimnisträger. Ein dreitägiges Fasten zum Zeichen der Solidarität mit Sacharow auf dem Gelände der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche ist von der evangelischen Kirchenleitung untersagt worden.

Neuer Anschlag auf Flughafen vereitelt

DW. Karlsruhe/Frankfurt

Eine „Revolutionäre Zelle" hat sich zu dem Bombenanschlag auf das Haus des Frankfurter Flughafenchefs bekannt, bei dem in der Nacht zum Montag ein Sachschaden von mindestens 50 000 Mark entstanden war. Wie die Bundesanwaltschaft gestern mitteilte, ist ein entsprechendes Bekennerschreiben bei der „Frankfurter Rundschau" eingegangen. Darin wurde auch ein Anschlag auf das Schulungszentrum des Flughafens angekündigt. Die in einem Feuerlöscher montierte Bombe konnte rechtzeitig entschärft werden. Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat die Ermittlungen übernommen.

Rentenanpassung ist Rechtens

dpa, Karlsruhe

Der Gesetzgeber darf grundsätzlich den Zeitpunkt und die Modalitäten einer Rentenanpassung verändern. Nach einem gestern vom 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts veröffentlichten Beschluß verstoßen daher die Vorschriften des 21. Rentenanpassungsgesetzes über die Anpassung der Bestandsrenten nicht gegen die Verfassung. Die Karlsruher Richter wiesen die Beschwerde eines Rentners als unbegründet zurück, der sich vor allem in seinem Grundrecht auf Schutz des Eigentums (Artikel 14 GG) verletzt gesehen hatte.

Großflughafen für die Falklands

AP, London

Die britische Regierung wird noch in diesem Jahr auf den Falklandinseln einen strategischen Flughafen anlegen. Verteidigungsminister Michael Heseltine gab jetzt bekannt, daß mit dem Projekt, dessen Gesamtkosten etwa 215 Millionen Pfund Sterling (knapp *820 Millionen Mark*) betragen werden, im Herbst begonnen werde. Der Flughafen, der für Starts und Landungen großräumiger militärischer und ziviler Flugzeuge ausgelegt ist, *soll rund 40 Kilometer von* der Hauptstadt Port Stanley entfernt entstehen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Lotsen Grüne Börner an Neuwahl vorbei?

Von D. GURATZSCH

Drei Monate vor der hessischen Landtagswahl am 25. September hat sich der Konflikt bei den hessischen Grünen derartig verschärft, daß sogar ein Auseinanderbrechen der Landtagsgruppe nicht mehr für ausgeschlossen gehalten wird. Neun Abgeordnete vertreten die Grünen seit der Landtagswahl des vergangenen Jahres im hessischen Parlament. Einer davon blieb der letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause demonstrativ fern. Zwei weitere waren nicht bereit, sich dem vereinbarten Abstimmungsverhalten anzuschließen, und enthielten sich der Stimme. Ein vierter hatte sich erst im letzten Augenblick trotz Bedenken dem Mehrheitsvotum seiner Fraktionskollegen gebeugt.

Daraus ergeben sich für die Sondersitzung des Parlaments am 4. August, auf der der Landtag seine Selbstauflösung beschließen und damit den Weg zur vorgezogenen Landtagswahl freimachen will, höchst unübersichtliche Konstellationen. Würden die vier Abgeordneten nämlich gemeinsam der Wahl eines SPD-Ministerpräsidenten zustimmen, brauchte die SPD eine Auflösung des Landtags gar nicht mehr anzustreben – vorausgesetzt, die restlichen fünf Grünen im Landtag enthielten sich der Stimme. Dann nämlich würde der neue *Ministerpräsident* 49 Stimmen der SPD und vier der Grünen, zusammen also 53 Stimmen, erwarten können, denen die CDU nur 52 entgegenzusetzen hätte.

Ein solches Abstimmungsergebnis liegt nicht einmal völlig außerhalb der Wahrscheinlichkeit; denn in einem Punkt stimmt die gesamte grüne Fraktion überein: Sie hat an Neuwahlen mit einem voraussichtlich wesentlich schlechteren Ergebnis als vor einem Jahr kein Interesse. Bei der Bundestagswahl vom 6. März blieben die hessischen Grünen mit 4,4 Prozent der Erststimmen sogar unterhalb der Fünf-Prozent-Marke. Bei der Landtagswahl vom vergangenen Jahr hatten sie noch acht Prozent der Stimmen erhalten.

Hinzu kommt, daß alle vier grünen „Abweichler" im Unterschied zum Rest der Landtagsgruppe für eine Kooperation mit anderen Parteien eintreten. Sie haben diesen Kurs auf der letzten Landesmitgliederversammlung ihrer Partei in Rodgau-Weiskirchen vor zehn Tagen verfochten und dabei mit hauchdünnen Abstimmungsniederlagen den „Fundamentalisten", die auf einem eigenständigen Kurs der Grünen beharren, unterlegen gewesen. Von ihnen hatten außerdem ein Papier ausgearbeitet, nach dem sich die Grünen „zur sofortigen Ablösung der geschäftsführenden Landesregierung" bereit erklären sollten. Einzige Bedingung: Die Partei des *Ministerpräsidenten-Kandidaten* sowie der Kandidat selbst hätten sich gegenüber den Grünen schriftlich verpflichten müssen, „in eine grundsätzliche und öffentliche Erörterung sämtlicher Fragen hessischer Landespolitik einzutreten".

Die Auseinandersetzung hatte sich ebenfalls an einem Prüfstein für die Zusammenarbeit mit der SPD entzündet. Dieser Prüfstein war ein von den Fraktionen der



SPD und der Grünen gemeinsam erarbeitetes Programm zur Bekämpfung des sauren Regens und des Waldsterbens gewesen. Darin war die Landesregierung aufgefordert worden, eine „ökologisch verträgliche und zukunftssichernde Energieversorgung durch grundsätzliche Neuorientierung der Energiepolitik einzuleiten". Es sei „anzustreben, die Genehmigung von Kernkraftwerken und Wiederaufarbeitungsanlagen überflüssig zu machen".

Während die „Fundamentalisten" um den Frankfurter Abgeordneten Manfred Zieran diese Formulierung auf der Mitgliederversammlung in Rodgau „beschämend" nannten, weil damit die grüne Forderung des Ausstiegs aus der Kernenergie aufgegeben werde, sprach der wenig später als Spitzenkandidat für die Landtagswahl bestätigte Dirk Treber vor dem gleichen Forum vom „fortschrittlichsten Programm gegen das Waldersterben in der Bundesrepublik". Trebers Frau, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Bürgerliste in der Startbahngemeinde Mörfelden-Walldorf, einer grünen Hochburg, ist, hatte wenige Wochen zuvor in ihrem Heimatparlament den Weg zu einem „Sachbündnis auf Zeit" zwischen Grünen und SPD und damit zur Wiederwahl des von den Grünen gestürzten SPD-Bürgermeisters Brehl geebnet. Motto dieses Bündnisses: „Die Grünen gehen in die Verantwortung".

Damit es nicht auch im Hessen-Parlament in Wiesbaden zu derartigen Weichenstellungen kommen könnte, entschloß sich der Frankfurter Zieran einen Tag vor der entscheidenden Landtagsdebatte zu einem spektakulären Schritt: Er tauchte unvermutet in der Fraktionssitzung der grünen Landtagsgruppe in Wiesbaden auf. Was ihm zuvor in Rodgau-Weiskirchen nur mühsam gelungen war, schaffte er hier im „Handstreich": Von den vierzehn Mitgliedern der Landtagsgruppe, die dem mit der SPD ausgehandelten Programm gegen das Waldsterben zugestimmt hatten, fielen zehn um und gaben für die Abstimmung der neun Landtagsabgeordneten die Marschroute aus, das erst zwei Wochen zuvor *erarbeitete Antragspaket abzulehnen.*

Eine Begründung dafür wurde im Abstimmungsverhalten der SPD zu zwei Initiativen der Grünen gefunden, die auf den Ausstieg aus der Kernenergie abzielten. Darin hieß es unter anderem: „Die Nutzung der Atomenergie ist auszuschließen." Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde von der SPD gemeinsam mit der CDU abgelehnt. In der Debatte hatte sich der geschäftsführende Ministerpräsident Holger Börner (SPD) auffällig exakt an die vereinbarte Formel von der „energiepolitischen Neuorientierung" gehalten. Zwar sei „im Augenblick" ein Verzicht auf die Kernenergie „nicht verantwortbar", aber es müsse „alles zur Förderung des alternativen Weges ohne Kernenergie" getan werden, „um einen solchen Verzicht langfristig möglich zu machen".

Als es am nächsten Tag um das Waldprogramm ging, sagte die grüne *Fraktionsvorsitzende Iris Blaul,* mit dem gemeinsam mit der SPD erarbeiteten Papier hätten die Grünen auch den „Einstieg in den Ausstieg" aus der Kernenergie angestrebt. Die energiepolitische Debatte des Vortags habe jedoch deutlich gemacht, daß die SPD dazu nicht bereit sei. So stimmten sechs von acht anwesenden Grünen zusammen mit der CDU die Initiative nieder. Der siebente, der zu Hause geblieben war, meinte hinterher: „So kann man mit dem politischen Gegner nicht umgehen." Er will nun auch den Austritt aus seiner Partei nicht mehr ausschließen.

Die Liste der Pannen ist lang

Fehleinschätzungen Schnoors bei Bush-Besuch / Rau stellt sich vor seinen Minister

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat sich schützend vor seinen Innenminister Herbert Schnoor gestellt. Er verteidigte ihn gegen die Kritik aus Bonn wegen der gewaltsamen Ausschreitungen und der Pannen beim Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush am Wochenende in Krefeld. Er sagte in Düsseldorf, die massive Kampagne gegen Schnoor sei nur aus „parteipolitischen Interessen heraus" zu erklären: „Das halte ich für unverantwortlich. Ich kann nur davor warnen, so etwas vor einem gewiß schwierigen Herbst zu einem parteipolitischen Thema zu machen." Gleichzeitig betonte Rau aber auch: „Was an Fehleinschätzungen gelaufen ist, das muß offengelegt werden."

Diese Fehleinschätzungen – vom Bekenntnis Schnoors, es habe eine Panne gegeben bis hin zu jetzt erst langsam durchsickernden Vorfällen – summieren sich offenbar. Kein Wunder, daß selbst die Gewerkschaft der Polizei (GdP) nur sehr zurückhaltend kommentierte, die Einsatzplanung und -leitung sei „im großen und ganzen gut gewesen". Bekannt wurde, daß

- im Gegensatz zu früheren Großdemonstrationen in Krefeld nur 2800 Polizisten – darunter zum ersten Mal auch weibliche Beamte – eingesetzt wurden. *Bei dem Feierlichen Gelöbnis der Bundeswehr*rekruten etwa in Bonn 1980 waren 5000 Beamte im Einsatz.
- Trotz der Warnungen aus verschiedenen Bundesländern wurden die Kontrollen nicht – wie in Bonn oder bei den Protestmärschen gegen das Kernkraftwerk in Kalkar – schon im Vorfeld rigoros durchgeführt.

Spezialisten verkannten den Ernst der Lage

Auf dem Duisburger Hauptbahnhof wurden vor der Abfahrt der Züge nach Krefeld morgens um 7 Uhr Gruppen von Chaoten in schwerer *Lederkleidung und Mo*torradhelmen beobachtet. Sie blieben unkontrolliert. Zwar wurden am Vorabend – laut Bericht des Führungsstabes im Bundesinnenministerium – 23 Chaoten vorläufig festgenommen, doch befanden sich am Morgen um 10 Uhr, dem Zeitpunkt, den die Chaoten zum Sammeln am Hauptbahnhof anberaumt hatten, nur noch zwei in Haft.

Unverständlicherweise war im Krefelder Bahnhofsbereich eine Hundertschaft mit Beamten aus Duisburg in Ausgehuniform stationiert. In dieser Gruppe gab es nach Aussagen der GdP unverhältnismäßig viele Verletzte. Dagegen seien Polizisten in Kampfuniform in „ruhigeren Straßen" postiert gewesen.

- Der Einsatzleiter Zacharias, der die Beamten von einem Hubschrauber aus dirigierte, soll mehrere Male keinen Funkkontakt mit dem Boden gehabt haben
- Schnoor erklärte, manche Demonstranten hätten nicht wie Chaoten ausgesehen, sondern seien „sommerlich luftig gekleidet, wie man eben zu einem Volksfest geht", gewesen. Zacharias betonte, es habe auch Demonstranten mit Tüchern und Mützen und so gegeben, die aber unbehelligt blieben – trotz des von Schnoor ausgesprochenen Vermummungsverbotes
- Neben der offiziellen Hauptstrecke gab es zwei geheimgehaltene *Routen für die Wagenkolonnen.* Ausgerechnet der gefährlichste, nämlich die am Hauptbahnhof vorbeiführende Strecke, wurde von Zacharias ausgewählt.
- *Die Polizei erklärte, sie habe die* Lage rund um das Seidenweberhaus, in dem der Festakt stattfand, fest im Griff gehabt. Dennoch konnte ein Bus die Abfahrt der Wagenkolonne von Bush versperren.
- In der vorausfahrenden Kolonne von Bundespräsident Karl Carstens, der auf eine Eskorte verzichtete, saßen – *so* Schnoor – „bestausgebildete Beamte", normalerweise Polizisten aus der Spezialeinheit SEK. Der letzte Wagen der Präsidentenkolonne wurde mit Steinen beworfen – eine Windschutzscheibe ging zu Bruch. Das Düsseldorfer Innenministerium behauptet nun, diese Spezialisten hätten „möglicherweise" nicht die Gefährlichkeit der Lage erkannt und darum keine entsprechende Meldung weitergegeben – sonst wäre die Route für Bush geändert worden.
- Aus dem Bericht an Manfred Schreiber, *Leiter Abteilung Polizei* im Bundesinnenministerium: Gegen 13.30 Uhr eskalierte die Lage, als zirka 1000 äußerst militante Störer versuchten, den Polizeischutzbereich West zu stürmen. Da gerade zu diesem Zeitpunkt die Kolonne mit US-Vizepräsident Bush passierte, richteten Störer ihre Angriffshandlungen gegen die Kolonne. Schnoor dagegen erklärte, eine kleine Gruppe von militanten Störern habe sich „zufällig an der Fahrstrecke in der Nähe des Hauptbahnhofes befunden und die Gelegenheit der Vorbeifahrt der Kolonne zu Steinwürfen ausgenutzt". Als Beweis dafür nannte er ein in der Montagausgabe der „Neuen Ruhr Zeitung" veröffentlichtes Foto.

Innenminister übernimmt die Verantwortung

Nach Recherchen der WELT hat dieses Foto ein freier Fotograf der Deutschen Presse-Agentur gemacht. Aus dem beigefügten Text ist eindeutig zu erkennen, daß es sich bei den auf dem Foto zu sehenden Demonstranten nicht um Steinewerfer, sondern um unmaskierte junge Leute handelte, die gegen die vorbeifahrenden Wagen mit erhobenen Fäusten protestieren.

Schnoor behauptete weiter, wegen der schweren Panzerung des Wagens von Bush wäre es nicht zu einer wirklichen Gefährdung des Gastes gekommen. Krefelds Oberbürgermeister, Dieter Pützhofen, der neben Bush saß, erlebte das so: „Sie hatten Knüppel, Pflastersteine und Farbbeutel. Um den gepanzerten Wagen herum gab es kleine Explosionen. Es war mir als Gastgeber sehr peinlich, obwohl Bush sehr gelassen reagierte." Pützhofen weiter: „Warum mußten wir ausgerechnet dort vorbeigeführt werden? Gab es denn keine Funkgeräte?"

Johannes Rau erklärte jetzt in Düsseldorf, es sei ihm „unbegreiflich", daß Bundeskanzler Helmut Kohl, CDU und Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU die „faktische Einsatzleitung" der Krefelder Polizei so bewerteten, als habe Schnoor persönlich die Einsatzleitung wahrgenommen und dabei grob fahrlässig gehandelt. Schnoor sagte, er habe bewußt den Einsatz nicht selbst geleitet, „weil das nicht mein Bier ist". Tatsache ist aber, daß er von der Polizei schon *im Vorfeld zu den angekündigten* Demonstranten ständig informiert wurde, selbst an Einsatzbesprechungen teilgenommen hatte und in Verbindung mit dem für die Dienste zuständigen Chef des Bundeskanzleramtes, Waldemar Schreckenberger, stand. Schnoor versicherte: „Was die Verantwortung betrifft, das ist selbstverständlich, die übernehme ich voll und ganz."

Die Selbsthilfebewegung erfaßt auch die Medizin

Ärzte skeptisch / Rolle des Apothekers müßte sich ändern

PETER JENTSCH, Bonn

Der jüngste Sproß der Selbsthilfebewegung wird erwachsen: die Selbstmedikation. Heute werden bereits 20 Prozent der in den Apotheken abgegebenen Arzneimittel ohne ärztliches Rezept erstanden. Der gesamte Umsatz von freiverkäuflichen Medikamenten belief sich 1980 auf gut 3,3 Milliarden Mark, davon 2,8 Milliarden in Apotheken. Einen weiteren Ausbau der Selbstmedikation hat jetzt auch der europäische Heilmittelverband (AESGP) auf seiner Jahrestagung in Stockhom verlangt. Der Verband fordert eine Lockerung der Rezeptpflicht für langerprobte Arzneimittel.

Ob sich diese Forderung angesichts des Primats der Arzneimittelsicherheit durchsetzen lassen wird, sei dahingestellt. Immerhin aber hat der Gesetzgeber durch den Erlaß der Negativliste, die die medikamentöse Behandlung von Bagatellerkrankungen aus der Erstattungspflicht der gesetzlichen Krankenversicherung ausnimmt, die Selbstmedikation gefördert. Das gilt für Präparate gegen Erkältungen, *Reisekrankheit; das gilt* für Rachentherapeutika und Abführmittel. Hanna Neumeister (CDU) stellte dazu fest: „Eine arztgestützte Selbstmedikation, abgesichert durch die unbedingt notwendige Beratungsfunktion des Apothekers, ist zu begrüßen. Sie wird sich kostendämpfend für die gesetzlichen Krankenkassen auswirken, da durch eine verstärkte Kostentransparenz zugleich eine verbesserte verantwortliche Einbeziehung des Verbrauchers erfolgt."

1,3 Milliarden Mark sparen

Dies bestätigt auch Professor Fritz Beske, Leiter des Kieler Instituts für Gesundheits-System-Forschung, gegenüber der WELT: „Durch die Selbstmedikation spart die gesetzliche Krankenversicherung jährlich mindestens 1,3 Milliarden Mark, weil bei leichten Befindlichkeitsstörungen keine Arbeitsausfälle durch Arztkonsultation entstehen. *Eine weitere Milliarde* Mark wird gespart durch die Aufhebung der Verordnungsfähigkeit bestimmter Präparate."

Freilich bestehen Widerstände gegen die Selbstmedikation insbesondere in der Ärzteschaft. Die Mediziner verweisen darauf, daß Krankheitsbilder verschleiert werden könnten, die zu irreparablen gesundheitlichen Schäden führen können. Darüber hinaus ließen sich schädliche Nebenwirkungen nicht ausschließen. Karl-Heinz Kimbel, Geschäftsführer der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft, spricht gar der Selbstmedikation eine kostendämpfende Wirkung ab.

Kaspar Roos, Ehrenvorsitzender des Verbandes der niedergelassenen Ärzte, machte freilich vor der AESGP-Jahresversammlung in Stockholm deutlich, daß die Ärzte lernen müßten, „die Selbstbehandlung als Realität zu akzeptieren". Die ablehnende Haltung seiner Standeskollegen erklärte Roos damit, daß die Ärzte davon ausgehen, „daß Selbstdiagnostik und Selbstmedikation Risiken haben müssen, weil sie als Ärzte ja gelernt haben, im Rahmen einer sauberen *Diagnostik Symptome richtig einzuordnen.* Sie wissen also, was man falsch machen kann; und da der Selbstmedikation treibende Bürger diese Ausbildung nicht hat, *muß er also etwas falsch machen*".

Naturheilmittel gefragt

Roos rief insbesondere Internisten und Allgemeinmediziner auf, in einen intensiven Dialog mit Pharmaindustrie und Apothekern, Patienten und Selbsthilfegruppen zu treten. Roos: „Wir dürfen nicht nach dem Motte des Deutschen Ärztetages handeln: ‚Mag sich um uns auch alles ändern – wir bleiben doch die alten'."

In diese Richtung argumentierte in Stockholm auch der Freiburger *Medizinsoziologe, Professor* Jürgen von Troschke. Selbstmedikation sei nicht gegen den Arzt gerichtet, sonden müsse im Gespräch mit ihm erlernt werden. Troschke ist überzeugt, daß die Selbstmedikation an Umfang noch zunehmen wird. Die Apotheke müsse dabei „zum pharmazeutischen Informationszentrum werden".

Und in der Tat: Nach einer repräsentativen Allensbach-Umfrage aus dem Jahre 1982 versuchen immer mehr Bürger, leichte Beschwerden *mit* Naturheilmitteln selbst zu behandeln. Der Anteil der Bevölkerung, der *zum Beispiel* Naturheilmittel verwendet, ist von 21 Prozent im Jahre 1970 auf 26 Prozent 1980 gestiegen. Im Frühjahr 1982 waren es bereits 36 Prozent. Bei Erkältungen, Kopfschmerzen, Stoffwechselbeschwerden oder Schlaflosigkeit nehmen 52 Prozent der Befragten ein Mittel, das man ohne Rezept erhält, nur 43 Prozent lassen sich in jedem Falle etwas vom Arzt verschreiben.

In Belgrad ringt die Unctad um ein *konkretes* Ergebnis

Entwicklungsländer und Industrienationen suchen nach Kompromissen für den Welthandel / Aus dem Ostblock nur Propagandabeiträge

MANFRED NEUBER, Belgrad

Mit einer „Belgrader Erklärung" zur Lage der Weltwirtschaft und konkreten Aktionsprogrammen zur Linderung der ökonomischen *Not in der Dritten Welt soll* am Donnerstag die 6. Welthandelskonferenz in der jugoslawischen Hauptstadt zu Ende gehen. Unmittelbar vor dem Abschluß der Unctad VI *stehen Übereinkünfte* in den schwierigsten Fragen noch aus. Voraussichtlich muß die Konferenz, die vom 6. bis 30. Juni anberaumt war, verlängert werden.

Jugoslawien als Gastgeber der Mammutkonferenz mit mehr als 3000 Delegierten aus 166 Ländern dringt auf schnelle Entscheidungen. In dem Kongreßzentrum an der Donau soll nächste Woche ein Parteitagung stattfinden. Deshalb wird in Nachtsitzungen versucht, in letzter Minute noch Kompromisse zwischen den Entwicklungsländern und den Industrienationen zu erreichen.

Die Dritte Welt tritt in Belgrad mit massiven Forderungen auf. Sie wurden auf der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Neu-Delhi und bei den Beratungen der „Gruppe der 77" in Buenos Aires erhoben. Der Westen suchte eine gemeinsame Position in Zusammenkünften bei der EG und bei der OECD sowie beim Wirtschaftsgipfel der acht wichtigsten Industriestaaten in Williamsburg. An der Unctad VI in Belgrad ist auch der Osten beteiligt, der propagandistisch die Dritte Welt unterstützt, aber selbst keine Verpflichtungen eingeht.

Zu Konzessionen bereit

Bei den Entwicklungsländern setzt sich immer mehr die Einsicht durch, daß mit Maximalforderungen nichts gewonnen ist. So nimmt in Belgrad die Erkenntnis zu, wie groß die gegenseitige Abhängigkeit von Nord und Süd ist. Unctad-Generalsekretär Gamani Corea spricht von Interdependenz und gab die Losung „Wiederbelebung und Entwicklung" aus. Als Voraussetzung für die Entwicklung der Dritten Welt sieht man jetzt die wirtschaftliche Belebung in den Industrienationen und nicht so *sehr eine Neue Weltwirtschaftsord*nung, die vom radikalen Lager lautstark gefordert wird.

Die 27 westlichen Länder sind zu Konzessionen bereit; sie lehnen aber jegliche Erschwernisse für *den freien Welthandel und die Be*strebungen ab, das Allgemeine Abkommen über Zölle und Handel (Gatt) durch eine Aufwertung der Unctad, die bei den Rohstoffen ei*nen dirigistischen Kurs verfolgt,* zu unterlaufen. Gegen eine Fusion dieser beiden Institutionen wendet sich auch der Osten.

Nach Angaben der Unctad haben die Entwicklungsländer in den Jahren 1980–1982 infolge sinkender Rohstoffpreise bei ihren Exporterlösen einen Ausfall von 40 Mrd. Dollar hinnehmen müssen. Sie können deshalb weniger Industriegüter einführen, und es fehlt ihnen das Geld, um ihre Auslandsschulden zu tilgen. Darum will die Dritte Welt ein Geflecht von Abkommen über stabile Rohstoffpreise durchsetzen.

Von den Befürwortern eines pragmatischen Vorgehens, die in der Dritten Welt an Boden gewinnen, legt man es darauf an, die Verunsicherung des Westens über Bankenpleiten wegen der Zahlungsschwierigkeiten verschiede*ner Entwicklungsländer mit dieser* Argumentation für ihre Ziele zu nutzen: Der wirtschaftliche Aufschwung im Westen bleibt aus, wenn die Dritte Welt ihre Einfuhren weiter drosseln muß. Zur Finanzierung des Imports soll der IWF mehr Kredite einräumen. Dazu ist der Internationale Weltwährungsfonds nur bereit, wenn die Entwicklungsländer das Geld zurückzahlen können. Deshalb brauchen sie höhere Exporterlöse und Absatzmärkte in den Industrieländern.

Schuldenerlaß abgelehnt

Während der Ruf nach einem generellen Schuldenerlaß für die ärmsten Länder der Dritten Welt immer stärker wird, erklären die westlichen Industriestaaten ihre Bereitschaft, von Fall zu Fall Erleichterungen zu schaffen, lehnen aber durchgehende Streichungen ab, weil sie verheerende *Folgen* auf den internationalen Kapitalmärkten haben würden. Die Bundesrepublik Deutschland, die in Belgrad als Präsidialmacht der Europäischen Gemeinschaft eine koordinierende Rolle hat, tritt für eine „Anerkennung der erfolgreichen Politik von IWF und Weltbank" ein und nimmt diese Institutionen vor „einseitiger Kritik" in Schutz.

Bonn *bekundet auch die* Absicht, die öffentliche Entwicklungshilfe weiter zu steigern, sieht sich aber angesichts der angespannten Finanzlage außerstande, „feste Verpflichtungen für bestimmte Ziele in einem bestimmten Zeitraum zu übernehmen". Zum Abschluß der Unctad wird Bundeswirtschaftsminister Graf *Lambsdorff heute noch einmal* in Belgrad erwartet, falls sich ein erfolgreicher Ausgang abzeichnet.

Für das gastgebende Jugoslawien steht ein Erfolg der Unctad außer Zweifel: Die Mammutkonferenz brachte rund eine Milliarde Dollar Einnahmen in die Devisenkasse. Kurz vor ihrem Beginn waren die Hotelpreise drastisch erhöht worden.

Khadhafi will Union mit Iran und Syrien

DW. Damaskus

Der libysche Staatschef *Muammar Khadhafi und die iranische* Führung drängen Syrien zur Schaffung einer politischen Dreier-Union zwischen ihren Staaten. Bei seinem jüngsten Besuch in der *syrischen Hauptstadt am 14. Juni* versuchte Khadhafi, wie aus gut unterrichteten Kreisen in Damaskus bekannt wurde, den syrischen Staatspräsidenten Assad durch finanzielle Zusagen *von seiner bis*lang zögernden Haltung abzubringen. Die Idee eines Staatenbündnisses ist in Syrien wenig populär. Bereits 1958 hatten Ägypten, Syrien und Jemen die „Vereinigte Arabische Republik" gebildet. Doch schon bald wurde deutlich, daß Kairo versuchte, Syrien wirtschaftlich und politisch zu majorisieren. Im Frühjahr 1961 putschten syrische Einheiten und erzwangen so einen Bruch der Union. Aufgrund dieser Erfahrungen hat Assad nach Informationen aus Damaskus Khadhafi zunächst ein formales gegenseitiges Verteidigungsabkommen vorgeschlagen. Iran dagegen befürwortet die Idee einer politischen Dreier-Union, wie es in Damaskus heißt, uneingeschränkt. *Offenbar* erhofft sich das Ayatollah-Regime davon vermehrte politische und wirtschaftliche Unterstützung in seinem Krieg gegen Irak.

Mitterrand warnt Libyen wegen Tschad

AFP, Paris/Tripolis

Vor dem Hintergrund der neuen Rebellion in Tschad haben Frankreich und Libyen erneut ihren Willen zur Unterstützung der krieg*führenden Parteien betont.* Staatspräsident Mitterrand betonte in Paris, daß seine Regierung die eingegangenen Verpflichtungen „in vollem Umfang" erfüllen werde. Bereits am *Montag* hatte Paris ein Flugzeug mit 35 Tonnen militärischem Material in das afrikanische Land geschickt. Mitterrand verwies auf das seit 1976 mit Tschad bestehende Abkommen über militärische Zusammenarbeit, das keine Truppenentsendung vorsehe, und warnte zugleich Libyen vor „Abenteuern", die die Stabilität in Afrika bedrohten. Ein Sprecher des libyschen Außenministeriums bekundete die Entschlossenheit, „nicht mit verschränkten Armen einer ausländischen Intervention in Tschad" zuzusehen. Die Libyer, die die Rebellen unterstützen, wiesen vor allem die mahnenden Worte des ägyptischen Präsidenten Mubarak zurück, und bezeichneten sie als „trügerische Anschuldigungen, um den Weg für eine direkte Einmischung in Tschad zu öffnen".

Den Haag wartet Resultat aus Genf ab

dpa, Den Haag

Die Regierung in Den Haag hat gestern den Standort für die im NATO-Nachrüstungsplan für die Niederlande vorgesehenen 48 Cruise Missiles festgelegt: Die Marschflugkörper sollen in Woendsrecht in der Provinz Seeland im äußersten Westen des Landes aufgestellt werden. Allerdings wird die grundsätzliche Entscheidung in Den Haag über eine Beteiligung an der Nachrüstung *erst* gefällt, wenn die Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über die Mittelstreckenwaffen abgeschlossen sind.

UNO-Generalsekretär lobt „DDR"

dpa/rtr/DW. Berlin

Im Zusammenhang mit seinem bevorstehenden viertägigen Besuch in Ost-Berlin hat UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar von der „DDR" als von einem äu*ßerst aktiven Mitglied der Verein*ten Nationen gesprochen. In einem von der amtlichen Nachrichtenagentur der „DDR" veröffentlichten Interview wird de Cuellar mit dem Satz zitiert, die „DDR" könne „wirklich stolz sein auf ihre Leistung als ein hervorragendes und sehr aktives Mitglied unserer Organisation. Sie habe alle ihre Kräfte eingesetzt, um eine friedliche Lösung internationaler Probleme und vor allem Frieden und Verständigung unter den Nationen zu fördern".

Vorstoß von EG und Asean bei Unctad

dpa, Bangkok

*Auf Vorschlag von Bundesaußen*minister Hans-Dietrich Genscher unternehmen die Europäische Gemeinschaft und die südostasiatische Staatengruppe Asean heute in Belgrad den gemeinsamen Versuch, der kurz vor dem Abschluß stehenden 6. Welthandelskonferenz Unctad doch noch zum Erfolg zu verhelfen. Dies gab Genscher als amtierender EG-Ratspräsident nach den Beratungen beider Gemeinschaften gestern in Bangkok bekannt.

Auf Vorschlag Genschers beschlossen die Außenminister der Industrienationen und der fünf Asean-Staaten Thailand, Philippinen, Singapur, Malaysia und Indonesien bei ihrer gemeinsamen Konferenz kurzfristige Beratungen darüber, wie der Nord-Süd-Dialog erfolgreicher gestaltet werden könne. Genscher unterstrich auf der Konferenz den Willen der EG, sich über die Außenpolitik in der UNO und anderen internationalen Gremien mit der Asean pragmatisch abzustimmen und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Gruppierungen auszubauen.

Bern: Noch keine Entscheidung über Panzertyp

rb. Bonn

In Bern hat die Kommission für militärische Landesverteidigung des Parlaments einstimmig beschlossen, der Regierung die sofortige Beschaffung eines neuen Kampfpanzers zu empfehlen. Ob dies der US-Panzer M 1 Abrams oder der deutsche Leopard 2 sein wird, wurde nicht entschieden. Doch eine Vorentscheidung scheint immerhin gefallen zu sein. „Wenn die Wahl auf den Leopard 2 fallen sollte, wird Verteidigungsminister Georges-André Chevallaz dem Bundesrat empfehlen, einen Lizenzbau des deutschen Panzers zu beschließen", sagte ein Sprecher des Militärdepartements in Bern der WELT. „Welcher Panzer schließlich den Vorzug erhält, entscheidet die Regierung bis spätestens Ende August 1983."

Das letzte Wort über Typenwahl, über Kauf von der Stange, Kooperation oder Lizenzbau des einen oder anderen Panzers aber hat das Parlament. Es wird jedoch nicht vor März 1984 gesprochen.

Bei Krauss-Maffei in München ist man schon jetzt auf alle Eventualitäten eingestellt. Das Unternehmen habe den zuständigen Stellen in Bern verschiedene Angebote über Kooperation oder Lizenzbau gemacht, hatte der Vorstandsvorsitzende Hans-Heinz Griesmeier bereits bei der Hauptversammlung Ende Mai 1983 mitgeteilt. Im Unternehmensbereich Wehrtechnik wurden 1982 mit rund 1,2 Milliarden Mark drei Viertel des Gesamtumsatzes erzielt.

Wieder Schüsse auf US-Botschaft

AP/AFP, San Salvador/Bogota

Nach mehr als einjähriger Ruhe ist in der Nacht zum Dienstag wieder ein Feuerüberfall auf die US-Botschaft in San Salvador verübt worden. Unbekannte Angreifer beschossen das Gebäude aus zwei vorbeifahrenden Lastwagen mit Maschinenpistolen, teilte ein Sprecher der Botschaft mit. Eine auf das Botschaftsgebäude abgefeuerte Rakete habe, durch Bäume abgelenkt, ihr Ziel verfehlt und sei rund 35 Meter von der Schutzmauer entfernt auf der Straße detoniert. Es entstand nur Sachschaden, verletzt wurde niemand. Die Geschosse schlugen in einem Büro im zweiten Geschoß des Gebäudes ein. Zur Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen wurden 200 Mann der salvadorianischen Armee angefordert.

In Kolumbien sind 19 668 Menschen in den vergangenen 24 Jahren Opfer der Guerrilla geworden. Das geht aus einem Bericht der kolumbianischen Polizei hervor. Dabei handele es sich um 432 Polizisten, 947 Armeeangehörige und 18 289 Zivilisten. Wie aus dem Bericht hervorgeht, wurden in dem gleichen Zeitraum von den Guerrillagruppen 2376 Sprengstoffanschläge verübt, davon waren 923 gegen Privatunternehmen und 1437 gegen staatliche Gebäude gerichtet.

In Caracas teilte Sergio Ramirez, Mitglied der sandinistischen Junta in Managua, mit, auf Seiten Nicaraguas habe der Guerrillakrieg in diesem Jahr bisher rund 600 Tote gefordert. 280 der Opfer waren Soldaten und Miliz-Angehörige, die übrigen Zivilisten.

Von einem Dialog will Pinochet nichts wissen

Chile nach dem Streik: Normalität mit Abstrichen

WERNER THOMAS, Santiago

Nach zwei ereignisreichen Wochen, die dem Land Demonstrationen, blutige Straßengefechte (fünf Todesopfer) und Streikaktionen brachten, ist Chile zum normalen Alltag zurückgekehrt. Pinochet-Regierung und Opposition machen sich an die Bestandsaufnahme der Situation.

Die meisten politischen Beobachter in Santiago sehen keinen Sieger. Es waren die schwersten Unruhen während der fast zehnjährigen Pinochet-Ära. Der Präsident konnte seinen Gegnern jedoch die gegenwärtigen Grenzen ihrer Macht zeigen. Der Generalstreik war von Anfang an zum Scheitern verurteilt, weil der Kupferarbeiterführer Rodolfo Seguel und fünf seiner wichtigsten Funktionäre im Gefängnis saßen und die Medien kein Wort über die Aktionen veröffentlichen durften.

Ein großer Teil der Bevölkerung vergleicht die heutige Situation auch nicht mit den letzten chaotischen Monaten der Volksfront. Obwohl die Unzufriedenheit über die wirtschaftliche Not und die Person Pinochet wächst, haben viele Chilenen nicht das Gefühl, daß diese Regierung am Ende ist.

Jedoch: allein die Tatsache, daß die Menschen massiv auf die Straße gingen und daß trotz Ausnahmezustands ein Generalstreik organisiert wurde, signalisierte veränderte Machtverhältnisse. Der Nimbus des starken Mannes hat gelitten. Am Montag warnte er seine Gegner, er werde keine weiteren Protestaktionen tolerieren. Zu den Forderungen der Opposition nach einem Dialog schweigt er sich aus.

Die Idee eines Dialogs wird auch von den katholischen Bischöfen unterstützt, die sich Ende vergangener Woche mit einer Stellungnahme vermittelnd in den Konflikt eingeschaltet hatten. Sie unterstrichen das Streikrecht der Arbeiter, verurteilten jedoch gewaltsame Protestaktionen. Im Gegensatz zu ähnlichen Erklärungen der Vergangenheit äußerten die Kirchenführer nicht den Wunsch nach einer demokratischen Zukunft. Die milden Worte reflektierten den Wechsel in der Hierarchie.

Santiagos neuer Erzbischof Francisco Fresno Larrain gilt als konservativer als sein Amtsvorgänger Raul Silva Henriquez. Kardinal Silva war ein offener Kritiker der Pinochet-Regierung. Ein Mitarbeiter Fresnos sprach lediglich von „taktischen" Veränderungen. „Wir glauben immer noch, daß die Demokratie die endgültige Lösung sein muß."

Dieser Meinung sind alle oppositionellen Gewerkschafter und Politiker. Das baldige Ende der Militärherrschaft war eine von neun Forderungen der Streikenden. Dieses Thema ist für Pinochet tabu. Selbst wenn es zu einem Dialog zwischen der Regierung und der Opposition kommen sollte, will der Präsident darüber nicht mit sich reden lassen. Die 1980 vom Volk gebilligte Verfassung garantiert ihm eine Amtszeit bis mindestens 1989. „Pinochet mißtraut der Demokratie", sagte einer seiner Berater und betonte, daß ihm auch die gemäßigten Kräfte im Kabinett um Außenminister Miguel Schweitzer keine Demission nahelegen. Sie wünschen nur eine politische Öffnung. (SAD)

Bei seinem Überlebenskampf kommt Saddam Hussein jede Hilfe gelegen

Bagdad baut auf westliche Unterstützung / Die radikalen Töne des Regimes werden leiser

PETER M. RANKE, Beirut

Die amerikanische Regierung hat wieder zehn Millionen Dollar für Lebensmittelimporte nach Irak freigegeben, obwohl Bagdad seit 1967 keine diplomatischen Beziehungen mehr mit Washington unterhält. Auch leben und arbeiten am Tigris wieder fünfzehn US-Diplomaten – in der Botschaft Belgiens – und mehr als 200 Geschäftsleute.

In Frankreich werden die ersten irakischen Piloten auf den Superbomber „Etendard" (Standarte) mit seinen tödlichen Exocet-Raketen umgeschult. Nach der Mirage erhält Bagdad damit eine neue Waffe für den Golf-Krieg, die noch kein anderer arabischer Staat besitzt.

Das sind Meldungen der letzten Tage. Sie belegen, daß die Verbindungen des irakischen Baath-Regimes zum Westen wieder enger geworden sind. Zwar hat die Staatspartei das libanesisch-israelische Abkommen jüngst scharf abgelehnt, aber Staatspräsident Saddam Hussein, 46, fand doch gegenüber libanesischen Emissären die billigenden Worte, daß er die Haltung der Beiruter Regierung verstehe.

Saddam Hussein hat erkannt, daß der würgende Zangengriff Teheran – Damaskus gegen Irak tödlich wird, wenn er nicht die Unterstützung prowestlicher arabischer Regierungen und westlicher Länder findet. Daher hat Bagdad die revolutionäre Propaganda gegen Amerika und den „Zionismus" gedämpft. Irak ist aus der Ablehnungsfront mit Libyen und Syrien praktisch ausgeschert, ohne deshalb schon prowestlich zu sein.

Für Saddam Hussein gelten heute andere Prioritäten. Es geht schlicht ums Überleben des Regimes, und da nimmt man jede Hilfe an – auch wieder Waffen aus der Sowjetunion.

Im dritten Jahr des Golfkrieges gegen Iran, den Saddam Hussein leichtfertig im September 1980 begann, verzeichnet Irak mit seinen 14 Millionen Menschen rund fünfzigtausend Tote, knapp ebenso viele Gefangene und Auslandsschulden von 40 Milliarden Dollar. Irak hält mit Armee und Miliz rund eine Million Männer und Frauen unter Waffen, jordanische und sudanesische Hilfstruppen stehen im Lande.

Lieber heute als morgen würde Saddam Hussein den Golfkrieg beenden, zu fast jeder Bedingung und unter UNO-Kontrolle. Aber Ayatollah Khomeini läßt das nicht zu; er will Saddam Hussein vernichten und die Herrschaft der laizistisch-sozialistischen Baath-Partei in Irak beenden.

Daher unterstützt Teheran den „Rat der Islamischen Revolution in Irak", der die Schiiten an Euphrat und Tigris mobilisieren will. Der Sprecher dieser Untergrund-Organisation, die der in Irak verbotenen Daua-Partei (der Ruf) nahesteht, Hadschatolislam Bakr Hakim, wurde kürzlich in Teheran empfangen. Der Rat veranstaltet eine religiöse „Gehirnwäsche" bei den irakischen Kriegsgefangenen schiitischen Glaubens und unterhält vier militärische Trainingszentren in Isfahan, Yazd, Schiras und Mesched, wo Terroristen für Einsätze in Irak ausgebildet werden.

Mit eiserner Hand wehrt sich das Baath-Regime gegen die Herausforderung an der inneren Front. Außenpolitisch hat Saddam Hussein eine neue Militär-Achse mit der Türkei geschmiedet, die die aufsässigen Kurden in beiden Grenzgebieten unter Kontrolle hält. Sie ergänzt den Freundschaftspakt mit Jordanien und die guten Beziehungen zu Ägypten, das einer der Waffenlieferanten der Iraker ist.

Zusammengehalten und gestützt wird die Politik Saddam Husseins aber letztlich durch die Finanzen vor allem Saudi-Arabiens. Da die Ausfuhr irakischen Öls über den Golf wegen der iranischen Marine und Luftwaffe nicht möglich ist, können die Exporte aus der täglichen Förderung von 600 000 Barrel Rohöl (früher 3,7 Millionen Barrel) nur über einen türkischen Hafen abgewickelt werden.

Die syrische Blockade der Pipeline seit Februar 1982 hat sich als wirksames wirtschaftliches Strangulierungsmittel herausgestellt. So mußten schon die Saudis einspringen und liefern jetzt Öl zugunsten der irakischen Staatskasse, und Frankreich läßt sich seine Forderungen von 1,8 Milliarden Dollar auf ein Jahr hinaus mit irakischem Öl bezahlen, mit 80 000 Barrel täglich. Von 25 Milliarden Dollar 1980 sind die Öl-Einnahmen Iraks in diesem Jahr auf etwa sechs bis sieben Milliarden gefallen, und die braucht Bagdad zum Kriegführen und für lebenswichtige Einfuhren.

Athen bestreitet Enthüllungen des KGB

E. ANTONAROS, Athen

Die Enthüllung, daß Griechenlands auflagenstärkste Zeitung „To Ethnos", unter der Kontrolle der Desinformationsabteilung des sowjetischen Geheimdienstes KGB steht, schlägt in Athen hohe Wellen. Der Verleger der kommerziell erfolgreichen Zeitung hat jetzt Strafanzeige wegen Verleumdung gegen den Autor des vorzüglich dokumentierten Buches („Nehmen Sie ‚To Ethnos' in Ihre Hände") erstattet und beim zuständigen Athener Gericht beantragt, daß der Fall im Schnellverfahren abgehandelt wird.

Dazu sagte der Autor, Paul Anastasi, der in Athen als Korrespondent der „New York Times" und des Londoner „Daily Telegraph" arbeitet: „Ich stehe zu meinen Behauptungen. Der Fall ist eindeutig."

Anastasi hat in seinem soeben erschienenen Buch anhand einer Fülle von Dokumenten nachgewiesen, daß Griechenlands erste und größte kleinformatige Zeitung bis in die Details auf das Kommando der KGB-Manipulatoren hört. Hauptaufgabe der nahezu genial gemachten Zeitung sei es, das nichtkommunistische Lesepublikum im Sinne der Sowjetunion zu manipulieren.

Inzwischen berichtet Anastasi, daß er beim Vertrieb seines Buches, das in griechischer Sprache erschienen ist, „auf unüberwindbare Schwierigkeiten" stoße. „Die zwei größten Vertriebsagenturen Griechenlands weigern sich bisher, den Vertrieb zu übernehmen", sagte er. Nicht nur der Autor vermutet, daß einflußreiche Zeitungsverleger und möglicherweise auch die sozialistische Regierung Athens, die von „To Ethnos" unterstützt wird, den Vertrieb des Buches verhindern wollen.

Die kommunistisch kontrollierte Zeitung hatte unverhofft Schützenhilfe von Regierungsseite erhalten, kaum war das Buch auf dem griechischen Markt: Regierungssprecher Maroudas versuchte das Anastasi-Buch als „einen nur für die Sommerzeit geeigneten Thriller-Roman" abzuqualifizieren. Obwohl er einräumte, das Buch nicht gelesen zu haben, sagte er, daß er die im Buch aufgestellten Behauptungen als „völlig unhaltbar" betrachte. Dazu Anastasi: „Maroudas sollte lieber eine genaue Untersuchung der Finanzen der Zeitung anordnen."

Erstaunlich ist auch, daß Griechenlands Presse dieses brisante Thema, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nahezu verschwiegen hat. Von insgesamt 15 in Athen erscheinenden Tageszeitungen befaßten sich nur vier – und die meisten von ihnen nur am Rande – mit der sensationellen Enthüllung, daß Griechenlands beliebtestes Blatt auf das Kommando des KGB hört. Ein Kenner der griechischen Presselandschaft erklärt das so: „Das ist darauf zurückzuführen, daß Griechenlands Zeitungsverleger einen geschlossenen Klub bilden. Sie haben unter sich abgemacht, daß sie sich gegenseitig nie kritiseren sollten. Daher das erstaunliche Schweigen über diesen sensationellen Fall." (SAD)

Die Erwartungen der Europäer an Bonn waren zu hoch

Eine Bilanz der deutschen EG-Präsidentschaft / Viele Prioritäten und kleine Schritte / Genscher war immer präsent

ULRICH LÜKE Straßburg

Altiero Spinelli, einer der überzeugtesten Europäer, die die Gemeinschaft kennt, sprach im Januar aus, was die meisten dachten: „Da Sie als engagierter Europäer bekannt sind, stellen wir an Sie höhere Anforderungen als an andere." Der Straßburger Europaparlamentarier meinte damit Hans-Dietrich Genscher, den deutschen Außenminister und (für sechs Monate) Präsidenten des EG-Ministerrates. Morgen geht diese Präsidentschaft zu Ende, übermorgen übernimmt – zum ersten Mal überhaupt – die griechische Regierung die Stafette.

Die Erwartungen an die deutsche Präsidentschaft waren überall in der Europäischen Gemeinschaft sehr hoch. Wer, wenn nicht die europatreuen Deutschen, sollte die zahllosen europäischen Eisen aus dem Feuer reißen? Hans-Dietrich Genscher ließ am Vorabend der deutschen Präsidentschaft keinen Zweifel daran, daß die Deutschen gewillt seien, fast alle wichtigen Probleme der Gemeinschaft voranzubringen.

Selten hat ein amtierender Ratspräsident in den Konferenzen und Institutionen der Gemeinschaft eine derartige Präsenz gezeigt, wie Genscher es getan hat. Kein Außenministerrat ohne seine Leitung, keine Sitzungswoche des Europäischen Parlaments ohne seine Anwesenheit. Das wurde von den Partnern mit Befriedigung vermerkt.

Hektik nach der Halbzeit

Helmut Kohl, der Bundeskanzler, versuchte Schritt zu halten. Morgen, am letzten Tag der deutschen Präsidentschaft, legt er in einer eigens dazu einberufenen Sondersitzung des Europäischen Parlaments Rechenschaft über das Stuttgarter Gipfeltreffen ab. Eine seiner ersten Auslandsvisiten hatte ihn zum Parlament geführt, über dessen Schwelle Helmut Schmidt nicht einmal den Fuß gesetzt hatte. Im Februar reichte es immerhin zu einem Grußwort an die Straßburger Abgeordneten, aber die angekündigte Rechenschaftsrede des Kanzlers nach dem Brüsseler Gipfel vom März entfiel. Zwei Wochen nach dem deutschen Wahltag gab es von diesem Gipfel allerdings auch nichts zu berichten. Er wird als der kürzeste und inhaltsleerste aller bisherigen Treffen des Europäischen Rates in die Geschichte eingehen.

Zur Halbzeit der deutschen Präsidentschaft war es dann jedoch soweit: Die heimatlichen Wahlen hinter sich, begann eine hektische Konferenzserie mit dem einzigen Ziel, dem so hochgeredeten Stuttgarter Gipfeltreffen knapp drei Monate später zum Erfolg zu verhelfen. Bis dahin hatte Genscher eigentlich nur den Streit um die gemeinsame Fischereipolitik schlichten können und sich publikumswirksam als Freund der Robbenbabys in Szene gesetzt. In den Fachministerräten sah es zunächst ähnlich aus.

Nur im Rat der Verkehrsminister hatte sich ungewohnte Betriebsamkeit breitgemacht: Kein Wunder: Als Einstiegsgeschenk sozusagen hatte das Europäische Parlament den Ministerrat zu Jahresanfang beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft wegen Untätigkeit eben in der Verkehrspolitik verklagt.

Was ab April folgte, hatte ganz andere Prioritäten, als Genscher sie dem Europäischen Parlament noch im Januar verkündet hatte. „Höchste Priorität", so sagte er damals, „hat der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit." Auf dem Kopenhagener Gipfel im Dezember 1982 war dazu ein ganzes Maßnahmenpaket angekündigt worden. Am Ende ist es bei einem kleinen gemeinsamen Schritt nach vorn geblieben: Der Sozialfonds der EG wird ab sofort zu drei Vierteln (= 3 Milliarden DM) dem Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit gewidmet, bisher war es knapp die Hälfte. Ansonsten blieb es bei Appellen an die nationalen Regierungen zu mehr Haushaltsdisziplin und zur Koordinierung der Wirtschaftspolitiken.

Ein Paket voller Probleme

Der Ausbau des gemeinsamen Binnenmarktes, Genschers zweite vorrangige Aufgabe, kam kaum voran. Nach wie vor machen die Franzosen diesen Ausbau von einer stärkeren Abschottung der EG nach außen abhängig. Immerhin gelang es aber, 14 Richtlinien zu verabschieden, die wenigstens bescheidene Fortschritte ermöglichen.

Was für den Binnenmarkt gilt, ist auch auf die „dritte prioritäre Aufgabe" des deutschen Außenministers übertragbar: die Süderweiterung der Gemeinschaft durch den gleichzeitigen Beitritt Portugals und Spaniens zu vollenden. Was jeder ahnte, wurde Gewißheit: Der ursprünglich anvisierte Termin für das Ende der Beitrittsverhandlungen, der 1. Januar 1984, wurde fallengelassen.

Abgeschlossen wurde dagegen der Streit um die „Feierliche Erklärung zur Europäischen Union", Genschers Lieblingskind. Die Zehn unterschrieben das Dokument in Stuttgart, das dem Europäischen Parlament mehr Verdruß als Freude bringt, auch im Hinblick auf die nächste Direktwahl, die der Ministerrat auf den 14. bis 17. Juni 1984 festlegte.

Genschers viertes Vorhaben schließlich wurde zur wirklichen Priorität: die Neuordnung der EG-Finanzen, verbunden mit einer Ausgleichszahlung für Großbritannien und größerer Sparsamkeit im bestehenden EG-Haushalt. Die Probleme wurden zu einem Paket geschnürt, das nur als Ganzes zu haben sein wird.

Die Griechen haben jetzt die undankbare Aufgabe, die Partner zu konkreten Lösungen zu bringen. Ihr Themenkatalog für das zweite Halbjahr 1983 ist deshalb der Katalog von Stuttgart. Niemand ist aus dem Entscheidungsdruck entlassen. Im Dezember wird sich also erweisen, ob der Stuttgarter Gipfel ein Erfolg war.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zeichen unserer Zeit

„Das gefährlichste Tier, das es gibt, ist der Architekt"; GEISTIGE WELT vom 4. Juni

In den Überlegungen von Heinz Friedrich ist in schonungsloser Offenheit die Misere unserer heutigen Architektur aufgezeigt worden. Richtig wird gesagt, daß die Architektur der Ausdruck des jeweiligen Zeitalters ist. Bei organisch gewachsenen Städten erscheint das triste Bild nicht so gravierend wie bei unseren Satellitenstädten, die aus dem Boden gestampft werden. Hier wird rein aus der Ratio und des Profites wegen konstruiert. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Städtebaus werden hier rücksichtslos angewandt; an die Menschen, die in der Stadt leben sollen, wird weniger gedacht. Diese Denkungsweise ist ein Zeichen unserer Zeit.

Die Arbeit des Architekten ist heute mehr kaufmännisch als künstlerisch. Eigentlich sollte es umgekehrt sein. Ein Auftrag bedeutet für den Architekten, daß er den größten wirtschaftlichen Nutzen mit dem geringsten Kostenaufwand zu erreichen hat. Wenn er seine Ideen zu menschengerechterem Wohnen verwirklichen will, so stehen ihm neben der Fülle von Gesetzen und Bestimmungen vor allem die Mehrkosten, die keinen Ertrag bringen, entgegen. Diese Einschränkungen sind aber auch in allen anderen Lebensbereichen zu finden. Der Einbruch der Computer in unser Leben ist dafür eine hilfreiche Stütze.

In erster Linie muß sich die menschliche Gesellschaft von der materialistisch dirigistischen Weltanschauung lossagen. Der Nihilismus muß überwunden werden. In einem Zeitalter, in dem alles auf Profit ausgerichtet ist, in einer seelenlosen Gesellschaft kann keine menschengerechte Architektur entstehen. Der Mensch muß wieder begreifen, warum er lebt.

Der Architekt ist ein Gefangener seiner Zeit. Aber sein Schicksal ist es, daß seine Werke, geboren aus dem Zeitgeist, sein Zeitalter überdauern, und von diesem Zeugnis ablegen.

Gerhard Schauer, Lübeck 1

Sinn der Nachrüstung

„Der Kreml lockt und droht Bonn". „Kreml droht mit Raketen in ‚DDR'" und „Andropows Rechnung": WELT vom 15. Juni

Sehr geehrte Redaktion,

ich meine, daß der Kreml doch trotz seines militärisch allgemein enormen Übergewichts – und dabei gerade an atomaren Waffen – sehr große Angst vor den neuesten nuklearen Mittelstreckenraketen und den Marschflugkörpern der USA haben muß, wenn er mit solchen unmöglichen Verdrehungen der Tatsachen und mit völlig unbegründeten Drohungen usw. in der Weltöffentlichkeit ständig versucht, besonders aber bei uns, gegen die m. E. ab Ende dieses Jahres mit Recht hier geplante Stationierung, falls die Verhandlungen in Genf bis zum Herbst 83 scheitern sollten, der oben angeführten Waffen zu intrigieren, Propaganda zu machen. Als treuer Vasall Moskaus hat Honecker nach Absprache mit Andropow der von diesem angedrohten Aufstellung von SS-20-Raketen, d. h. über die im Übermaß schon jetzt an der sowjetischen Westgrenze vorhandenen, in der „DDR" sofort zugestimmt. So sehen „seine Friedensbemühungen" aus, wozu auch zwangsweise Abschiebungen von Mitgliedern der „DDR"-Friedensbewegungen gehören, die Abrüstung auch im Osten fordern.

Fest steht doch wohl nun allmählich, daß die Sowjets niemals neue, d. h. einsatzbereite SS-20-Raketen verschrotten werden. Gerade deshalb werden die Friedensbewegungen im Westen durch die Ostblockstaaten, besonders aber durch die Sowjetunion, immer wieder mit gezielten Falschinformationen u. ä. gegen die USA aufgewiegelt. Die Führungsspitze im Kreml sollte endlich einmal die vorgesehene NATO-Nachrüstung bei sich suchen, d. h. hauptsächlich durch ihre ungeheure Auf- bzw. Überrüstung, die von keiner östlichen Presse usw. erwähnt werden darf, besonders auch nicht bei unseren Landsleuten drüben. Diese Wahrheit wird aber vor allem dem Volk der UdSSR bewußt verschwiegen.

Dies alles sollte in den Friedensbewegungen bei uns besonders bedacht werden, bevor sie glauben können, einen sogenannten „heißen Herbst" heraufbeschwören zu müssen, der nur den inneren Frieden bei uns gefährden kann. Jeder denkende Mensch kann doch nur den Frieden und die Freiheit und deshalb keinen Einsatz von nuklearen oder anderen Waffen und möglichst die Abrüstung wollen, ohne jedoch wehrlos zu werden, wobei aber „letztendlich" auch für Westeuropa die Nachrüstung bis zu einem wirklichen Gleichgewicht der Kräfte auf „weitgehend niedrigem Niveau" vom oben aufgeführten Zeitpunkt an nicht ausgeschlossen bleiben darf.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Spindler, Lübeck

Nationalfeiertag

Mit einer Karikatur und in einer Glosse hat die WELT den Kultusminister von Nordrhein-Westfalen wegen seiner Haltung zum „Tag der deutschen Einheit" angeprangert. Doch sollte man bedenken: Jener Minister ist Sozialdemokrat.

Skandalöser ist ein Vorgang in Bad Segeberg (Schleswig-Holstein). Dort begann am „Tag der deutschen Einheit" ein Rock-Festival mit dem Super-Hit „Let's dance". Auf eine diesbezügliche Anfrage in der Segeberger Stadtvertretung antwortete der Bürgermeister, der Termin sei schon im Januar/Februar festgelegt worden. Wollte der Bürgermeister damit etwa kundtun, daß er im Januar/Februar nicht habe wissen können, welche Bedeutung das Datum „17. Juni" für das deutsche Volk hat? Übrigens ist jener Mann zugleich Kreisvorsitzender der CDU.

Mit freundlichem Gruß
Dr. Horst Tschentscher, Bad Segeberg

Vom Besten

„Eisbeutel für den heißen Herbst"; GEISTIGE WELT vom 11. Juni

Ich möchte Ihnen danken für die Veröffentlichung des inhaltlich wie sprachlich faszinierenden Essays von Hubertus Hoffmann zur Auseinandersetzung um das Widerstandsrecht in der Demokratie. Dieser Beitrag gehört nach meiner Meinung zum Besten, was bisher zu diesem Thema geschrieben worden ist.

Rudolf K. Unbescheid, Hamburg 80

Wort des Tages

„Was uns am unmittelbarsten beglückt, ist die Heiterkeit des Sinnes; denn diese gute Eigenschaft belohnt sich augenblicklich von selbst."

Arthur Schopenhauer, dt. Philosoph (1788–1860)

Personalien

EMPFANG

Sie kamen alle auf eigene Kosten in die Bundesrepublik, die Mitglieder der Kommission des amerikanischen Präsidenten Reagan, die mit der Ausrichtung der 300-Jahr-Feier deutscher Einwanderer in die USA beauftragt wurden. Bundespräsident **Karl Carstens** empfing die 20 Amerikaner in der Villa Hammerschmidt in Bonn. An der Spitze der Kommission steht **Charles Z. Wick**, persönlicher Beauftragter von US-Präsident **Ronald Reagan** und Direktor der US Information Agency, des amerikanischen Presse- und Informationsamtes. Mit dabei war auch sein Stellvertreter in der Kommission, **Horst Denk**, der vor 30 Jahren aus dem Nassauischen in die USA eingewandert ist. Mit nach Bonn kam **John Kornblum**, *Direktor für Zentraleuropa im amerikanischen Außenministerium* und der Direktor der Kommission, **Victor Olason**, früher einmal Pressereferent an der US-Botschaft in Bonn. Begleitet wurden die Amerikaner von US-Botschafter **Arthur F. Burns**, der sich von den fünf Pflastersteinen, die seine Limousine in Krefeld trafen, „völlig unbeeindruckt" fühlte, und nur die Dellen in der Limousine bedauerte. Karl Carstens erinnerte noch einmal an die große Bedeutung des deutsch-amerikanischen Jugendaustausches und wies auf eigene Erfahrungen hin. „Auch ich war 1948/49 Student in den USA. Die Grundüberzeugungen für das Funktionieren eines Rechtsstaates, die damals in mich hineingelegt worden sind, begleiten mich bis heute", sagte er. Ohne seine amerikanischen Studien hätte er später auch ein Buch über amerikanisches Verfassungsrecht nicht schreiben können. Im Anschluß an die Buchveröffentlichung sei er übrigens Professor in Köln geworden, so Carstens.



Charles Z. Wick hat Präsident Carstens ein Buch über die Amtseinführung von US-Präsident Reagan mitgebracht. Zur „German-American Tricentennial Commission" der Amerikaner gehört auch Horst Denk (links)
FOTO: POLY-PRESS

GEBURTSTAG

Der frühere württembergische *Landesbischof* **Helmut Claß**, ehemaliger Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, EKD, wird am 1. Juli 70 Jahre alt. Der aus Geislingen stammende Theologe und Sohn eines Oberstudiendirektors, der die Kirchliche Hochschule in Bethel besucht hat, war damals stark durch seinen Lehrer Bodelschwingh beeinflußt worden. Der junge Vikar wurde nach Krieg und langer Kriegsgefangenschaft 1949 Jugendpfarrer in Heilbronn, dann Landesjugendpfarrer in Stuttgart. 1969 wurde er *Landesbischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg.* 1973 Ratsvorsitzender der EKD. Dieses Amt behielt er bis 1979. Helmut Claß ist Ehrendoktor der Universität Tübingen.

EHRUNGEN

Finnlands Staatspräsident **Mauno Koivisto** hat dem deutschen Sauna-Pionier Dr. **Werner Fritzsche** aus Bielefeld den Orden Erster Klasse des Finnischen Rittertums der Weißen Rose verliehen. Der Deutsche hatte zu den Initiatoren des ersten internationalen Sauna-Kongresses 1956 in Bielefeld gehört und sich für die Ausbildung des Sauna-Fachpersonals in der Bundesrepublik eingesetzt. Er ist heute Vorsitzender des Deutschen Sauna-Bundes, Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen und Vizepräsident der Internationalen Sauna-Gesellschaft mit Sitz Helsinki.

*

Der ehemalige deutsche Botschafter in Madagaskar Dr. **Ferdinand Friedensburg** ist von Bundespräsident **Karl Carstens** mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet worden. Der Diplomat ist ein Sohn des früheren Berliner Bürgermeisters, Professor Ferdinand Friedensburg. Bei der Ordensverleihung in Freiburg-Munzingen würdigte Regierungspräsident Dr. **Norbert Nothelfer** die Verdienste von Dr. Ferdinand Friedensburg um die christlich-jüdische Zusammenarbeit und sein unermüdliches Eintreten für die wirtschaftlichen und kulturellen Belange Berlins. Dr. Friedensburg ist heute Präsident der Deutsch-Madegassischen Gesellschaft.

NACHRICHTEN

Auslosung für Pokal

Düsseldorf (sid) – In Frankfurt werden am Freitag die 32 Spiele für die erste Runde um den Deutschen Fußball-Pokal 1983/84 ausgelost. Die 38 Profi- und 26 Amateurmannschaften sollen die erste Runde am 27. und 28. August austragen.

Hockey-Team unbesiegt

Köln (sid) – Die deutsche Auswahl ist bei der Militär-Weltmeisterschaft im Hockey noch unbesiegt. Am vierten Spieltag gab es in Köln einen 4:1-Sieg über Pakistan. In der Tabelle führt Deutschland mit 8:0 Punkten vor Titelverteidiger Niederlande (6:2).

Turnen: Geiger Dritter

Frankfurt (dpa) – Nach der Pflicht liegt Titelverteidiger Jürgen Geiger (Herbolzheim) bei den Deutschen Meisterschaften der Kunstturner im Zwölfkampf mit 57,00 Punkten auf dem dritten Platz. Es führt Andreas Japtok (Hannober 57,20).

Hadewicz in die Schweiz

Stuttgart (sid) – Der 32 Jahre alte Fußballspieler Erwin Hadewicz vom Bundesligaklub VfB Stuttgart wechselt als Spielertrainer zum Schweizer B-Ligaklub FC Baden.

Bochum holt Amateure

Bochum (dpa) – Fußball-Bundesligaklub VfL Bochum, vom Deutschen Fußball-Bund bei der Lizenzverteilung mit harten Auflagen belegt, hat mit Stefan Kuntz (Neunkirchen), Gerber (Bürstadt), Schulz (Herne) und Grünberger (München) vier Amateure verpflichtet.

Neue Fußball-Regel

London (sid) – Der englische Fußball-Verband beschloß eine Regeländerung. Wenn eine Mannschaft bei gegnerischen Freistößen in der kommenden Saison nicht den geforderten Abstand von 9,15 Meter *einhält*, kann der Schiedsrichter die Freistoß-Entfernung um dieselbe Distanz in Richtung des Tores verlegen. Der Weltfußball-Verband (FIFA) will sich mit dieser Änderung auf seiner nächsten Sitzung (9. 7.) befassen.

ZAHLEN

TENNIS

Turnier von Wimbledon, Achtelfinale, Herreneinzel: Lendl (CSSR/3) – Cash (Australien/–) 6:4, 7:6, 6:1, Curren (Südafrika/12) – Connors (USA/1) 6:3, 6:7, 6:3, 7:6, Lewis (Neuseeland/–) – Odizor (Nigeria/–) 6:1, 6:3, 6:3, Mayer (USA/–) – Leach (USA/–) 6:1, 7:6, 6:1, Mayotte (USA/16) – McCurdy (Australien)/–) 6:0, 6:2, 6:4, Tanner (USA/–) – van't Hof (USA/–) 6:2, 6:3, 6:3, Purcell (USA/–) – Gottfried (USA/13) 4:6, 6:3, 6:3, 6:2, McEnroe (USA/2) – Scanlon (USA/14) 7:5, 7:6, 7:6.

Im Viertelfinale spielen: Curren – Mayotte, Lewis – Purcell, Tanner – *Lendl, Mayer – McEnroe*

Dameneinzel: Navratilova (USA/1) – Kohde (Deutschland/16) 6:1, 6:2, Vermaak (Südafrika/–) – Ruzici (Rumänien/12) 6:3, 6:2, Potter (USA/–) – Bonder (USA/–) 7:5, 6:4, King (USA/10) – Turnbull (Australien/15) 7:5, 6:3, Mundel (Südafrika/–) – Mandlikova (CSSR) 5:7, 6:4, 6:4, Jordan (USA/–) – Rinaldi (USA/15) 6:2, 6:4, Wade (Großbritannien/–) – Pfaff (Deutschland) 3:6, 7:6, 7:5, Jaeger (USA/3) – Bassett (Kanada/–) 6:4, 6:3.

Die Ziffer hinter dem Herkunftsland bedeutet die Position in der Setzliste.

HOCKEY

Militär-WM in Köln, vierter Spieltag: Belgien – Frankreich 0:2, Pakistan – Deutschland 1:4, Niederlande – Nigeria 9:0.

MOTORSPORT

6. Lauf zur Rallye-Markenweltmeisterschaft in Neuseeland, Endstand: 1. Röhrl/Geistdorfer (Deutschland), Lancia Rally, 12:10:13, 2. Salonen/Harjanne (Finnland), Nissan 240RS, 12:26:11, 3. Bettega/Perissinot (Italien), Lancia Rally, 12:42:42. **Stand der Fahrer-WM:** 1. Röhrl 87 Pkt., 2. Mikkola (Schweden), Audi Quattro, 65, 3. Alen (Finnland) Lancia Rally, 60.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 497 286,80 Mark, 2: 105 195,20, 3: 6803,60, 4: 142,80, 5: 9,70. – **Toto**, Elferwette: 1: 224,10, 2: 17,20, 3: 3,30. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, 2: unbesetzt, 3: 118 663,75, 4: 95,50, 5: 12,30. – **Rennquintett:** Rennen A: 1: 216,50, 2: 47,40, – Rennen B: 1: 1598,20, 2: 239,70. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 183 668,40 Mark. (Ohne Gewähr).

TENNIS / Titelverteidiger Jimmy Connors in Wimbledon ausgeschieden

Präsidiumsmitglied im Viertelfinale: Das Comeback von Virginia Wade

CLAUS GEISSMAR, **London**

Der Titelverteidiger ist ausgeschieden, Wimbledon bestaunt wieder *eine sportliche Sensation.* „So etwas habe ich noch nie erlebt", stöhnte Jimmy Connors *nach seiner Viersatz-Niederlage* gegen den Südafrikaner Cevin Curren, der ihn mit 33 Aufschlagsassen zermürbte. Ist Curren jetzt ein Tip für die Endspielteilnahme, erreichen Mayotte, Lewis oder Purcell das Finale? Eine Liste gar nicht so prominenter Namen.

Doch was, bitteschön, bedeutet das schon. Englands Tennisfreunde leben mit diesen Überraschungen. *Und es gibt eine* andere, die weit mehr Beachtung findet als die Niederlage von Connors. Eine Lady *mit grauen Strähnen im Haar* verwirrt Wimbledon und sich selbst. Die Lady wußte nicht mehr, durch welche Tür sie gehen soll. Durch die, die ins Vorstandszimmer führt, hinein in die Kabine der BBC-Kommentatoren, oder doch durch die Tür zu den Umkleideräumen?

Virginia Wade, 37 Jahre alt, Wimbledon-Siegerin von 1977, standen *plötzlich alle* Türen *offen.* Nach ihrem Sieg über die Frankfurterin Eva Pfaff machte der Vorstand des veranstaltenden All England Lawn Tennis and Croquet Club eine unverhoffte Entdeckung: Zum ersten Mal hat ein Präsidiums-Mitglied das Viertelfinale des Turniers erreicht. Dort unterlag sie dann der Südafrikanerin Yvonne Vermaak 3:6, 6:2, 2:6.

Virginia Wade, in der Weltrangliste längst auf Platz 63 abgerutscht, hat in Wimbledon nur gemeldet, weil sie dort sowieso arbeiten mußte. Die BBC hatte die Altmeisterin *als Fernsehkommentatorin* verpflichtet. Und der Wimbledon-Club hatte sie Ende letzten Jahres in den Vorstand gewählt. Sie ist die erste Frau, die jemals in die bisher traditionell männliche Vorstandsrunde aufgenommen wurde. Im Vorstandszimmer sollte sie eigentlich entscheiden, wer auf dem Centre Court spielen darf und wer



Jubelsprung nach 33 Assen: Kevin Curren aus Südafrika. FOTO: AP

auf einem Platz der Außenanlage anzutreten hat. Nun blieben Sprecherkabine und Vorstandstisch für Virginia Wade auch nach dem Spiel gegen Eva Pfaff erst einmal tabu. Sie mußte ja schließlich noch im Viertelfinale antreten.

Als Wimbledon 100 Jahre alt wurde, *nämlich 1977*, und *Königin* Elizabeth Virginia Wade den Siegespokal überreichte, rollten dem englischen Tennis-Reporter Laurie Pignon die Tränen über das Gesicht. In einem solch großen Augenblick zählen auch Erfahrung und Routine aus 40 Jahren nicht, *die Pignon ausschließlich* über Tennis berichtete. Diesmal sagte er nach dem Sieg von Virginia Wade – und grinste dabei: „Das ist doch ein Witz."

Die Dame, deren Haare langsam grau werden, hatte vor 21 Jahren zum ersten Mal in Wimbledon gespielt. *Da war Eva Pfaff,* ihre Gegnerin, gerade 16 Monate alt. Doch gerade dieser Altersabstand hat für Virginia Wade entschieden. Jede Führung der Frankfurterin glich die Engländerin, die in 14 Tagen ihren 38. Geburtstag feiert, aus. Dabei blieb sie so konzentriert, daß Eva Pfaff immer unsicherer wurde. Und als der Jubelsturm der englischen Zuschauer anschwoll, da wurden die Schläge der Frankfurterin immer schwächer.

Virginia Wade ist zur Zeit jedoch *nur Gast in ihrer Heimat. Sie ist* Dollarmillionärin, Steuergründe haben sie veranlaßt, New York als ersten Wohnsitz zu wählen. Zu den Vorstandssitzungen von Wimbledon flog sie in den letzten Monaten immer wieder nach London. Und als sie bei einer dieser Sitzungen dafür sorgte, daß das Preisgeld für die Damen um 67 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesteigert wurde, *ahnte sie nicht, daß sie buch*stäblich auch in die eigene Tasche wirtschaftete. Schon der Sieg über Eva Pfaff war für sie 28 000 Mark wert.

Virginia Wade, eine Pastoren-Tochter und, wie gesagt, Millionärin, kann dieses Geld zur Zeit gut gebrauchen. Der amerikanische Manager Mark McCormack, der die großen Sportstars der Welt betreut, hat für sie einen finanziellen Schmetterball glatt ins Aus gesetzt. McCormack legte das Geld der Engländerin beim großen Londoner Versicherungsmarkt „Lloyd's" an. Und dort geriet die ehemalige Wimbledonsiegerin ausgerechnet in ein Syndikat, das im letzten Geschäftsjahr herbe Verluste machte. Finanzexperten schätzen, daß Virginia Wade in den letzten zwölf Monaten mindestens 250 000 Mark verloren hat. Für die grauen Strähnen im Haar der englischen Tennis-Lady, so scheint es, sind also nicht unbedingt die häufigen sportlichen Niederlagen der Vergangenheit verantwortlich.

LEICHTATHLETIK / 54 Athleten für Helsinki

Kritik an Thiele, Streit um die Sprinterinnen

GERD HOLZBACH, **Düsseldorf**

Obwohl der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) bei seiner Nominierung für die erste Weltmeisterschaft vom 7. bis 14. August in Helsinki großzügig verfuhr und 54 Athleten benannte, fehlt wie bei der Europameisterschaft im letzten Jahr die Staffel der Sprinterinnen. Das Frauen-Quartett wurde durch Kritik an der WM-Vorbereitung von Bundestrainer Wolfgang Thiele gestoppt, der Annegret Richter und die schnellen Mädchen 1976 in Montreal noch zu Gold, Silber und *Bronze geführt hatte.*

Aktueller Streitpunkt war die Tatsache, daß die Meisterin über 100 *Meter,* Sabine Klösters aus Dortmund, zusammen mit ihrem Trainer Heinz Hüsselmann die WM-Vorbereitung von Thiele ablehnt. Hüsselmann sagt: „Drei der Mädchen kommen aus Dortmund. Hier und in der Umgebung könnten problemlos Lehrgänge erfolgen. Statt dessen will Thiele mit allen Sprinterinnen zehn Tage nach Berlin. Ich halte das für vertane Zeit."

Hüsselmann, Landestrainer in Westfalen, kritisiert nicht nur Thieles Berlin-Pläne, sondern auch den einst so erfolgreichen Coach: „Er kann die Mädchen heute nicht mehr motivieren. Seine große Zeit ist wohl vorbei." Thiele kontert: „*Die anderen Mädchen und der* DLV stehen hinter mir. Sportwart Otto Klappert hat noch einmal unmißverständlich gesagt, daß Sabine Klösters die Berlin-Reise mitmacht, oder auf keinen Fall zur WM fährt. Sie ist auf Position eins in der Staffel unersetzbar. Ich hoffe, *daß sich die Mädchen dennoch* für Helsinki empfehlen können. Das wäre auch im Hinblick auf Olympia 1984 wichtig." Der DLV hofft noch auf eine Einigung und will bei einem besseren Leistungsbild den Fall erneut diskutieren.

Im Weltmeisterschafts-Aufgebot, das 36 *Männer und* 18 *Frauen* umfaßt, fehlt Hochspringer Gerd Nagel, Dritter der Europameisterschaft von 1982. Der Leistungssport-Referent des DLV, Horst Blattgerste, sagte dazu: „Er ist un*ser größter Härtefall.* Aber Frommeyer hat seine 2,34 Meter durch 2,28 Meter untermauert. Wir haben *solch* schwierige *Entscheidungen* nicht aufgeschoben, um den Athleten nun Ruhe zu geben."

Durch die noch ausstehende Benennung von Sabine Everts nach den deutschen Meisterschaften im Siebenkampf und die spätere Nominierung von vier Athleten für die Staffeln, wird sich das Team noch vergrößern. Diskutiert wird auch eine mögliche Nachnominierung von *Christa Vahlensieck im* Marathonlauf.

Das Aufgebot: Männer: 100 m: Haas; 200 m: Haas, Rizzi; 4 x 100 m: Haas, Rizzi, Koffler, Luxenburger, und zwei weitere Sprinter; 400 m: Weber, Skamrahl; 4 x 400 m: Weber, Skamrahl, Schmid, Weppler, Nakladal, Vaihinger; 800 m: Wülbeck, Ferner, Assmann; 1500 m: Becker; 5000 m: Wessinghage; 10 000 m: Herle; *Marathon:* Salzmann; 110 m Hürden: Schaumann; 400 m Hürden: Schmid; 3000 m Hindernis: Ilg, Schwarz; 20 km Gehen: nicht besetzt; 50 km Gehen: Degener; Hochsprung: Mögenburg, Thränhardt, Frommeyer; Stabhochsprung: Lohre; Weitsprung: nicht besetzt; Dreisprung: Bouschen, Knabe; Kugelstoßen: nicht besetzt; Diskuswerfen: Wagner, *Hartmann; Hammerwerfen:* Riehm, Ploghaus, Sahner; Speerwerfen: Tafelmeier; Zehnkampf: Hingsen, Wentz, Kratschmer.

Frauen: 100 m: nicht besetzt; 200 m: nicht besetzt; 4 x 100 m: nicht besetzt; 400 m: Bußmann, Thimm; 4 x 400 m: Bußmann, Thimm, Gottwald, *Brinkmann und zwei weite*re Läuferinnen; 800 m: Klinger; 1500 m: nicht besetzt; 3000 m: Kraus; Marathon: Teske, Lövenich; 100 m Hürden: Wagner, Hochsprung: Meyfarth; Weitsprung: Sussiek; Kugelstoßen: Losch; Diskuswerfen: Manecke; Speerwerfen: Thyssen, Helmschmidt, Peters; Siebenkampf: Nominierung nach der Deutschen Meisterschaft am 16./17. Juli in München.

STANDPUNKT

Turner, auf zum Streite – ohne Hintergedanken

Es muß wirklich etwas dran sein an so einem deutschen Turnfest. Da singen 65 000 in Frankfurt „Turner auf zum Streite" – und denken wirklich nur an den Wettkampf, ohne Hintergedanken. Idealisten sind sie, die da seit Sonntag das Bekenntnis zu den vier „f" ablegen. Sie schämen sich in keiner Sekunde, dieses „frisch-fromm-fröhlich-frei" zu demonstrieren. Alle investieren Geld und Urlaub, nehmen Unbequemlichkeiten und Unzulänglichkeiten in Kauf. Keiner fragt „was bekomme ich?", keiner sagt „ich muß", sondern „ich will". *Dabeisein – hier ist* es noch selbstverständliches Motto.

Sie sind nicht, wie bei anderen sportlichen Ereignissen, Marionetten irgendwelcher Mäzene und Manager, die Perfektion oder Hochleistung verlangen und den Sieg um jeden Preis. Sie sind Mitwirkende eines Festes, das sie selbst durch Improvisation gestalten.

So schlecht *kann das Konzept* des oft immer noch belächelten Turnvaters Jahn wohl doch nicht sein, wenn immer noch Tausende freiwillig von seiner Idee des volkstümlichen Festes angezogen werden. Und wenn man sie sieht, die Turn-Schwestern und -Brüder, wie sie schwitzend dem Wettkampfort entgegenstreben, um Platz und Sieg kämpfen, mit aufgeknüpfter Joppe Lieder schmettern, die Knie beugen und die Vereinsfahne in den Wind halten – dann mag lächeln, wer will: Hier wird das Phänomen Turnfest deutlich.

Die Turnfeste haben nicht *nur* eine große und gute Tradition, sie haben auch Zukunft. Sie bedeuten friedliche Macht, um die viele den Deutschen Turner-Bund beneiden. So zeigte sich auch Bundeskanzler Helmut Kohl beeindruckt: „Diese friedlich-friedliebende Demonstration steht radikal gegen den Zeitgeist. Wenn die Turner die Turnfeste noch nicht erfunden hätten, müßten wir Politiker das tun."

RAINER BENECKE

GALOPP / Derby-Woche in Hamburg

Trainer von Ako mit dem Auto schwer verunglückt

Hans-Günter Heibertshausen (42) aus Haßloch in der Pfalz, Trainer von Ako, dem Derbysieger *1982, ist in Ahrenlohe bei Elms*horn mit seinem Auto schwer verunglückt. Bei hoher Geschwindigkeit verlor er in einer Kurve die Gewalt über sein Fahrzeug. Mit schweren inneren Verletzungen liegt er auf der Intensivstation der Klinik in Uetersen. Akute Lebens*gefahr besteht nicht. Als er kurz* aus der Bewußtlosigkeit erwachte, stammelte er: „Vergeßt die Starterangabe für Hamburg nicht."

*

Der Start des Grand-Prix-Stars Orofino am Samstag im Großen Hansa-Preis (102 000 DM, 60 000 DM dem Sieger, 2200 m) in Hamburg ist noch ungeklärt. Trainer Sven von Mitzlaff: „Am Montag hat er eine gute Trainingsarbeit gemacht. Aber erst am Donnerstag werde ich mich endgültig entscheiden." Orofino litt unter erhöhter Körpertemperatur und mußte einige Tage *mit dem Training* völlig aussetzen. Falls er in Hamburg läuft, trifft er auf die drei starken englischen Gegner Amyndas, Nobel Gift und My Sir Avon. Amyndas ist *von der Klasse her das beste* Pferd, aber angeblich nicht in Form.

*

Zu den 23 Startern des Deutschen Derbys am Sonntag zählt auch der Hengst Tesoro. Der Zweitplazierte aus dem Otto-Schmidt-Rennen vom letzten Samstag gehört Thomas Angelidis und seiner Schwester Eleni Staw*rianidou. Die beiden Griechen* betreiben zwei Restaurants in Düsseldorf. Mehrfach ist Angelidis schon mit den rennsportlichen Gesetzen in Konflikt geraten. Von 1973 bis 1977 und von 1980 bis 1982 hatte er Rennbahnverbot wegen des Verdachts des Verstoßes gegen die einschlägigen Wettgesetze. *Angeli*dis soll bei illegalen Buchmachern gewettet und auch selbst Wetten gehalten haben. Strafrechtlich verliefen die Dinge allerdings stets im *Sande, deshalb wird Angelidis* auch am Sonntag in Hamburg vor dem Derby im Führring seinen Tesoro begutachten – wie alle anderen Besitzer.

*

Zwei der zur Zeit besten Jockeys der Welt reiten im Deutschen Derby: *Willie Carson* (40) sitzt auf dem Mitfavoriten Abary, Pat Eddery (31) reitet den Außenseiter Tarsus. Es ist Edderys siebter Ritt im Deutschen Derby, zwei vierte Plätze mit Tuttlinger *und Nuncio waren die* besten Plazierungen. Erstmals ritt er bereits 1972 auf dem Außenseiter Glücksklee in Hamburg. Eddery unterschrieb vor zwei Jahren einen Dreijahresvertrag beim Londoner Rennstallbesitzer Robert Sangster, der ihm eine Garantiegage *von zwei Millionen Mark* sicherte. Carson war in Hamburg bereits zweimal Zweiter mit Lord Udo und First Lord. Eddery war 1976 der jüngste Champion der englischen Rennsportgeschichte. Er hat elf Geschwister, sein Bruder Paul reitet inzwischen ebenfalls mit Erfolg. Vater *Jimmy war mehrfacher* Jokkey-Champion in Irland.

*

Erfolgreichster Hamburger Derby-Jockey aller Zeiten ist der vor einigen Jahren in ärmlichen Verhältnissen verstorbene Gerhard Streit. Er gewann zwischen 1938 und 1961 *achtmal. Deutschlands* erfolgreichster Jockey aller Zeiten, Otto Schmidt (2218 Siege), gewann siebenmal das Derby. Beim ersten Erfolg 1916 mit Amorino war er noch Lehrling. Von den am Sonntag aktiven Reitern ist Peter Alafi (47) mit drei Erfolgen der Beste: Elviro 1968, Königstuhl 1979 und Orofino 1981. Alafi reitet den Orofino-Halbbruder Ordos.

KLAUS GOENTZSCHE

MOTORSPORT / Röhrl gewann Rallye Neuseeland

Urlaub wichtiger als Titel

sid/dpa, **Auckland**

Weltmeister Walter Röhrl (Regensburg) und sein Beifahrer Christian Geistdörfer (München) kamen bei der *Neuseeland-Rallye,* dem siebten Lauf zur Fahrer-Weltmeisterschaft, im fünften Saison-*Einsatz bereits zu ihrem dritten* Sieg. Die beiden Lancia-Fahrer profitierten dabei allerdings vom Pech der Französin Michele Mouton. Vor der letzten Etappe hatten Mouton und ihre italienische Beifahrerin Fabricia Pons noch einen Vorsprung von fast fünf Minuten vor Röhrl. Doch schon nach wenigen Kilometern der dritten Schleife schied das Damen-Team mit seinem Audi Quattro durch einen Motorschaden aus.

Hinter Röhrl belegten die Finnen Timo Salonen und Seppo Harjanne auf Nissan bei einem Rückstand von 15:58 Minuten den zweiten *Platz vor Röhrls Teamgefährten* Attilio Bettega und Maurizio Perissinot (beide Italien), die sogar 31:29 *Minuten hinter* dem Sieger ins Ziel kamen. Durch seinen Erfolg baute Röhrl (87 Punkte) seine Führung in der Gesamtwertung weiter aus und wird zum Weltmeisterschafts-Kandidaten wider Willen.

Nach sieben der zwölf WM-Läufe beträgt sein Vorsprung vor dem zweitplazierten Schweden Hannu Mikkola (65) bereits 22 Punkte. Trotz dieser aussichtsreichen Position will der *Regensburger* aber nicht von seinem Vorhaben abweichen, nur sechs Rallyes in der WM zu bestreiten. „*Ich fahre nur noch* die Rallye San Remo Anfang Oktober. So steht es in meinem Vertrag, und alles andere interessiert mich nicht. Selbst dann nicht, wenn ich vor dem letzten WM-Lauf des Jahres immer noch führe und mit einem Einsatz bei der RAC-Rallye in England wieder Weltmeister werden könnte."

Bei Lancia sieht man die strikte Vertragseinhaltung von Röhrl *gar* nicht gerne. Teamchef Cesare Fiorio versuchte, dem Weltmeister bereits vor der Zieldurchfahrt in Auckland eine Teilnahme an der Argentinien-Rallye Anfang August *schmackhaft zu machen. Doch* Röhrl ließ ihn abblitzen: „Jetzt mache ich erst mal zwei Monate Urlaub in Regensburg."

Belgrad gegen „ideologisches Monopol“

cgs. Wien

Zum 30. Jahrestag des Konflikts zwischen Stalin und Tito und der sogenannten ersten Kominform-Resolution am 28. Juni 1948 hat die Belgrader Parteizeitung „Borba“ gestern scharfe Kritik an grundsätzlichen ideologisch-politischen Positionen der Sowjetunion und des Ostblocks geäußert. Die „Borba“ sprach von konstanten Versuchen, „ideologische Monopolstellungen“ aufrechtzuerhalten und vom „Aufzwingen“ politischer Konzeptionen. Immer noch gebe es den Wunsch nach „Führerschaft und Hegemonie“ in der kommunistischen Bewegung, immer noch werde der Wille anderer kommunistischer Staaten, ihre Probleme selbständig zu lösen, mißachtet. Als besonders negativ vermerkt die „Borba“ Versuche, in einzelnen Ländern Stalins These von der „Verschärfung des Klassenkampfes“ neu zu beleben. Außerdem nannte das Belgrader Blatt die Breschnew-Doktrin von der „begrenzten Souveränität“ sozialistischer Staaten als böses Beispiel. Immer noch werde versucht, die Probleme des Sozialismus durch „Bürokratisierung und Militarisierung“ zu lösen. Dagegen habe die jugoslawische KP bereits vor 30 Jahren gegenüber dem sowjetischen Führungszentrum „das Recht auf eine selbständige Innen- und Außenpolitik erkämpft“.

Kernkraftgegner blockieren Zufahrt

AP/rtr, Hannover

Bei Protestaktionen gegen die ersten Probebohrungen auf dem Gelände der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage in Dragahn (Niedersachsen) sind gestern 16 Menschen festgenommen worden. Sie gehörten zu einer Gruppe von etwa 50 Kernkraftgegnern, die die Zufahrtswege für das Bohrgerät gesperrt hatten.

Die künftige Wiederaufarbeitungsanlage wird von der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung (DWK) betrieben. Der Sprecher der niedersächsischen Landesregierung, Hilmar von Poser, erklärte, die DWK sei verpflichtet worden, möglichst nur in Waldschneisen und Lichtungen zu bohren. Erst wenn der Schluß gezogen werden könne, daß das Gelände für eine Wiederaufarbeitungsanlage geeignet erscheine, dürften weitere Bodenuntersuchungen vorgenommen werden.

Ostblock stimmt Politik gegenüber der NATO ab

Gipfeltreffen in Moskau / Neue Kritik Rumäniens

DW. Moskau

Auf einer nur wenige Stunden dauernden Gipfelkonferenz in Moskau haben gestern die Parteichefs der Staaten des Warschauer Pakts über eine gemeinsame Außen- und Militärpolitik gegenüber dem Westen beraten. Wichtigster Tagesordnungspunkt war nach Angaben osteuropäischer Quellen die Reaktion des Ostblocks auf Pläne der NATO, bei einem Scheitern der Genfer Abrüstungsverhandlungen zum Jahresende in Westeuropa neue US-Mittelstreckenraketen sowie Marschflugkörper zu stationieren.

Der kurzfristig anberaumte Gipfel war von den osteuropäischen Medien nicht angekündigt worden und fand an einem geheimgehaltenen Ort statt. Der einzige offizielle Hinweis war gestern eine Meldung der amtlichen rumänischen Nachrichtenagentur Agerpres, wonach Staats- und Parteichef Ceausescu mit seinen Außen- und Verteidigungsministern nach Moskau abgereist sei.

Die vom sowjetischen Staats- und Parteichef Andropow geleitete Sitzung diente nach Ansicht osteuropäischer Kreise einer dreifachen Zielsetzung: Sie sollte, nicht zuletzt mit Blick auf den bevorstehenden Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau, eine gemeinsame Linie der Ostblock-Staaten in der Frage der NATO-Nachrüstung demonstrieren, die vom sowjetischen Generalsekretär immer wieder geforderte „Geschlossenheit“ der Länder des „realen Sozialismus“ unter Beweis stellen und außerdem die ideologischen und sicherheitspolitischen Aspekte der polnischen Frage beraten.

Streit über Ölpreise

Nach Angaben amerikanischer Regierungsvertreter trägt sich Moskau mit Plänen, in der „DDR“ und der Tschechoslowakei neue atomare Kurzstrecken-Raketen zu stationieren. Es wurde gestern aber für unwahrscheinlich gehalten, daß über derartige Pläne als Ergebnis des Moskauer Gipfels etwas bekannt werden würde.

Parallel zur Gipfelkonferenz beriet gestern in Moskau der Exekutivausschuß des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Im Mittelpunkt stand nach amtlicher Darstellung die Abstimmung der Wirtschaftsprogramme für die Jahre 1985 bis 1990. *Aus informierten* Kreisen verlautete, daß innerhalb des RGW ein Streit zwischen Rumänien und der Sowjetunion über die sowjetischen Ölpreise entbrannt sei.

*

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Auffallend ist, daß als Zeitpunkt für den Moskauer Gipfel ausgerechnet der 28. Juni gewählt wurde. Dies ist der 30. Jahrestag des Konflikts zwischen Stalin und Tito, als erstmals ein unbotmäßiges kommunistisches Land – Jugoslawien – aus der Gemeinschaft kommunistischer Staaten ausgeschlossen und mit militärischer Intervention bedroht wurde. Erst vor wenigen Tagen hatte der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Ustinow in einer Rede ein düsteres Bild der internationalen Lage dargelegt. Der Westen, so Ustinow, sei damit beschäftigt, eine neue Militärkoalition gegen die UdSSR“ zu schließen – eine Koalition, die weit über den NATO-Bereich hinausreiche. Die USA und ihre Verbündeten wollten ihr Einflußgebiet auf Kosten der UdSSR erweitern und Moskau zu einer einseitigen Abrüstung zwingen, sagte Ustinow.

Wie früher Stalin

In auffallender Übereinstimmung mit Positionen, wie sie früher einmal Stalin vertreten hatte, erklärte Ustinow ferner, die gegenwärtige Situation sei durch eine „scharfe Konfrontation zwischen den beiden politischen und gesellschaftlichen Systemen des Sozialismus und Kapitalismus“ geprägt. Im Westen habe der „äußerste rechte Flügel der monopolistischen Bourgeoisie die Übermacht gewonnen“. Angesichts einor westlichen Politik, die angeblich „militärische Macht als Universalmittel zur Lösung aller Streitfragen“ betrachte, forderte Ustinow eine noch größere Entschlossenheit des Warschauer Pakts.

Zweifel bestehen darüber, ob Rumänien die Stationierung weiterer sowjetischer Mittelstreckenraketen in Osteuropa akzeptieren wird. Sie wurden genährt durch die gestrige Veröffentlichung eines Interviews in der rumänischen Presse, in dem Ceausescu seine Forderung nach einer Verringerung der Rüstungsausgaben in Ost und West bekräftigte. In dem Interview bezeichnete er außerdem militärische Manöver als unnötige Zurschaustellung von Stärke, was nicht zur Entspannung und zu gegenseitigem Vertrauen beitrage.

Vertrauen der USA begleitet Kohl

Treffen Genscher-Shultz vor Moskau-Reise / KSZE wichtiges Verhandlungsthema

BERNT CONRAD, Bonn

In enger Abstimmung mit Washington werden Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am nächsten Montag ihre Reise in die Sowjetunion antreten. Bei einem einstündigen Gespräch in der thailändischen Hauptstadt Bangkok hat Genscher noch einmal mit seinem amerikanischen Amtskollegen George Shultz die taktische Marschroute für Moskau abgesteckt. Am Freitag werden US-Staatssekretär Richard Burt, Vorsitzender der westlichen Special Consultative Group für die Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (INF) sowie der INF-Chefunterhändler Paul Nitze und der amerikanische KSZE-Chefdelegierte Max Kampelman zu abschließenden Konsultationen nach Bonn kommen.

Wie groß das amerikanische Vertrauen in die Person und die Politik Kohls ist, hat Präsident Reagan in einem von Vizepräsident George Bush am vergangenen Wochenende überbrachten Brief an den Kanzler unterstrichen. Im Kern lautet die Botschaft Reagans: „Freie Fahrt für Moskau“.

In gleichem Sinne hatte Bush bei seinem Besuch in Krefeld erklärt: „Unsere guten Wünsche - begleiten Helmut Kohl. Wir kennen ihn als einen der dezidiertesten Vertreter einer gemeinsamen und fundamentalen NATO-Position. Unsere Hoffnung ist Frieden, unsere Hoffnung ist ein Durchbruch, der zur Abrüstung führt. Es ist sein Auftrag. Und ich wünsche ihm eine glückliche Hand.“ Bei seinem Treffen mit Shultz am Rande einer Asean-Konferenz betonte Genscher, die Erklärungen des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg und der NATO-Außenministerkonferenz in Paris sowie die einheitliche politische Haltung der EG-Partner auf dem Stuttgarter Europagipfel bildeten einen guten und soliden Hintergrund für die Moskau-Reise.

Der Bundeskanzler werde dem sowjetischen Staats- und Parteichef Jurij Andropow klarmachen, daß die Bundesrepublik Deutschland unverrückbar in das westliche Bündnis eingebunden sei und den Terminplan des NATO-Doppelbeschlusses in seinen beiden Teilen konsequent durchhalten werde.

Aus dem Kreml – so berichtete Genscher dem US-Außenminister – seien diffuse Geräusche nach Bonn gedrungen: Einerseits werbe man um Zusammenarbeit, andererseits stoße man Drohungen aus. Typisch für den negativen Aspekt war eine Warnung des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolai Tichonow gegenüber Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff in Moskau: Für den Fall einer Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen könnten sich Konsequenzen im deutsch-sowjetischen Handel ergeben. Dagegen stimmen nach Lambsdorffs Eindruck Bonn und Moskau in der Beurteilung der wirtschaftlichen Frage weitgehend überein. In dieser Hinsicht werde es beim Besuch des Kanzlers keine größeren Probleme geben.

Ein wichtiges Thema für Kohls Gespräche wird der Stand des Madrider KSZE-Folgetreffens sein. Dabei will der Kanzler, wie Genscher in Bangkok erläuterte, die Sowjetführung noch einmal nachdrücklich auffordern, dem Vermittlungsvorschlag des spanischen Ministerpräsidenten González zuzustimmen. Einen entsprechenden Appell hatte der Bundesaußenminister zuvor schon brieflich an Sowjetaußenminister Andrej Gromyko und dessen andere Ostblock-Kollegen gerichtet (WELT v. 27. 6.).

Voraussichtlich am 11. Juli wird Genscher die US-Regierung bei einem Blitzbesuch über seine Moskau-Reise informieren. Schon am 8. Juli werden die EG-Außenminister unterrichtet.

„USA fest an der Seite Libanons“

Botschaft Reagans an Gemayel / Israel erwägt einseitigen Rückzug

DW. Beirut/Jerusalem

US-Präsident Ronald Reagan hat den libanesischen Staatschef Amin Gemayel in einer Botschaft versichert, die Vereinigten Staaten stünden fest an der Seite Libanons.

Das libanesische Fernsehen berichtete, Reagan habe betont, die USA seien „entschlossen, den Rückzug aller ausländischen Truppen aus Libanon zu erreichen“. Der US-Präsident sei überzeugt, daß es den Vereinigten Staaten und Libanon gemeinsam gelingen werde, die Souveränität Beiruts über sein gesamtes Staatsgebiet wiederherzustellen. Reagan dankte Gemayel für die Annahme der Einladung zu einem Besuch der Vereinigten Staaten, der Ende Juli stattfinden soll. Dort werde Gelegenheit sein, den Prozeß zu vervollständigen, „Libanon seine territoriale Unversehrtheit in einer Weise zurückzugeben, die seine eigene Sicherheit und die seiner Nachbarn festigt“, schrieb der Präsident.

*Am Montag hatte Reagan ein Ge*setz unterzeichnet, das Libanon noch in diesem Jahr 251 Millionen Dollar an zusätzlicher Wirtschafts- und Militärhilfe zukommen läßt. Die Summe werde zur Förderung wirtschaftlicher und politischer Stabilität Libanons beitragen und internationale Anstrengungen unterstützen, die Souveränität dieses Landes zu stärken, sagte Reagan. Das Pentagon hatte den Kongreß am selben Tag über den beabsichtigten Verkauf von Waffen an Libanon unterrichtet.

Der israelische Ministerpräsident Menachim Begin hat nach Berichten des israelischen Rundfunks angekündigt, daß sein Kabinett noch in dieser Woche die Frage der Umgruppierung der israelischen Streitkräfte in Libanon erörtern werde. Vor Mitgliedern der Knesset sagte Begin, Israel wolle zwar seine militärischen Schritte mit den USA abstimmen, werde aber eine Entscheidung nicht davon abhängig machen, ob die USA diese billigten oder nicht. Die israelische Regierung steht wegen der *ständigen militärischen Verluste* in Libanon unter starkem innenpolitischen Druck.

Die Sowjetunion muß nach Ansicht des saudiarabischen Prinzen Tailal auf jeden Fall an den Verhandlungen zur Lösung der libanesischen und palästinensischen Frage beteiligt werden. In einem Interview des jüdischen Fernsehsenders von Los Angeles betonte der Bruder von König Fahd, die Epoche der Abkommen von Camp David sei vorüber.

Der Versuch rebellierender Einheiten der Al Fatah, auf Gebiet von Arafattreuen Einheiten in der libanesischen Bekaa-Ebene vorzustoßen, ist nach Mitteilung von loyalen Fatah-Kreisen gestern abgewehrt worden.

Dem aus Syrien ausgewiesenen Yassir Arafat soll nach Angaben von PLO-Vertretern in naher Zukunft die Rückkehr nach Syrien gestattet werden. Wie in Damaskus bekannt wurde, hat der syrische Staatspräsident Assad dem Führer der PFLP, Habash, eine entsprechende Zusicherung gegeben.

Rom: DC zieht Bilanz der Verluste

● Fortsetzung von Seite 1

Das Innenministerium veröffentlichte die folgenden amtlichen Endergebnisse, in denen allerdings noch nicht die absoluten Stimmenzahlen und die auf über sechs Prozent hochgerechnete Zahl der ungültigen Stimmen enthalten sind:

Kammerwahlen (Wahlberechtigung ab 18 Jahren)
DC 32,9 Prozent (1979: 38,3), 225 Sitze (262)
KP 29,9 Prozent (30,4), 198 Sitze (201)
Sozialisten 11,4 Prozent (9,8), 73 Sitze (62)
Neofaschisten 6,8 Prozent (5,3), 42 Sitze (30)
Sozialdemokraten 4,1 Prozent (3,8), 23 Sitze (20)
Republikaner 5,1 Prozent (3,0), 29 Sitze (16)
Liberale 2,9 Prozent (1,9), 16 Sitze (9)
Radikale 2,2 Prozent (3,5), 11 Sitze (18)
Volksproletarier 1,5 Prozent (-), sieben Sitze (-)
Südtiroler Volkspartei 0,5 Prozent (0,6), drei Sitze (4)
Andere ein Prozent (1,4), drei Sitze (drei)

Senatswahlen (Wahlberechtigung ab 25 Jahren)
DC 32,4 Prozent (38,3), 120 Sitze (138)
KP 30,8 Prozent (31,5), 107 Sitze (109)
Sozialisten 11,4 Prozent (10,4), 38 Sitze (32)
Neofaschisten 7,3 Prozent (5,7), 18 Sitze (13)
Sozialdemokraten 3,8 Prozent (4,2), acht Sitze (neun);
Republikaner 4,7 Prozent (3,4), 10 Sitze (sechs)
Liberale 2,7 Prozent (2,2), sechs Sitze (zwei)
Sozialdemokraten/Republikaner/Liberale 0,3 Prozent (-), ein Sitz (-)
Radikale 1,8 Prozent (1,3), ein Sitz (zwei)
Südtiroler Volkspartei 0,5 Prozent (0,5), drei Sitze (drei)
Andere 4,3 Prozent (1,9), drei Sitze (eins).

Einer der wenigen christdemokratischen Politiker, die aus der Wahlniederlage ihrer Partei sogar gestärkt hervorgegangen sind, ist Außenminister Emilio Colombo. Auf der radikalen Liste ist wahrscheinlich auch der seit mehr als vier Jahren unter der Anklage linksterroristischer Aktivitäten und des Umsturzversuchs in Untersuchungshaft sitzende Universitätsprofessor Toni Negri ins Parlament gewählt worden. Nach der Proklamierung seiner Wahl müßte er sofort auf freien Fuß gesetzt werden.

Geschäfte mit Waffen

J. Sch. (Paris) – Im Export von zivilen Gütern ist Frankreich unter den Sozialisten vom dritten auf den fünften bis sechsten Platz der Weltrangliste zurückgefallen. Beim Waffenexport hingegen hat es seine dritte Position nach den USA und der Sowjetunion fest behauptet. Dabei konnte der Weltmarktanteil von 8,9 Prozent 1981 auf 9,7 Prozent 1982 verbessert werden, wie dem Jahresbericht des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI zu entnehmen ist.

Dies überrascht deshalb, weil Premierminister Mauroy im Juni 1981 erklärt hatte, die neue Regierung würde für einen Abbau des Waffenexports sorgen. Auf dem anschließenden Luftfahrt-Salon in Paris ließ Präsident Mitterrand sogar für seinen Besuch alle Kriegsflugzeuge „entwaffnen". Allerdings wurden gleich danach die Bomben und Raketen auch unter den Mirages wieder angebracht oder säuberlich davor aufgestapelt.

Heute nehmen die französischen Sozialisten trotz ihrer antimilitaristischen Wahlversprechen am Waffenexport kaum noch Anstoß. Ökonomische Überlegungen haben ethische Bedenken verdrängt. Schließlich beschäftigt die Waffenindustrie des Landes 300 000 Personen und unterstützt damit, wie es jetzt heißt, den Kampf der Regierung gegen die Arbeitslosigkeit.

Vor allem aber bringt der Waffenexport Devisen – 1982 für 25 Milliarden Franc. Ohne sie wäre das französische Handelsbilanzdefizit um ein Viertel höher ausgefallen. In diesem Jahr dürfte der Waffenbeitrag noch stärker ins Gewicht fallen. 1982 waren für 42 Milliarden Franc Auslandsaufträge verbucht worden.

Dies allerdings in verstärktem Maße gegen hohe staatlich subventionierte Kredite an mehr insolvente Länder. So kann sich die sozialistische Waffenexportpolitik letztlich doch als sehr kostspielig erweisen.

Volkssport

hdt. – Der Beginn hat sich in diesem Jahr zwar um eine Woche verzögert, dann aber machten es die heißen Tage zum Sommerbeginn möglich: Mit Vehemenz konnte die Erdbeerernte einsetzen. Was in früheren Zeiten weitgehend Privileg von Kleingärtnern war, ist längst zum Volkssport geworden. Vor allem an den Wochenenden ziehen ganze Sippen von Großstädtern auf die Felder der Selbstpflück-Plantagen, eine Art Trimm-dich-Aktion mit lukrativem wirtschaftlichen Hintergrund. Preisgünstig lassen sich hier die Früchte ernten, da die Plantagenbesitzer die Löhne für die Pflückkolonnen sparen. Allein am Rand der westfälischen Städte und vor allem des Ruhrgebietes werden Erdbeeren zum Selbstpflücken auf rund 1000 Hektar Anbaufläche angeboten. Die erwartete Erntemenge von mindestens 8 Millionen Kilogramm deckt die Gesamtnachfrage voraussichtlich etwa zur Hälfte, eine durchaus erfreuliche Prognose. Und: Die Selbstpflücker bekommen Spaß und verlieren Pfunde.

BUNDESHAUSHALT 1984 / Kabinett entscheidet über Entwurf des Finanzministers

Stoltenberg will die Subventionen ständig prüfen und gezielt kürzen

HEINZ HECK, Bonn

Das Bundeskabinett verabschiedet heute den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1984 mit einem Ausgabevolumen von 257,75 Milliarden Mark. Gegenüber dem Soll für 1983 von 253,2 Milliarden entspricht dies einer Steigerung von nur 1,8 Prozent. Abgesehen von 1953 (minus 3,3 Prozent) und 1968 (plus 1,5 Prozent) ist dies die niedrigste Steigerungsrate in den letzten Jahrzehnten.

Trotz der erheblichen Sparanstrengungen in Milliardenhöhe geht Finanzminister Stoltenberg bis auf zwei offene Punkte mit einem unstrittigen Entwurf ins Kabinett. Da entsprechend den Grundsatzbeschlüssen vom 18. Mai keine neuen Planstellen oder -anhebungen bewilligt werden sollen, will er auch für die Forderung des Bundestagspräsidenten keine Ausnahme machen. Ein weiterer strittiger Punkt ist die Steigerungsrate bei der Sozialhilfe, die Stoltenberg im Wege einer Übergangsregelung auf 1,5 Prozent begrenzen will. Die von den Gemeinden zu zahlende Sozialhilfe ist von 1970 bis 1981 dem Volumen nach auf rund das 4,5fache gestiegen. Familienminister Geißler ist jedoch mit dieser Begrenzung nicht einverstanden und legt heute einen Alternativvorschlag vor, der zu Steigerungsraten von zwei bis drei Prozent führen würde.

Wie berichtet, enthält der Entwurf über die Ansätze im Finanzplan hinaus zusätzliche wachstumsfördernde Ausgaben mit einem Gesamtvolumen von rund 1,5 Milliarden Mark; davon 600 Millionen für Stahl, rund 210 Millionen für die Verbesserung der Ausbildungssituation der Jugend, 65 Millionen für Bundeswasserstraßen, 15 Millionen für Zonenrandförderung und rund 550 Millionen für die Gemeinschaftsausgaben. Die geplanten Seeschiffahrtshilfen schlagen sich 1984 in zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen nieder.

Ausführlich wird sich das Kabinett mit dem Subventionsabbau befassen und dürfte hierzu einen Bericht Stoltenbergs billigen. Danach sind die Subventionen seit Mitte der siebziger Jahre von etwa 24 Milliarden Mark um rund 20 Prozent auf rund 29 Milliarden (1984) gestiegen. Davon entfällt jeweils etwa die Hälfte auf Finanzhilfen und Steuervergünstigungen. Da in der gleichen Zeitspanne die Bundesausgaben um 65 Prozent und das Bruttosozialprodukt um 70 Prozent gestiegen seien, habe die Bedeutung der Subventionen relativ abgenommen.

Damit seien sie zwar nicht die „Ursache der gegenwärtigen finanzpolitischen Schwierigkeiten". Sie müßten jedoch „ständig überprüft werden, damit sie sich nicht als Teil eines ‚sozialen Besitzstandes' auf Dauer verfestigen und den finanzpolitischen Handlungsspielraum einschränken".

Durch gezielte Kürzungen seien die Subventionen seit 1981 um über fünf Milliarden Mark zurückgeführt worden, davon Finanzhilfen des Bundes um zwei Milliarden Mark oder gut 13 Prozent, Steuervergünstigungen um drei Milliarden oder knapp neun Prozent (rund die Hälfte zugunsten des Bundes). Für den Bundeshaushalt 1984 bedeute dies eine Gesamtentlastung von rund 3,5 Milliarden Mark. „Vorrangig vor dem Hintergrund beschäftigungspolitischer Erfordernisse" müsse der Subventionsabbau in der heutigen Wirtschaftslage gesehen werden. So seien zum Beispiel für Stahl und Wohnungsbau sogar vorübergehend „deutliche" Subventionserhöhungen geboten. Die Abkehr vom „Rasenmäherprinzip" einer linearen Kürzung kommt in folgender Forderung zum Ausdruck: „Nur durch sorgfältige Prüfung im Einzelfall kann entschieden werden, ob eine Subvention noch als berechtigt anzusehen ist oder nicht."

Ansatzpunkte für den Subventionsabbau im '84er Haushalt sind die landwirtschaftliche Unfallversicherung (stufenweiser Abbau bis 1986), die Landabgaberente und die Heizenergieeinsparung (Steuervergünstigungen werden modifiziert fortgesetzt). Hinzu kommen Einschränkungen im Schwerbehindertenrecht (Kfz-Steuerbefreiung und die unentgeltliche Beförderung von Behinderten; für Kriegsopfer ergeben sich keine Änderungen) und beim Bauherrenmodell.

Zusammen mit dem Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung verabschiedet das Kabinett heute auch das Steuerentlastungs- und das Haushaltsbegleitgesetz 1984.

US-ZINSEN

Finanzmärkte rechnen mit Anhebung der Prime Rate

H.-A. SIEBERT, Washington

An den US-Finanzmärkten verdichten sich die Gerüchte, daß die Prime Rate, der Leitzins der amerikanischen Geschäftsbanken, in Kürze wieder auf elf Prozent angehoben wird. Seit Ende Februar hat sich der Zinsatz für kurzfristige Kredite an erste Adressen bei 10,5 Prozent eingependelt, nachdem er zuvor in zwölf Monaten um sechs Prozent gesunken war. Alle Versuche kleinerer Institute, die Prime Rate weiter zu drücken, scheiterten am Widerstand der Großbanken.

Begründet wird der bevorstehende Zinsanstieg mit den wachsenden Inflationsgefahren, die aus dem stark beschleunigten Konjunkturaufschwung resultieren. Nach Angaben des Handelsministeriums in Washington nimmt das US-Bruttosozialprodukt im zweiten Quartal 1983 real um 6,6 Prozent zu, verglichen mit 2,6 Prozent in der Januar-März-Periode und minus 1,7 Prozent im Gesamtjahr 1982. In der Behörde selbst mehren sich die Stimmen, die das Wachstumstempo von April bis Juni inoffiziell bereits auf acht bis zehn Prozent veranschlagen.

Um eine Überhitzung der US-Wirtschaft zu vermeiden, sei das Notenbanksystem gezwungen, auf die Kreditbremse zu treten, betonen ernst zu nehmende Finanzanalysten. Der Rückgang der Geldversorgung in der letzten Berichtswoche um 3,2 Milliarden Dollar wird nicht als ausreichend angesehen, weil M1 (Bargeld plus Sichteinlagen) immer noch um 16 Milliarden Dollar über dem Zielkorridor liegt. Nach heftiger Diskussion wird dieses Aggregat in den USA bei der Beurteilung der Geldbewegungen wieder für ausschlaggebend gehalten.

Folgt man Experten an der Wall Street, dann „verläuft die wirtschaftliche Erholung doppelt so schnell wie vom Federal Reserve Board gewünscht". Nach Ansicht von Vertretern der Bank of America verschlechtern sich die inflationären Erwartungen rapide, wenn das US-Notenbanksystem noch lange mit der Eindämmung der Geldflut wartet. An der Wall Street wird darauf hingewiesen, daß die Anleger nur noch unwillig zugreifen, wenn die Treasury Schuldverschreibungen versteigert.

Für ein Anziehen der Prime Rate sprechen, so die Mellon Bank, auch die höheren Finanzierungskosten der Kreditinstitute. So kosten Commercial Paper inzwischen wieder neun, Savings Certificates 9,27, Banker Acceptances 9,20 und die besonders wichtigen Certificates of Deposit ebenfalls 9,20 Prozent. Die Tendenz ist steigend. Dreimonatige Treasury Bills haben sich seit dem 15. Juni von 8,73 auf 8,84 Prozent verteuert. Wie Henry Kaufman von Salomon Brothers kürzlich voraussagte, kann Notenbanktagegeld auf zehn (Mai: 0,5) Prozent anziehen. Das Pendel schwingt bereits zwischen 9,14 und 9,25 Prozent. Hinzu kommt, daß in den USA die Nachfrage nach Geschäftskrediten wieder steigt. Angesichts der enormen Defizitfinanzierung – am Montag verkaufte das Schatzamt 12,4, vergangene Woche 14,3 Milliarden Dollar – droht nun ein Aufeinanderprallen des staatlichen und privaten Geldbedarfs.

Ungelöste Handelskonflikte

Von FRED de la TROBE, Tokio

Japans Wirtschaftspolitiker erkennen die Engpässe und Gefahren auf dem Kurs voraus, zaudern aber oft, das Ruder entsprechend herumzuwerfen. Dieser Eindruck entsteht bei der Durchsicht des gerade veröffentlichten Weißbuches zum internationalen Handel 1983 des Ministeriums für Außenhandel und Industrie, kurz unter Miti bekannt. Diesem Rechenschaftsbericht zufolge schloß Japans Handelsbilanz im Fiskaljahr 1982/83 mit einem Aktivsaldo von umgerechnet 49 Milliarden Mark und die Leistungsbilanz mit einem Überschuß von 17 Milliarden Mark ab.

Nach den Voraussagen maßgebender Regierungsbeamter wie dem Gouverneur der Bank von Japan, Maekawa, werden diese Salden 1983 auf 75 Milliarden und 50 Milliarden Mark anschwellen. Schon in den ersten fünf Monaten dieses Jahres ergab sich ein Mehrbetrag bei den Exporten gegenüber den Importen von 27,5 Milliarden Mark. Das Wachstum des Bruttosozialprodukts in dieser Periode von etwa einem Prozent wurde hauptsächlich von der Zunahme der Ausfuhren getragen.

Für die immer größere Kluft zwischen den Exporten und Importen werden neben den wieder steigenden Ausfuhren auch wesentlich – um etwa 15 Milliarden Mark geringere Öleinfuhren und um fünf Milliarden Mark niedrigere Erz- und Kohlenbezüge verantwortlich sein. Angesichts der zu erwartenden hohen Überschüsse erscheint das Aufflackern neuer scharfer Handelsprobleme Japans mit den USA und der europäischen Gemeinschaft programmiert.

Die im Weißbuch niedergelegten Rezepte für ein besseres Gleichgewicht im Güteraustausch sind Verteidigung des Freihandels, Stimulierung der Inlandnachfrage durch vermehrte staatliche und private Ausgaben für den Wohnungs- und Straßenbau sowie Förderung technischer Innovationen. Ferner sollen die Importe erleichtert und die Exporte in geordneter Weise vorgenommen werden.

Die Entwicklung in den ersten fünf Monaten dieses Jahres stand jedoch vielfach im Gegensatz zu diesen Anleitungen. Die Inlandnachfrage ging leicht zurück, das staatliche Sparprogramm zielt auf eine Einsparung bei den öffentlichen Ausgaben ab.

Neue Maßnahmen zur Liberalisierung der Importe sind unbedeutend geblieben, und andere beabsichtigte Schritte zur Förderung der Einfuhren – wie Steuer- und Finanzerleichterungen sowie Absatztrainingsprogramme für Ausländer – sollen meist erst im nächsten Jahr verwirklicht werden.

Die Verfasser des Miti-Weißbuches legen den Finger auch auf die ungünstigen Währungseinflüsse auf die japanische Handelsstruktur. Die fortgesetzte Schwäche des Yen hat die Preise der Importe künstlich hoch gehalten und die Realeinkommen der Konsumenten vermindert. Hier wird ein wesentlicher Grund für die schwache Inlandnachfrage gesehen. In dieser Situation ist auch eine Diskontsenkung, die zur Ankurbelung der Konjunktur beitragen würde, nicht zu verwirklichen. Denn ein noch niedrigeres Zinsniveau würde den Yen weiter schwächen.

Ein starker Yen würde Japans Exporte bremsen und die Importe steigern. Die Hauptursachen der Unterbewertung der japanischen Währung und der unkontrollierten Wechselkursschwankungen sind dem Weißbuch zufolge die amerikanischen Hochzinsen. Die Parität eines Dollar beträgt 238,5 Yen, vor einem Jahr waren es 242 Yen.

Das höhere Zinsniveau in den Vereinigten Staaten hat zu einem starken Kapitalabfluß aus Japan geführt. Das Defizit der japanischen Kapitalverkehrsbilanz belief sich 1982 auf 37,5 Milliarden Mark, in den ersten vier Monaten dieses Jahres waren es 12,7 Milliarden Mark. Außer der Forderung nach konzertierten Aktionen mit den USA und anderen westlichen Ländern für ein stabileres internationales Währungsgefüge hat das Miti keine Rezepte für einen stärkeren Yen anzubieten.

Das Weißbuch verteidigt auch Japans Industriepolitik, die amerikanische Politiker und Wirtschaftsführer wegen der Förderung von Bereichen mit hohen technischen Zukunftsaussichten und strukturell schwachen Branchen scharf angegriffen haben. Damit käme es zu Wettbewerbsverzerrungen. Außerdem würden Maßnahmen zur Liberalisierung der Einfuhren untergraben, behaupten die Amerikaner.

Das Miti hält dem entgegen, daß sich diese Politik im Rahmen üblicher internationaler Regeln und Prinzipien wie des Gatt oder der OECD hält. Die stärksten Anstöße zur Entwicklung moderner Techniken kämen aus der Privatwirtschaft. Die Regierung greife vor allem dort ein, wo die großen finanziellen Anforderungen und hohe Risiken die Kräfte des privaten Sektors übersteigen.

AUF EIN WORT

„Früher hat das Ruhrgebiet für ganz Deutschland gearbeitet. Heute muß Deutschland Arbeit ins Ruhrgebiet bringen. Die Menschen hier warten darauf, zupacken zu können."

Prof. Karl Carstens, Bundespräsident

FOTO: WEREK

Handel mit „DDR" ungleichgewichtig

rtr, Wiesbaden

Der innerdeutsche Handel hat sich in den ersten fünf Monaten des Jahres ausgesprochen ungleichgewichtig entwickelt. Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes nahmen die Ausfuhren in die „DDR" und nach Ost-Berlin gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres auf 3,24 Milliarden Mark und damit um 35 Prozent zu, während die Bezüge aus der „DDR" um ein Prozent niedriger bei 2,73 Milliarden Mark lagen.

Für den Monat Mai ergab sich ein Gesamtwert der Lieferungen von 680 Millionen Mark – das ist eine Zunahme um 42 Prozent oder 201 Millionen Mark gegenüber Mai 1982, während sich die Bezüge lediglich um zwölf Prozent oder 63 Millionen Mark auf 582 Millionen Mark erhöhten.

ARABIEN

Deutscher Außenhandel im ersten Quartal geschrumpft

rtr, Bonn

Der deutsche Außenhandel mit den arabischen Staaten ist im ersten Quartal dieses Jahres deutlich geschrumpft. Nach der jüngsten Übersicht des Hamburger Nah- und Mittelost-Vereins gingen die Einfuhren gegenüber dem ersten Quartal 1982 um 47,2 Prozent auf rund 2,35 Milliarden Mark zurück. Die deutschen Ausfuhren verringerten sich dagegen nur um 12,8 Prozent auf rund 5,85 Milliarden Mark, so daß der Außenhandelsüberschuß von rund 2,26 auf 3,50 Milliarden Mark erhöhte.

Während bei sinkenden Ölpreisen und nachlassender Nachfrage die Einfuhren aus Saudi-Arabien, dem wichtigsten Handelspartner unter den arabischen Staaten, um 59,8 Prozent auf 1,24 Milliarden Mark zurückgingen, erhöhten sich im Berichtszeitraum die Einfuhren aus Irak um 3448,1 Prozent auf 291 Millionen Mark. Deutliche Einfuhrsteigerungen wurden auch mit Syrien (plus 297,5 Prozent auf 26 Millionen) und Kuwait (plus 65,7 Prozent auf 232 Millionen Mark) erzielt.

Dagegen konnten die deutschen Exporteure das Ausfuhrniveau mit Saudi-Arabien halten. In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden Waren im Wert von rund 2,05 Milliarden Mark ausgeführt. Dies entspricht einer Steigerung um 0,1 Prozent. Dagegen gingen die Lieferungen nach Irak als zweitwichtigstes Exportland um 35,5 Prozent auf 1,39 Milliarden Mark zurück. Nach Ägypten konnten die Ausfuhren um 19,5 Prozent auf 804 Millionen Mark gesteigert werden.

Unter Einschluß weiterer Staaten des Nahen und Mittleren Ostens (Afghanistan, Iran, Israel, Pakistan, Türkei und Zypern) ergab sich ein Rückgang der Einfuhren um 29 Prozent auf 3,83 Milliarden Mark. Eine deutliche Belebung des Handels ist mit Iran festzustellen.

STAHLINDUSTRIE

Lambsdorff begrüßt die Vorschläge der SPD-Fraktion

HEINZ HECK, Bonn

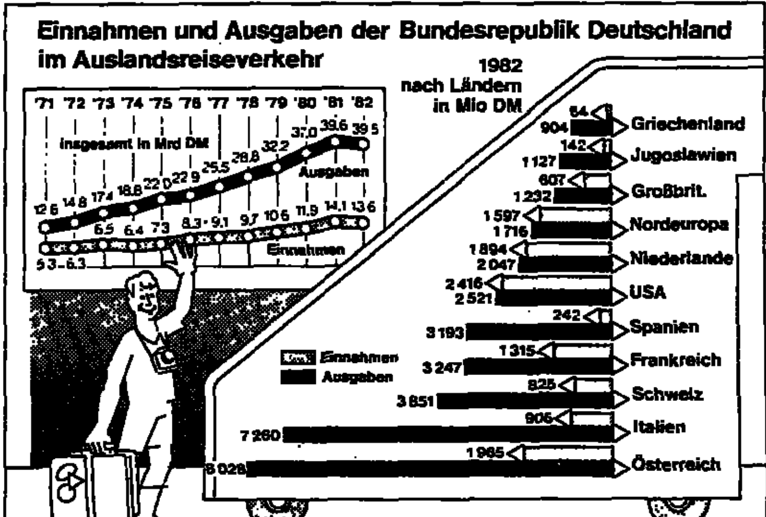
Ausgesprochen positiv hat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff das Zehn-Punkte-Programm der SPD-Fraktion zur Neuordnung in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie aufgenommen. Dies gelte unter anderem für die Grundsätze der Erhaltung von Stahlstandorten im Kern, der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit mehrerer leistungsfähiger Stahlunternehmen, der Ablehnung einer marktbeherrschenden Stahleinheitsgesellschaft und der Gewährung von Hilfen nach dem Subsidiaritätsprinzip.

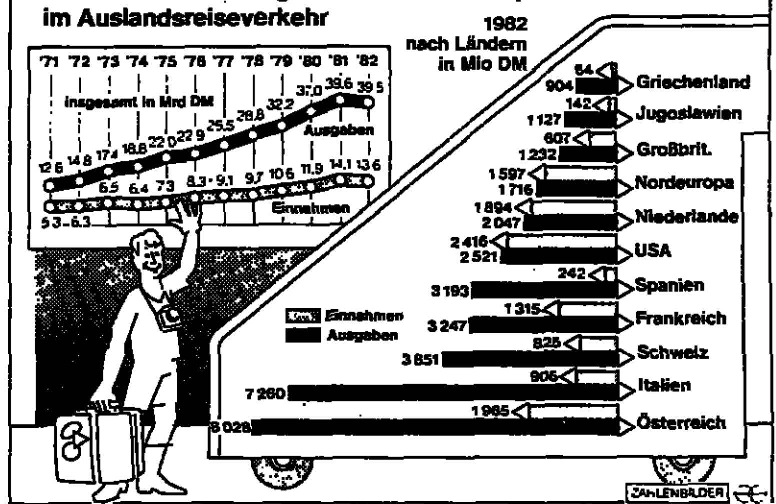
Die Bundesregierung sehe „ihre Politik zur Verlängerung der Krisenregelung in der EG und zur Aufrechterhaltung der Mengen- und Preisdisziplin durch das Votum der SPD-Fraktion voll bestätigt".

Dagegen sieht Lambsdorff in der Forderung, Hilfen dann als Kapitalbeteiligung zu gewähren, wenn sie über den Rahmen des Stahlinvestitionszulagengesetzes hinausgehen, „erste Schritte zur Verstaatlichung".

Dissens meldet Lambsdorff auch gegenüber einigen Schlußfolgerungen der SPD an. Die geplanten drei Milliarden Mark öffentlicher Hilfe seien ein beachtlicher öffentlicher Beitrag für die Neuordnung und Strukturverbesserung der Stahlunternehmen. „Diese können und werden die ihnen zufließenden Hilfen für die Umstrukturierung einsetzen. Das haben alle Unternehmen bestätigt." Lambsdorff ist zuversichtlich, daß „die sich nunmehr abzeichnenden Lösungen" eine deutliche Verbesserung der Struktur und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie brächten, auch wenn sie in vielen Fällen durchaus noch als verbesserungsfähig angesehen werden könnten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL





Im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland weist die Leistungsbilanz der Bundesrepublik ein traditionell hohes Defizit aus. Dazu trägt vor allem der Auslandsreiseverkehr bei, denn alljährlich reisen weit mehr deutsche Touristen ins Ausland als Ausländer ins Bundesgebiet. So gaben die deutschen Auslandsreisenden 1982 knapp 40 Milliarden Mark jenseits der Grenzen aus, während ausländische Touristen und Geschäftsreisende lediglich 14 Milliarden hereinbrachten. QUELLE: ZAHLENBILDER

Mailand: Wahlergebnis führte zu Panikverkäufen

Mailand (AP) – Die bisher schwerste Wahlschlappe der Christlich-Demokratischen Partei Italiens hat am Dienstag an der Mailänder Börse zu panikartigen Verkäufen geführt und am Devisenmarkt auch die italienische Lira unter starken Druck gesetzt. Die Aktienkurse fielen um durchschnittlich zehn Prozent. Die Verkaufswelle erfaßte praktisch alle Titel, vor allem aber auch Spitzenwerte wie Montedison, Fiat und SNIA Viscosa. In der ersten Stunde nach Börseneröffnung büßte der Marktindex in Mailand nahezu die Hälfte seines Zuwachses seit Jahresbeginn ein. Der Kurs des amerikanischen Dollars, der am Montag mit 1491,95 Lire seinen tiefsten Stand seit Mai gegenüber der italienischen Währung erreicht hatte, schoß zu Beginn des Devisenhandels am Dienstag auf 1515 Lire empor.

Keine Zollfreiheit

Karlsruhe (dpa/VWD) – Die Zollfreiheit zwischen der „DDR" und der Bundesrepublik gilt nicht für Waren, die aus Drittländern über die „DDR" eingeschleust werden. In einem am Montag vom 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) veröffentlichten Urteil wurde jetzt ein juristischer Schlußstrich unter eine Reihe von Fällen gezogen, die von der Ausnutzung der politischen Eigenheiten des geteilten Deutschlands und dabei vor allem vom innerdeutschen Handel mit seinen Besonderheiten gelebt hatten.

Polen-Umschuldung

Zürich (AP) – Vertreter westlicher Gläubigerbanken sind am Dienstag in Zürich mit einer Delegation Polens zu weiteren Umschuldungsgesprächen zusammengetroffen. Dies bestätigte ein Sprecher des Schweizerischen Bankvereins (SBV) auf Anfrage. In Bankkreisen rechnete man nicht mit einem raschen Durchbruch bei den Gesprächen, die zehn Tage zuvor in Wien unterbrochen worden waren.

Brasilien: Geheimplan?

New York (VWD) – Über die Existenz eines geheimen Notfallplans, den der Leiter des Federal Reserve Board (FED) Paul Volcker entwikkelt haben und der bei einer Verzugserklärung Brasiliens zum Schutz der dann betroffenen US-Großbanken aktiviert werden soll, berichtet „Executiie Intelligence Revw" (EIR). Unter Bezug auf einen hochstehenden Beamten in Washington, der Zugang zur internen Planung des Federal Reserve habe, heißt es, Volcker habe den Banken für den Fall, „daß sich eine Schuldenkrise entwickelt", zugesichert, den FED anzuhalten, die von den Banken an Länder der Dritten Welt herausgelegten Kreditforderungen zum Nennwert aufzukaufen. Diese Länder würden damit die Mittel der FED schulden und die US-Regierung müsse sie dann zur Zahlung auffordern.

Geldmenge wächst langsamer

Frankfurt (rtr) – Die Zentralbankgeldmenge wird nach Ansicht des Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank im Juni langsamer wachsen als in den Vorjahresmonaten. Auf dem „Rheinischen Sparkassentag" in Mönchengladbach erklärte Schlesinger, der Anstieg der Zentralbankgeldmenge auf Jahresrate umgerechnet werde mit nur noch neun Prozent am „oberen Rand" des Geldmengenziels von vier bis sieben Prozent liegen. Die Bundesbank habe eine kurzfristige Abweichung vom Geldmengenziel nach oben und unten immer gelassen beurteilt. Erst eine etwas längerfristige Abweichung zwinge sie zu Reaktionen, sagte Schlesinger.

Importförderung verlangt

Tokio (dpa/VWD) – Der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone hat die für Wirtschaft und Handel zuständigen Mitglieder seines Kabinetts angewiesen, ein umfassendes Konzept zur Importförderung auszuarbeiten. In Erwartung massiver Exportüberschüsse für das laufende Jahr sagte er in Tokio, Japan müsse seinen Handelspartnern beweisen, daß es alle Möglichkeiten zur Einfuhrsteigerung ausschöpfe. Nach Schätzungen des Handelsministeriums könnte der japanische Handelsüberschuß 1983 auf 30 Milliarden Dollar gegenüber 20 Milliarden Dollar im Fiskaljahr 1982/83 steigen.

Multis müssen mehr zahlen

Washington (AP) – Multinationale Konzerne, die in den USA ihren Sitz haben, müssen nach einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten künftig mit einer steuerlichen Mehrbelastung von jährlich rund 625 Millionen Dollar (rund 1,6 Milliarden Mark) rechnen. Mit fünf zu drei Stimmen billigten die Richter die in Kalifornien übliche Steuerpraxis, wonach jedes Unternehmen und dessen ausländische Tochterfirmen als Einheit angesehen werden. Der Staat Kalifornien besteuert deshalb die Firmen nach den weltweit und nicht nur nach den in den USA erzielten Gewinnen.

EINZELHANDEL

Flexibler Ladenschluß von mehr Händlern gewünscht

GISELA REINERS, Bonn

Von den deutschen Einzelhändlern würden 18 Prozent eine Änderung der Ladenschlußzeiten begrüßen. Das hat das Müchner Ifo-Institut in einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Zeitschrift „Impulse" festgestellt. 79 Prozent der Händler möchten die Ladenschlußregelung so, wie sie ist, beibehalten. Doch ist die Zahl der Befürworter einer Änderung größer, als sie von der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels bisher angegeben wurde. Die HDE: „95 Prozent des Handels wollen kein neues Ladenschlußgesetz."

Wie das Wirtschaftsforschungs-Institut in seiner Sondererhebung feststellte, ist der lange Samstag bei vielen Händlern unbeliebt, besonders bei den kleinen Betriebsgrößen. Sie würden lieber an einem Werktag bis 20, in manchen Branchen auch bis 21 Uhr geöffnet halten. Mit Ausnahme der langen Samstage vor Weihnachten möchten 54 Prozent auf diese Verkaufszeit verzichten; ein gutes Drittel (34 Prozent) derjenigen, die eine Änderung des Ladenschlusses befürworten, möchte lieber während der umsatzschwachen Vormittagsstunden schließen.

Laut Ifo haben der Lebensmittel-, Textil- und Brennstoffhandel ein eher unterdurchschnittliches Interesse an veränderten Ladenschlußzeiten. Dem entgegen stehen die Wünsche der Möbel-, Auto-, Funk- und Fernsehhändler. Der Fahrzeughandel möchte nicht nur abends länger, sondern auch am Wochenende verkaufen dürfen. Fast 30 Prozent der befragten Reformwilligen – und damit überdurchschnittlich viele – in Betrieben der Elektrotechnik, des Antiquitäten- und des Getränkehandels versprechen sich von einem bis in die Abendstunden verlängerten Verkauf mehr Gewinn.

GROSSBRITANNIEN / Großes Interesse an Börseneinführung der Agentur Reuter

Unabhängigkeit soll erhalten bleiben

WILHELM FURLER, London

Spätestens im Herbst dieses Jahres wird die Londoner City eine Börseneinführung besonderer Art erleben. Es handelt sich um die internationale Nachrichtenagentur Reuter, deren Schritt an die Börse weltweites Interesse findet. Reuter hat in den letzten Jahren die Ertragslage beträchtlich verbessern können. Im letzten Geschäftsjahr erreichte der Unternehmensgewinn 36 Millionen Pfund, zum heutigen Kurs umgerechnet gut 140 Millionen Mark, bei einem Umsatz von 200 Millionen Pfund (800 Millionen Mark). Der Börsenwert der Nachrichtenagentur wird von Börsianern inzwischen auf bis zu 1,5 Milliarden Pfund (sechs Milliarden Mark) geschätzt.

Die Besitzverhältnisse bei Reuter sind einigermaßen kompliziert. 41 Prozent der Reuter-Anteile liegen in Händen der britischen Presse, verwaltet in einem Trust durch den britischen Zeitungsverleger-Verband. An diesem Paket sind die einzelnen Zeitungshäuser durch ein Punktsystem beteiligt. So entfällt auf die Express-Zeitungsgruppe insgesamt ein zwölfprozentiger Anteil. Weitere 41 Prozent gehören der inländischen Nachrichtenagentur Press Association, an der wiederum etliche Zeitungsverlage beteiligt sind. Der Rest verteilt sich auf austral-asiatische Verlage, die zum großen Teil ohnehin mit Fleet Street verflochten sind.

Lediglich ein wieder einmal entflammter Zwist zwischen den beiden Verlegern Lord Matthews, Inhaber der Express-Zeitungsgruppe, und seinem Erzrivalen Lord Rothermere (Daily Mail-Gruppe) über die genaue Aufsplittung ihrer Reuter-Anteile hat eine endgültige Entscheidung über die Börsen-Notierung vorerst verhindert.

Bereits 1849 gründete der in Kassel geborene Israel Beer Josaphat, der 1871 geadelt wurde und dann den Namen Paul Julius Freiherr von Reuter führte, in Aachen eine Nachrichtenagentur. Seit 1851 ist der Sitz des Unternehmens in London. Während des Zweiten Weltkriegs wurde die kränkelnde Agentur von englischen Zeitungsverlegern übernommen. Die Unabhängigkeit von Reuter wurde durch einen Trust-Vertrag mit strikten Regeln, den alle Inhaber unterzeichneten, gewährleistet.

An dieser Unabhängigkeit und Integrität soll sich auch durch eine Börseneinführung nichts ändern. So ist vorgesehen, keinerlei Stimmrechtsaktien auszugeben, das Stimmrecht soll bei der treuhänderischen Stiftung verbleiben. Das Börseninteresse an der Einführung der Reuters-Aktien dürfte außerordentlich groß sein, handelt es sich doch um ein Unternehmen, das auf dem Gebiet neuester Informationstechnologien als führend gilt. Abgesehen von seiner Eigenschaft als Nachrichtenagentur für die Medien unterhält Reuter ein weites und vor allem gewinnträchtiges Netz für Kunden aus der Wirtschaft.

MAHLE

Trendwende beim Auftragseingang

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die zu den führenden Herstellern von Motorkolben zählende Mahle-Firmengruppe, Stuttgart, registriert für die ersten Monate des laufenden Geschäftsjahrs 1983 eine wieder leicht ansteigende Tendenz bei Auftragseingang und Auftragsbestand. Es seien aber nach Einschätzung der Geschäftsleitung noch keine Anzeichen für eine durchgreifende Geschäftsbelebung erkennbar. Gleichwohl rechne man für das ganze Jahr mit einer leichten Steigerung von Umsatz und Jahresüberschuß.

In 1982 war der Außenumsatz des Mahle-Konzerns um 4,9 Prozent auf 1,16 Mrd. DM zurückgegangen. Beim Stammhaus, der Mahle GmbH, verringerte sich der Umsatz um 8,6 Prozent auf 834 Mill. DM. Der Auslandsanteil am Gesamtumsatz sank auf 40,9 (43,8) Prozent.

Zur Entwicklung in den einzelnen Sparten heißt es im Geschäftsbericht, daß der Absatz von Kolben für Nutzfahrzeuge aufgrund des Branchentrends zurückgegangen sei. Stark rückläufig habe sich im Ausland das Reparaturgeschäft entwickelt. Minuszahlen stellten sich auch bei Leichtmetallzylindern und Kleinkolben (z. B. für Zweiräder oder Motorsägen) ein. Demgegenüber gab es Umsatzzuwächse bei Großkolben und Motorblöcken aus Leichtmetall. Auf Vorjahresniveau blieben die Umsätze in den Produktgruppen Kompressoren, Druckluftgeräte und Druckguß. Plusraten brachten Produkte der Klima- und Raumtechnik.

Es wird ein Jahresüberschuß von 11,6 (19) Mill. DM ausgewiesen. Nach Zuweisung von 9 (15) Mill. DM an die Rücklagen werden 2,5 (3,5) Mill. DM ausgeschüttet. Das Stammkapital von 121,8 Mill. DM befindet sich zu 99,9 Prozent im Besitz der Mahle Stiftung GmbH, Stuttgart.

Die Eigenkapitalquote im Konzern, der rund 10 300 Mitarbeiter (minus 6,7 Prozent) zählt, verbesserte sich leicht auf 40,0 (39,9) Prozent. Investiert wurden 78 (118) Mill. DM und abgeschrieben 85 (94) Mill. DM. Für 1983 sind im Konzern 73 Mill. DM Investitionen vorgesehen.

HANIEL / Das antizyklische Investitionsverhalten der letzten drei Jahre wurde mit steigendem Ertrag belohnt

Expansionslust auf neue Branchen ausgerichtet

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

In den drei Rezessionsjahren 1980 bis 1982 habe man mit insgesamt 672 Mill. DM gut zweieinhalbmal soviel wie in den drei Jahren zuvor investiert. Der Lohn für so „ausgesprochen antizyklisches Investitionsverhalten" lag in dem geernteten steigenden Ertrag. Auch 1983 werde man in neue Branchen vorstoßen und die Expansion des Unternehmens fortsetzen. Obendrein sehe man nun vermehrte Anzeichen für eine gesamtwirtschaftliche Konjunkturwende, wenngleich eine „durchgreifende Erholung der wirtschaftlichen Großwetterlage" erst für 1984 zu erwarten sei.

Mit solchen Tönen des Selbstbewußtseins und der Zuversicht präsentiert der vom 227 Jahre alten Duisburger Stammhaus Franz Haniel & Cie. GmbH geführte Handelskonzern der Haniel-Familie seinen „Weltabschluß" für 1982. Berechtigte Töne vor allem in zweierlei Hinsicht:

● Getreu der langen Tradition, mindestens drei Viertel vom Gewinn in der Firma zu lassen, begnügten sich die inzwischen 230 Eigentümer von 200 Mill. DM Grundkapital des Stammhauses auch für 1982 mit wiederum 7 Prozent Dividende. Das Konzern-Eigenkapital wuchs dabei auf 620 (579) Mill. DM, blieb mit einer Quote von 33 (33,3) Prozent des Bilanzvolumens praktisch konstant und deckt nebst 338 (271) Mill. DM langfristigem Fremdkapital über das Anlagevermögen hinaus auch noch 70 (60) Prozent der Vorräte.

● Den branchentypisch *langen* Niedergang des inländischen Heizölgeschäfts – letztes Jahr übernahm Haniel 17 kleine Händler und blieb mit 1,39 (1,41) Mrd. DM Umsatz in den roten Zahlen – kompensiert der Weltkonzern insbesondere durch Zukauf neuer Aktivitäten auf anderen und lohnenderen Feldern. Daraus stammte 1982 per saldo das Gros des Weltumsatz-Zuwachses von 9 Prozent. Nicht ganz so stark wird es 1983 der Fall sein, nun aber bei einem um fast ein Fünftel wachsenden und über die 8-Milliarden-Schwelle steigenden Weltumsatz.

Erstmals dürfte der Weltumsatz damit die Größenordnung jener Umsätze erreichen, die im Weltabschluß des Stammhauses nicht konsolidiert und (beteiligungsanteilig) den Kapitalinteressen der Haniel-Familie zuzurechnen sind: Voran die von der Duisburger GmbH gehaltene Drittel-Beteiligung (Buchwert 108 Mill. DM) an 32 deutschen Metro-Großmärkten, deren (geschätzter) Umsatz von 7,5 Mrd. DM 1982 stabil blieb und mit gestiegenem Ertrag gut die Hälfte der im Haniel-Weltabschluß mit 73 (66) Mill. DM ausgewiesenen Beteiligungserträge ausmachen dürfte. Dazu kommt über die Metro ein „indirekter" Anteil von 8 Prozent am Kaufhof-Konzern.

Ohne Kapitalbeteiligung des Stammhauses, aber unter seiner Führung, lebt ferner die Baseler Haniel Holding AG, über welche die Familie ihre zumeist zwischen 20 und 25 Prozent liegenden Anteile an circa 70 ausländischen Metro/Makro- und sonstigen Großmärkten hält (geschätzter Umsatz 12 Mrd. DM). Völlig fern vom Stammhaus schließlich ist die Familie auch noch mit 14 Prozent am Gutehoffnungshütte-Konzern beteiligt.

Grundsolide Bilanzstruktur und munteres Management, in dem nach „ungeschriebenem Gesetz" und um Streit in der Großfamilie zu vermeiden, seit langem nie ein Familienmitglied vertreten ist, kulminieren in Expansionslust. Jüngste Beispiele: Im Herbst 1982 kaufte die 94prozentige Haniel-Beteiligung Gehe AG, Stuttgart, ihren „Mitbewerber" RUWA (500 Mill. DM Umsatz) und stieg mit nun 1,4 Mrd. DM Umsatz zum zweitgrößten deutschen Pharmagroßhändler (nach „Anzag", Frankfurt) empor. Im Januar 1983 kaufte die 100prozentige Haniel-Tochter Srivner Inc., Oklahoma City (USA), die gleichfalls im Groß- und Einzelhandel mit Lebensmitteln arbeitende Chris Hoerr & Son Co. in Illinois (160 Mill. Dollar Umsatz) und erwartet nun für 1983 bei gut einprozentiger (und thesaurierter) Nettorendite einen Umsatz von 1,2 Mrd. Dollar. Das ist bereits dreimal soviel wie 1977, als Srivner von Haniel gekauft wurde.

Haniel[1]	1982	± %
Weltumsatz (Mill. DM)	6 895	+9,0
Auslandsanteil (%)	40	(36)
Beschäftige	11 858	+ 6,3
davon im Ausland	4 645	– 4,8
Personalaufwand	474	+ 5,7
Gesamtinvestitionen	188	– 38,1
Cash-flow[2]	146	+ 2,1
Rohertrag	860	+ 7,1
Jahresüberschuß	67,1	+ 1,7
Hold.-Ausschüttung	14,0	–

[1]) Franz Haniel & Cie. GmbH und alle mehr als 50prozentigen Beteiligungen.
[2]) Vorstandsangabe nach DVFA-Formel ohne Steuern und vor Ausschüttung.

BAYER-HV / Für 1983 bessere Dividende angekündigt

Lange und ruhige Diskussion

JOACHIM GEHLHOFF, Köln

Ein Gutes hatte der mit (unerfüllter) Krawallerwartung verbundene Aufmarsch linksgerichteter Umweltschützer für den Vorstand der Bayer-AG: Die radikale Dividendenkürzung auf 4 (7) DM für 1982 reizte die 4000 Aktionäre auf der lang und ruhig verlaufenen Hauptversammlung in der Kölner Messehalle nicht zum Scherbengericht über den Vorstand. Das Gros der Wortmeldungen konzentrierte sich auf die 24 „Gegenanträge" der temporären Mini-Aktionäre mit Albereien à la „Umweltschutz statt Dividende".

Von starkem Beifall der Versammlung unterstützt (Präsenz 67,1 Prozent von 2,53 Mrd. DM Aktienkapital), mahnte AR-Vorsitzender Prof. Kurt Hansen erfolgreich zu sachlicher Kürze. Auch die Regie klappte: Ehe der erste Umwelt-Phantast zu Wort kam, war in fast zweistündigem Rede- und Antwortspiel das Wesentliche an sachlichem Wissensdurst der Aktionäre gestillt. Dabei auch die Vorstandsprognose, daß 1983 eine „spürbar bessere Dividende" bringen werde.

In seinem Lagebericht versprach Vorstandsvorsitzender Prof. Herbert Grünewald den Aktionären für 1983 ferner ein verbessertes Ergebnis. Zwar sei man darauf eingestellt, daß die Wirtschaftslage „vorerst wechselhaft" bleibe und eine Aufhellung des Konjunkturhimmels „allenfalls zögernd und schrittweise" eintrete. Aber die zuversichtliche Prognose gründet sich denn doch schon auf eine Reihe von Fakten.

Erstens liege der Weltumsatz im ersten Halbjahr 1983 mit etwa 18,5 Mrd. DM knapp über dem noch hohen Niveau der gleichen Vorjahreszeit. Im zweiten Halbjahr sei deutlich mehr Umsatz als vor Jahresfrist zu erwarten. Eine Stütze dafür biete das kräftig belebte Nordamerika-Geschäft, wo die Konjunkturbelebung inzwischen an Umfang und Kraft gewonnen habe. Aber auch in England, Japan und auf dem Heimatmarkt gebe es Anzeichen der Konjunkturerholung. Zudem werde sich der Lagerabbau von 1982 eher wieder in eine „leichte" Lageraufstockung der Kunden verwandeln.

Zweitens fallen die Strukturbereinigungsmaßnahmen fort, die 1982 dem Welt-Abschluß aufgebürdet wurden. Das ergebe eine Entlastung des Ergebnisses von „einigen hundert Mill. DM".

Drittens werde Bayer den 1982 eingeschlagenen Konsolidierungskurs „über die gesamte Kostenpalette hinweg" und mit nun sichtbaren Ergebnisverbesserungen fortsetzen. Denn da man trotz „vorsichtigem Optimismus" in absehbarer Zukunft nicht mit einer kräftigen Absatzbelebung rechnen könne, müsse die Ertragsstärkung „vor allem von innen heraus" gesichert werden.

DEUTSCHE ICI / Anlaufverluste des neuen PVC-Werks drücken auf das Ergebnis

Faser- und Arzneimittelgeschäft im Plus

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Chemiegruppe der Deutschen ICI GmbH, Frankfurt, Tochter der britischen Imperial Chemical Industries (ICI), erwartet für 1983 erneut „deutliche" Umsatzsteigerungen. Das Ergebnis wird zwar auch in diesem Jahr noch unter dem Druck der Anlaufverluste eines neuen PVC-Werks in Wilhelmshaven stehen, soll sich aber bereits wieder leicht bessern, so Geschäftsführungssprecher Gustav Dierssen.

Der Verlauf des ersten Halbjahres bestätigt solchen Optimismus: Die Umsätze der deutschen Gruppe lagen um 15 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert, *wobei die Exporte mit einem Plus* von 18 Prozent gegenüber einem Inlandszuwachs von 13 Prozent den stärkeren Schub gaben. Zu der beachtlichen Wachstumsrate haben freilich auch Neuerwerbungen, vor allem die Vereinigten Kunststoffwerke GmbH, beigetragen. Ohne sie verbliebe ein Plus von 5 Prozent, das immer noch über dem Branchenschnitt liegt.

Auch im schwierigen Jahr 1982 hat die Deutsche ICI gut abgeschnitten. Die Umsätze der 4700-Mitarbeiter-Gruppe nahmen um 7 Prozent auf 2,0 (1,9) Mrd. DM zu, die GmbH kam auf einen Zuwachs um 11 Prozent auf 1,7 (1,5) Mrd. DM. Produktionsabnahmeverträge mit den Wilhelmshavener PVC-Töchtern sorgten dafür, daß die *„erheblichen Verluste" von dort direkt* in die GmbH-Rechnung gelangten. Die Folge: Der Jahresüberschuß schrumpfte um 44 Prozent auf 75 (133) Mill. DM.

Trotz spürbarer Mengeneinbußen im Fasergeschäft (minus 11 Prozent Ausstoß) blieb dieser Bereich mit 28 (30) Prozent Umsatzanteil in den schwarzen Zahlen. Auch der Arzneimittelbereich (14 nach 13 Prozent vom Umsatz), der seinen Umsatz um 14 Prozent steigerte, trug zum Gewinn bei. Im Farbenbereich (wiederholt mit 11 nach 13 Prozent vom Umsatz) blieb das Ergebnis nach Mengeneinbußen unbefriedigend. Im Kunststoffgeschäft (PVC mit 12 nach 13 Prozent Umsatzanteil) waren die Verluste beträchtlich.

Stoevesandt rechnet erneut mit Rückgang

dos. Rinteln

Die seit Mitte 1980 andauernde ungünstige Entwicklung für die deutsche Behälterglasindustrie führte bei der Gebrüder Stoevesandt AG, Rinteln, im Geschäftsjahr 1982 zu einem Absatzrückgang um 3 Prozent. Der Spirituosenflaschenabsatz allein verringerte sich nach Angaben des Vorstands sogar um 7,7 Prozent und ließ den Umsatz um 5,5 Prozent auf 41,5 (43,9) Mill. DM schrumpfen. Das deutlich zurückgegangene Betriebsergebnis wurde allerdings durch das neutrale Ergebnis überkompensiert, so daß ein auf 0,73 (0,48) Mill. DM erhöhter Jahresüberschuß ausgewiesen werden konnte. Daraus soll wieder – nach Einstellung von 0,25 Mill. DM in die freie Rücklage – eine Dividende von 12 Prozent auf 4 Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet werden.

In den ersten vier Monaten dieses Jahres mußte das Unternehmen einen Absatzrückgang von 8 Prozent hinnehmen. Der Vorstand rechnet deshalb mit einer weiteren Verschlechterung des Betriebsergebnisses. Entlastend dürfte sich allerdings die Realisierung des Investitionsprogramms im Energiebereich (4,2 nach 2,4 Mill. DM) auswirken.

HERAEUS / Höhensonnen-Geschäft verkauft

Anpassung von Kapazitäten

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Jürgen Heraeus, Geschäftsleitungsvorsitzender der W. C. Heraeus GmbH, Hanau, hofft für 1983 wieder auf erfreulichere Ergebnisse. Im vergangenen Jahr sind die Ertragsziffern des Familienkonzerns durchweg um ein Fünftel zurückgegangen – der Jahresüberschuß erreichte nur noch 20 (26,5) Mill. DM –, nicht zuletzt Folge der „tiefen Rezessionsspuren" bei den US-Töchtern.

Auch beim Umsatz erwartet Heraeus wieder ein leichtes Wachstum. *Im Industriegeschäft, also ohne* den stark schwankenden Edelmetallhandel, soll es im Gesamtjahr etwa 3 bis 4 Prozent erreichen, nachdem die ersten fünf Monate mit einem Plus von 7 Prozent schon für eine gewisse Vorlage gesorgt haben. Einschließlich des Edelmetallhandels nahm der Umsatz bis Ende Mai um 15 Prozent zu, insgesamt sollen 1983 rund 2,5 bis 2,6 Mrd. DM umgesetzt werden.

Gegenüber den 3 (2,4) Mrd. DM des Vorjahrs bedeutet das auf den ersten Blick einen kräftigen Rückgang. Doch der Umsatz 1982 war von der Preisentwicklung und einigen Sondergeschäften auf den Edelmetallmärkten aufgebläht. Ohne den Edelmetallhandel, der fast 60 Prozent des Konzernumsatzes trug, hätte das Plus nur noch bei 1,2 Prozent gelegen. Und ohne die erstmalige Konsolidierung von drei neuen Töchtern (zwei in Hongkong, eine in den USA) wäre gar ein Minus von 1,6 Prozent auszuweisen gewesen.

Der Ertragsdruck zwinge zur „schnellen Anpassung von Kapazitäten und Kosten", meint Heraeus. Zwar ließen die Auslandsakquisitionen die Konzernbelegschaft auf 6400 (6200) Mitarbeiter wachsen. Die Zahl der Inlandskräfte jedoch ging auf 5420 (5500) zurück. Auch die Konzernstruktur wurde bereinigt.: Das Höhensonnen-Geschäft, das unter der Marke „Original Hanau" dem Unternehmen einst Weltruf verschaffte, wurde an den schwedischen Electrolux-Konzern verkauft. Statt dessen hat der Nischen-Konzern sein Spezialitäten-Sortiment weiter ausgebaut.

SHW: Investitionen kräftig aufgestockt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Schwäbische Hüttenwerke GmbH (SHW), Wasseralfingen, an der die GHH und das Land Baden-Württemberg je zur Hälfte beteiligt sind, hat als Folge der Abschwächung der Nachfrage auf zahlreichen Absatzmärkten im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 3.) einen Rückgang des Brutto-Umsatzes (ohne Erlösberichtigungen) um 9,2 Prozent auf *278 Mill. DM hinnehmen* müssen. Wie es in einer ersten Übersicht heißt, hätten sich in erster Linie die Sparten Blankstahl, einige Erzeugnisse für die Autoindustrie und Lieferungen für die Bundesbahn negativ entwickelt.

Es werde erneut eine deutliche Stärkung der Reserven des Unternehmens möglich sein. Für 1981/82 war nach Einstellung von 2,1 Mill. DM in Sonderposten mit Rücklageanteil ein Jahresüberschuß von 0,16 Mill. DM ausgewiesen worden, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. In 1982/83 waren die Investitionen mit 12,2 (Vorjahr: 6,8) Mill. DM kräftig aufgestockt worden.

HEIMSTATT / Zuversicht nach schweren Zeiten

Freundliches Bausparklima

DANKWARD SEITZ, München

Nach den schwierigen Jahren 1981 und 1982 spürt die Heimstatt Bausparkasse AG, München, wie die gesamte Branche ein wieder freundlicheres Klima. Wie Vorstandsmitglied Gottfried Hofmann mitteilte, stieg das Neugeschäft im ersten Halbjahr 1983 um 13 Prozent gemessen an der Vertragszahl und um rund 7 Prozent in der Bausparsumme. Insgesamt sei man zuversichtlich, daß sich dieser günstige Trend im Laufe dieses Jahres verstetigen wird.

Bedingt durch die Hochzinsphase und die schwierigen konjunkturellen Verhältnisse konnte die Heimstatt 1982 deutlich weniger neue Bausparverträge abschließen. Das eingelöste Neugeschäft blieb mit fast genau 18 000 Verträgen über eine Bausparsumme von rund 656,8 Mill. DM nochmals um 18,3 bzw. 18,1 Prozent unter dem Vorjahresergebnis, das schon um fast 28 Prozent niedriger ausgefallen war. Der Vertragsbestand stagnierte mit 234 279 (233 142) Verträgen bei rund 8,7 Mrd. DM. Die Einlagen stiegen auf 1,19 Mrd. DM (plus 2,2 Prozent) und die Darlehen ebenfalls um 2,2 Prozent auf 1,03 Mrd. DM. Zugeteilt wurden 10 796 Verträge über 400,6 (446) Mill. DM. Sparbeiträge und Tilgungszahlungen erreichten ebenfalls 400 Mill. DM. Trotz der hohen Arbeitslosigkeit betrugen die Rückstände 0,1 Prozent vom Darlehenskapital, eine „erstaunlich geringe Marke", wie Hofmanm betonte.

Der Jahresüberschuß der Heimstatt erhöhte sich auf 4,56 (3,87) Mill. DM. In die offenen Rücklagen fließen daraus 0,5 (0,9) Mill. DM, so daß die Eigenmittel mit rund 51 Mill. DM nun 3,95 (3,83) Prozent der Bilanzsumme ausmachen und den Darlehensbestand nahezu mit 5 Prozent abdecken. Auf das Grundkapital von 10 (8) Mill. DM wird eine unveränderte Dividende von 12 Prozent und wieder ein Bonus von 4 Prozent ausgeschüttet.

VAW / Das dritte Baissejahr mit Hilfe stiller Reserven glimpflich überstanden

Bei Aluminium Verlustzone verlassen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Um 60 Prozent sind seit Anfang 1983 die Erlöse der Hüttenaluminiumproduzenten wieder gestiegen. Der ähnlich drastische Verfall der Marktpreise in 1982 bis hinab auf nur noch knapp zwei Drittel der Gestehungskosten ist wieder aufgeholt. Die Verlustzone der Produzenten ist vorüber. Ihre Lieferungen liegen im 1. Tertial 1983 wieder um 7 Prozent über Vorjahresniveau. Ihre Bestände haben sie seit dem 1982er Gipfel um 10 Prozent auf schon fast normales Niveau von 2 Mill. t abgebaut. Zumal die marktführenden Nordamerikaner, *bei denen die Umkehr zum* Aufschwung früher und kräftiger als in Europa einsetzte, rechnen für den Rest des Jahres mit noch zunehmender Aufschwungtendenz.

Mit solchen und anderen schönen Daten mehr schildert Rudolf Escherisch als Vorstandsvorsitzender des Bundesunternehmens Vereinigte Aluminium-Werke AG (VAW), Berlin/Bonn, die Erholung der Aluminiumindustrie der freien Welt aus dreijähriger Talfahrt, die seit 1979 den Hüttenaluminiumverbrauch um 2 Mill. Jato oder rund ein Sechstel reduziert hatte. Mit von der Partie sind bei der Wende die deutschen Produzenten, unter denen VAW mit Anteilen von 50 Prozent an der Erzeugung und knapp 40 Prozent an der Marktversorgung *(nebst zugekaufter Handelsware)* der weitaus größte ist. Zwar noch nicht so kräftig wie in Nordamerika, aber umgekehrt war auf dem deutschen Markt auch die Talfahrt nicht so stark.

Nebst Verarbeitungsbereich, der 75 Prozent der eigenen Hüttenerzeugung aufnimmt, hat die VAW-Gruppe nach noch „stark defizitärem" *1. Tertial* im Mai die Gewinnschwelle wieder erreicht. Escherisch zeigt nun einen „gewissen Optimismus" für den Rest des Jahres und auch für 1984. Vorerst geht das aber nur bis zur Prognose eines „gut ausgeglichenen" Abschlusses für 1983. Von der Rückkehr zu einer Dividende, die VAW dann im zwölften Jahr nacheinander nicht *mehr auf das der Viag gehörende* Aktienkapital (315 Mill. DM) gezahlt haben wird, ist vorerst nicht die Rede. Dies vor allem, weil sich die Metallpreiserholung nur nach und nach im Marktpreis der Verarbeitungsprodukte durchsetzen läßt.

In 1982 hat VAW einschließlich eines letztmals von der Viag direkt übernommenen Organschaftsverlustes von 34,9 (49) Mill. DM ihrer (ab 1983 auf die AG umgewandelten) „Leichtmetall"-Verarbeitungstochter mit einem Verlust von 59 (37) Mill. DM abgeschlossen. Der wahre Ergebnisrückgang von „mehr als 100 Mill. DM" wurde durch Auflösung stiller Reserven (besonders bei Rückstellungen und Importwarenabschlag) abgemildert.

Insgesamt, so das Urteil des VAW-Chefs, sei man mit diesem Abschluß für das dritte Rezessionsjahr der Branche noch „glimpflich davongekommen". Glimpflich sieht für VAW vorerst auch noch die dicke Sorge aus, die mit dem Auslaufen der alten Stromverträge gegen Ende dieses *Jahrzehnts heraufzieht. Die Hütten* Töging (80 000 t mit konzerneigenem Wasserkraftstrom) und Rheinwerk Norf bei Neuss (200 000 t mit RWE-Strom aus eigener Braunkohle) können auf jeden Fall überleben.

Für die norddeutschen VAW-Kapazitäten Stade und Hamburg aber trifft in den 90er Jahren das der Branche insgesamt drohende Strompreisdebakel zu: Orientieren sich die neuen Strompreise an den Kosten neuer Kernkraftwerke, so bedeutet es mehr als eine Verdoppelung des Strompreises und damit das Aus für alle Hütten, die auf solcher Basis ihre energieintensive Produktion betreiben müssen.

VAW-Gruppe	1982	± %
Alu-Produktion (1000 t) *)	352	– 0,3
Alu-Absatz *)	303	– 7,3
Umsatz (Mill. DM)	3 257	+ 2,2
Belegschaft	16 494	– 5,1
Personalaufwand	801	– 4,9
Gesamtinvestitionen	293	– 30,0
Netto-Cash flow	267	– 11,7
Zinsaufwand (Saldo)	185	– 2,1
AG-Jahresergebnis	–21,3	[illegible]

*) Hüttenaluminium einschl. [illegible] anteil an Hamburger Aluminium-Werk GmbH.

FAG KUGELFISCHER / Im Jubiläumsjahr wird Familiengesellschaft umgewandelt

Größe bedingt breitere Kapitalbasis

DANKWARD SEITZ, München

Genau 100 Jahre hat die FAG Kugelfischer Georg Schäfer & Co., Schweinfurt als reines Familienunternehmen alle Höhen und Tiefen durchgestanden. Ausgerechnet im Jubiläumsjahr überrascht nun der traditionsbewußte Familienclan mit den Entschluß, sich zum Start ins zweite Jahrhundert zu einem erheblichen Teil aus dem Unternehmen zurückzuziehen und den Weg zu einer Publikumsgesellschaft freizumachen. Die bisher als KG geführte Mutter des Kugelfischer-Konzerns wurde jetzt, wie Seniorchef Otto Schäfer vor der Presse mitteilte, rückwirkend zum 1. Januar 1983 in eine KGaA umgewandelt.

Um, wie vorgesehen, Anfang 1985 an die Börse gehen zu können, sind folgende Schritte geplant: Bis zum Jahresende 1983 wird das Aktienkapital (105 Mill. DM) noch voll im Besitz der Familie Schäfer bleiben. Dann werden sich im Rahmen einer Kapitalerhöhung – gedacht wird an eine Größenordnung von 50 bis 70 Mill. DM – an FAG vier Banken beteiligen, und zwar die Bayerische Vereinsbank, die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, die Dresdner Bank sowie die Commerzbank. Um Kurspräjudizierungen zu vermeiden, ist diese Kapitalerhöhung, so Schäfer, zu pari geplant. Zur Börseneinführung sollen dann die Banken die von ihnen gehaltenen Aktien einem breiten Publikum zum Kauf anbieten.

Zu welchem Kurs die FAG-Aktie angeboten werden könnte, darüber wollte sich Schäfer ebensowenig äußern, wie über die geplante künftige Kapitalausstattung des Unternehmens. „Wir möchten gerne", so Schäfer, „ein vernünftiges und angemessenes Eigenkapital und hoffen, ein reizvolles Papier auf den Markt bringen zu können." Beiläufig wurde jedoch angedeutet, daß an eine Eigenkapitalquote von etwa 20 Prozent der Bilanzsumme (1,68 Mrd. DM) gedacht wird, was bedeuten würde, daß die Aktie zu einem Kurs von 300 Prozent angeboten werden müßte.

Auch wenn sich die Familie Schäfer jetzt weitgehend aus der Unternehmensleitung zurückzieht, will sie künftig die Kapitalmehrheit und damit entscheidenden Einfluß behalten. Seniorchef Otto Schäfer wird wie sein Sohn Otto und sein Neffe Georg in den Aufsichtsrat eintreten und dessen Vorsitz übernehmen. Sein Neffe Fritz Schäfer wird als persönlich haftender Gesellschafter die Geschäfte bei der FAG KGaA leiten.

Den Umwandlungsbeschluß begründete Schäfer damit, daß FAG in eine Größenordnung hineingewachsen sei, die eine breitere Kapitalbasis notwendig mache. Dies vor allem auch deshalb, um die künftigen Investitionsvorhaben abzusichern. Liquidität alleine habe man genügend zur Verfügung gehabt. Daß man allerdings in den letzten Jahren unter den hohen Zinsen zu leiden hatte, wird eingestanden. In der konsolidierten Bilanz 1982 stehen immerhin noch kurz- und langfristige Bankschulden mit 694 (758) Mill. DM zu Buche.

Deutlicher wird da der neue Sprecher der Geschäftsführung, Fritz Schäfer. Ziel des Unternehmens sei wie in der Vergangenheit eine Wachstumsrate von 3,5 Prozent. Da aber der Wälzlager-Markt gesättigt sei und nur noch real um bis zu 1 Prozent wachse, könne dieses Ziel nur durch Produktivitätssteigerung und stärkere Diversifikation erreicht werden. Schon heute entfalle ein Viertel des Umsatzes auf Diversifikationsprodukte; dieser Anteil soll in sechs Jahren bei etwa einem Drittel liegen. Eine Basis dafür sei der Investitionsplan, der Ausgaben bis 1988 in Höhe von rund 750 Mill. DM (1977 bis 1982: 690 Mill. DM) vorsieht.

Nach dem schweren Jahr 1982 sieht Schäfer jetzt „ermutigende Anzeichen für eine Konjunkturbelebung" vor allem im zweiten Halbjahr 1983. Zwar sei der Umsatz per Ende Mai in der Inlandsgruppe um 3,9 Prozent auf 796 Mill. DM zurückgegangen, doch sei die Auftragslage in vielen Bereichen befriedigend. Die Kurzarbeit konnte, von Ausnahmen abgesehen, ausgesetzt werden. Insgesamt werde man es auch „unter gleichbleibenden Umständen schaffen, in schwarzen Zahlen zu bleiben".

Kugelfischer	1982	± %
Firmengruppe Welt		
Umsatz (Mrd. DM)	2,41	– 1,8
davon Ausland	1,41	– 3,0
Beschäftigte*)	29 000	– 4,0
Firmengruppe Inland		
Umsatz	1,99	– 0,4
davon Export	0,98	– 0,8
Beschäftigte*)	23 776	– 4,8
Auftragsbest. (Monate)	5,3	(7,3)
Kugelfischer KG		
Umsatz	1,80	– 1,5
davon Export	0,80	– 2,4
Firmengruppe Inland		
Wertschöpfung (Mill. DM)	1 134,0	– 6,2
Sachinvestitionen	97,8	– 23,8
Abschreibungen	117,1	– 0,5
Cash-flow	139,1	+ 7,9
Jahresüberschuß	14,0	– 37,8
dto. bei der KG	21,9	– 24,0

*) im Jahresdurchschnitt

VIAG / Nach fünf Jahren wieder Dividenden-Hoffnung

Hohe Investitionen im Bundeskonzern

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit mehr Optimismus auch für die Ertragsentwicklung sieht Vorstandsmitglied Werner Lamby im Vergleich mit 1982 die Aussichten des von der Holding Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (Viag), Berlin/Bonn, geführten Bundeskonzerns für 1983. Er läßt sich bereits zu der Prognose hinreißen, daß man auf das Holding-Aktienkapital, das dem Bund und als Minderheitsaktionär der Kreditanstalt für Wiederaufbau gehört und seit 1978 dividendenlos blieb, für 1983 erstmals wieder eine Dividende ("aber gewiß unter 10 Prozent") zahlen werde.

Wachstum zeigt der auf den drei Säulen Energie, Aluminium und Chemie ruhende Konzern auf 1982 mit seinem zur Hälfte preisbedingten Anstieg des Außenumsatzes auf 5,88 (5,47) Mrd. DM.

Bei anteiliger Mitrechnung der Minderheitsbeteiligungen kam die Viag-Gruppe auf 10,82 (9,65) Mrd. DM Gesamtumsatz. Übrig blieben von diesem Segen jedoch nur Jahresüberschüsse von 16 (38) Mill. DM im Konzern und 13 (11) Mill. DM bei der Holding.

Diese wiederum hat weiterhin Eigenkapitalhunger. Ihr Aktienkapital wurde 1982 auf 560 (540) Mill. DM und 1983 inzwischen weiter auf 570 Mill. DM mit jeweils 200 Prozent Emissionsagio erhöht. Das sind bescheidene Beträge im Vergleich zu den Investitionen, die in der Viag-Gruppe (wiederum beteiligungsanteilig gerechnet) im Zeitraum 1978/82 insgesamt 3,8 Mrd. DM betrugen, um 30 Prozent über den Abschreibungen lagen.

Ähnlich wird es bei den im Zeitraum 1983/87 mit 4,4 Mrd. DM und wiederum mit Schwerpunkt bei der Energiewirtschaft geplanten Gruppeninvestionen sein.

Die Holding konnte zwar 1982 trotz Wegfalls einiger 1981 verbuchter Zweijahreserträge die Summe ihrer Organschafts- und Beteiligungserträge mit 120 (132) Mill. DM einigermaßen stabil halten. Denn erstmals flossen aus der 1981 für schätzungsweise 400 Mill. DM erworbenen 50-Prozent-Beteiligung an der Duisburger Thyssengas GmbH 30 Mill. DM Erträge (nebst Steuergutschrift) zu. Zudem mußte aus dem VAW-Aluminiumbereich von dessen bis 1982 direkt an die Holding angebundener Leichtmetall-Tochter letztmals ein Organschaftsverlust von 34,9 (49) Mill. DM geschluckt werden.

Mit nun 1,24 (1,17) Mrd. DM Eigenkapital kann die Holding weiterhin nur knapp zwei Drittel ihres Beteiligungskontos finanzieren. Den Rest besorgen 600 Mill. DM Bankschulden, von denen 1983 erst die Hälfte auf mehr als vier Jahre Laufzeit umgestellt wurde. Hohe Zeit also für eine kräftige Kapitalerhöhung mit „Volksaktien"-Ausgabe?

Der Vorstand schiebt die Antwort auf diese schon alte Frage verständlicherweise auf den Eigentümer, kann sich aber mit Blick auf die langen dividendenlosen Jahre den Hinweis nicht verkneifen: „Bisher wären Privataktionäre bei uns nicht glücklich geworden." Auch in dieser Hinsicht freilich scheint die Zukunft bei der Viag nun besser auszusehen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Metall- u. Gerätebau Nordendorf GmbH, Ehingen; **Bad Berleburg:** Klingspor Beteiligungs GmbH; **Bad Schwalbach:** Nachl. d. Jost Ralf Franke, Schlangenbad-Wambach; **Berlin-Charlottenburg:** Nachl. d. Manfred Bürger; **Betzdorf:** Hans J. Weger GmbH; **Düsseldorf:** Nachl. d. Lina Bärbel Rosemarie Kürbis, Düsseldorf-Garath; **Duisburg:** Nachl. d. Hanna Lina Ditrich, Oberhausen; **Euskirchen:** Te-Ka-Bo Walter Tomberg GmbH, Meckenheim-Merl; **Hamm:** Nachl. d. Franz Hörenbaum; **Hannover:** interra-Bauträgerges. mbH Finanz- u. Betreuungs KG, Langenhagen 1; interra-Bauträgerges. mbH, Langenhagen; **Höxter:** Nachl. d. Eheleute Gisbert u. Margarete Günzel; **Lüdenscheid:** Nachl. d. Werner Zöllner, Fabrikant; **München:** Scheller-Bauisolierungen GmbH; THW Textilwaren Handelsges. mbH; TEKOBA GmbH, Fenstermontage, Fassaden- u. Innenausbau; **Regensburg:** Schütz-Kabel GmbH, Abensberg; REDAT – Datenverarbeitungsges. mbH; Nachl. d. Josef Umlauft; **Rendsburg:** Schuhhaus Benver GmbH; **Siegburg:** ubk Unternehmensberatung Knorr & Partner GmbH, Neunkirchen-Seelscheid; **Traunstein:** Hans Braxenthaler, Herren- u. Damenschneider, Freilassing; **Usingen:** Reske GmbH Handel m. Kunststoffen u. Maschinen, Grävenwiesbach 3; **Wiesbaden:** WEKA Textilges. mbH, Mainz-Kastel.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Husum: Johann Casimir Storm, Friedrichstadt; KG i. J. C. Storm, Friedrichstadt; **München:** Autohandel Schaarschmidt GmbH, Erding-Altenerding;

Vergleich beantragt: Duisburg: Oliplast GmbH Verpackungs- u. Kunststoffges., Mülheim a. d. Ruhr; **Frankfurt:** Nachl. d. Dr. med. Wilhelm Schullenberg, Arzt; **Hamburg:** David-Computer Vertriebs GmbH & Co; **Köln:** David-Computer Vertriebs-GmbH & Co.; **Mannheim:** David Computer Vertriebs GmbH; **Wesel:** Nachl. d. Dietrich Baßfeld (beschränkt auf das zum Nachlaß gehörige Betriebsvermögen), Dinslaken.

NAMEN

Heinz Schormann, Leiter der Vertriebsabteilung der WELT in Essen und einer der großen Versandexperten der Zeitungsbranche, feiert am 30. Juni den 60. Geburtstag.

Dr. Friedrich Schmeißmeier, Vorsitzender der Geschäftsführung der Gerlach-Werke GmbH, Homburg/Saar, tritt am 30. Juni 1983 in den Ruhestand. Seine Nachfolge innerhalb der Geschäftsführung für die Funktionen Verkauf, Einkauf und Personal wird ab 1. Juli **Reinhard Bauerschmidt** antreten.

Dr. Hermann R. Franz, bislang als Mitglied der Geschäftsführung Leiter des Technischen Bereichs der Polygram GmbH/B. V., Hamburg/Baarn, wurde mit Wirkung vom 1. August 1983 zum Vorstandsmitglied der Siemens AG ernannt. Am 1. Oktober 1983 wird Dr. Franz die Leitung des Werksbereichs Halbleiter im Unternehmensbereich Bauelemente übernehmen.

LEHNDORFF / Angelegtes Kapital kräftig gestiegen – Ausschüttung höher

Wertzuwachs am US-Immobilienmarkt

J. BRECH, Hamburg

Die Nachfrage nach erstklassiger Immobiliensubstanz in bester Lage auf nordamerikanischem Boden ist im Jahr 1982 weiter gestiegen. Nahezu unverändert sei dagegen das Angebot, betonen die Geschäftsführer der Hamburger Lehndorff-Gruppe, Hans Günther Abromeit und Jan van Haeften. Bei qualitativ hochstehenden Objekten bestehe sogar ein gewisser Mangel, weil potentielle Verkäufer auch Objekte ohne konsolidierte Finanzierung hielten. In den nächsten Jahren erwartet Abromeit eine Angleichung der US-Immobilienpreise an das mitteleuropäische Niveau und damit beträchtliche Wertzuwachschancen.

Für die Lehndorff-Gruppe, die zu den großen deutschen Vermögensverwaltungsgesellschaften gehört, war 1982 das bislang beste Jahr ihrer 18jährigen Geschichte. Auch unter schwierigen Bedingungen in Nordamerika sei die Ertragskraft unter Beweis gestellt worden, betont van Haeften. Bei den insgesamt 476 Renditeobjekten habe es nur geringe Leerstände und kaum Mietenausfälle gegeben. Insgesamt werden an die Kapitalgeber in den Anlagegesellschaften und an Direktinvestoren 140 nach knapp 100 Mill. DM ausgeschüttet. Die Anlagegesellschaften erhöhen die Ausschüttungen um fast ein Drittel auf 34,5 Mill. Dollar. Bezogen auf das durchschnittlich verfügbare Eigenkapital in Dollar hat sich die Ausschüttung der Gesellschaften auf 11,2 Prozent erhöht. In die Rücklagen werden 2,8 Mill. Dollar an Veräußerungsgewinn eingestellt.

Das Anlegerkapital der Lehndorff-Gruppe insgesamt erhöhte sich um 19 Prozent auf 742 Mill. Dollar, davon 419 Mill. Dollar in Grundstücksgesellschaften, 323 Mill. Dollar von Direktinvestoren. Ein erheblicher Teil des neuen Kapitals stamme von institutionellen Anlegern, betont Abromeit, wobei Pensionsfonds und Versicherungen ihre bisherigen Nominalforderungen mehr und mehr in Kapitalbeteiligungen umwandelten, um sich gegen die Inflation besser abzusichern. Diese Mittel ersetzten zunehmend die traditionelle Hypothekenfinanzierung. Bei den Anlagegesellschaften ist das Gesamtvermögen zu 46 Prozent eigenfinanziert.

Die rege Investitionstätigkeit der Gruppe schlägt sich in einem um 11,8 Prozent oder 157 Mill. Dollar höheren Gesamtvermögen von 1,52 Mrd. Dollar nieder. Der Objektbestand umfaßt 103 Shopping-Center, 298 gewerbliche Immobilien sowie 75 Wohngebäude. In den ersten 5 Monaten dieses Jahres sind weitere 110 Mill. Dollar zugeflossen, das Gesamtvermögen wuchs um 211 Mill. auf 1,73 Mrd. Dollar.

Zufriedenstellend äußert sich Abromeit auch über die seit Mitte 1982 angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten im US-Öl- und Gasgeschäft. Im ersten Jahr seien 13 Mill. Dollar Anlagekapital plaziert worden. Zwei Beteiligungsgesellschaften seien geschlossen und hätten ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Fonds Lehndorff Minerals I dürfte im ersten vollen Geschäftsjahr rund 20 Prozent ausschütten.

Die Geschäftstätigkeit in Deutschland soll weiter ausgebaut werden. In München hat Lehndorff eine neue Niederlassung gegründet. Das Geschäft in der Bundesrepublik sei schwierig, da Objekte nach den Lehndorff-Kriterien Standortqualität, laufende Rendite und Wertzuwachs Mangelware seien. Die Renditen lägen im Durchschnitt um 4 bis 5 Prozent unter denen amerikanischer Objekte.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

DIE CHANCE

für Vertreter oder Handelsfirmen als

Gebietshändler / Vertretung

für den Vertrieb eines in den USA tausendfach bewährten Gerätes, das jetzt auch in Deutschland produziert wird.

Abnehmer sind:
Sportler, Sportvereine, Ärzte, Kliniken und Privatpersonen (kein Trimm-dich-Gerät).

Beste Referenzen, Gebietsschutz, Superverdienst, zukunftssicher, Unterstützung. Bewerbungen von seriösen Personen und Firmen mit etwas Kapital für die erste Geschäftsausstattung an:

VMS-MEDIZINTECHNIK-GMBH
Vertriebsdirektion Nord, Telefon 0 41 02 / 5 66 70
Forsthof Hagen 22, 2070 Ahrensburg

Gesucht:

Handelsvertreter auf Provisionsbasis

Wir sind eine Ingenieur- und Metallbauunternehmung mit den Fertigungsabteilungen Stahlbau, Tunnelbau, Behälter- und Apparatebau, Hochregallager. Wir planen, liefern und montieren in Europa, Mittelost, Afrika und Übersee. Für die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg suchen wir zur Verstärkung der Kontakte einen Handelsvertreter mit guten Beziehungen zu Anlagebauern und Generalunternehmern.
Zuschriften erbeten unter Chiffre Nr. 41-27/37, Publicitas, CH-8401 Winterthur.

Ihre Exportchance

Wir vertreten Ihre Firma und verkaufen Ihre Produkte (Know-how)

in Asien und Middle East

Eine namhafte westdeutsche Firma sucht für weitere Vertretungen noch Firmen und Produkte (als Poolpartner), die auf den Sektoren

Industrieanlagenbau ● Tankanlagenbau
Allgemeiner Anlagenbau ● Maschinenbau ● Wassertechnik
Verbrauchsgüter ● Elektroartikel

als Produzenten tätig sind und Interesse haben, auf diesen Exportmärkten Fuß zu fassen.

Erfahrene eigenen Mitarbeiter als langjährige Repräsentanten in unseren Büros in Bagdad, Abu Dhabi, Singapur und Kuala-Lumpur garantieren mit ausgezeichneten Beziehungen zur dortigen Geschäftswelt und Regierungskreisen kurze Erfolgsanlaufzeiten.

Von uns werden auch Geschäftskontakte, Fachbauleitungen im Ausland, Marktanalysen, Lizenzverfahren und Transferverfahren durchgeführt.

ASM – ENGINEERING
Gesellschaft für Industrieanlagenplanung m.b.H.
Postfach 10 01 30, 4300 Essen 1, Tel. 02 01 / 70 60 41-43, Telex 8 579 321

Selbständigkeit

Wir sind ein Verbund von Unternehmensberatern und suchen zur Erweiterung unserer bundesweiten Aktivitäten für die Postleitzahlgebiete 1 bis 3 per sofort weitere kaufmännisch gut ausgebildete Damen oder Herren, die ein geschütztes Gebiet selbständig bearbeiten sollen. Es werden hohe Anforderungen gestellt, es bieten sich jedoch gute Verdienstmöglichkeiten. Sie sollten über Eigenkapital verfügen.
Weitere Informationen:
H. Pähler, Rothenbaumchaussee 99, 2 Hamburg 13, Tel. 0 40 / 4 10 24 40.

Hilfe in U. S. A.

Wahrung Ihrer Interessen, Überwachung Ihrer Aufträge. Suche nach Verbindungen, kommerziell oder privat, in Finanz, Handel, Industrie, Immobilien. Prompt, zuverlässig, diskret.
TOICO-GLOBAL, Ltd.
4293 Inlet Road
Atlanta, Ga., 30066 USA
Tel.: 4 04 / 9 28-40 56.

Kaufangebot!

Für ein ges. gesch. markteingef. Erzeugnis aus Alu-Blech, das dem Umweltschutz dient, bieten wir das Know-how sowie alle Rechte u. Produktionseinrichtungen zum Kauf an. Kaufpreis: 1 Mio.
Zuschr. u. PK 46 446 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

Lukrative

Haupt- oder Nebenbeschäftigung

(keine Versicherungen oder ähnliches) für Frauen + Männer. Wichtig: Vorbildung = nein, Intelligenz = ja, nette Persönlichkeit = ja, wirkliches Interesse = ja. Sie kriegen keinen Pfennig geschenkt, können aber sehr viel verdienen. Zuschriften mit kurzem Lebneslauf. Angebote erb. unter T 7786 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Handelsunternehmen

erfolgreich im Vertrieb von Bürokopierautomaten mit angeschlossener Werkstatt und Kundendienst, sucht langfristig neues techn. Vertriebsprogramm, z. B. Alarmanlagen o. ä. i. Raum Düsseldorf-Krefeld.
Tel.: 0 21 51 / 56 20 10

Sommer-Hit '83

Aerobic-Ball, Massenartikel, höchster Tagesumsatz auf Messen und an Stränden bisher 500 Stück zum Vk. von DM 19,80.

Dringend Vertriebspartner gesucht, Verdienstmöglichkeiten noch in dieser Saison TDM 120 bis 150.

Media-Sport
Postfach 161, 7753 Allensbach

Luxemburger Treuhand- und Verwaltungsfirma empfiehlt:
Wir empfehlen unsere Europa-Firmen-Konzeption zur optimalen Ausnutzung von internationalen Steuermöglichkeiten, unter Erwerb einer

Luxemburger Holding AG

welche unter gesetzlich festgesetzten Voraussetzungen steuerfreie Ausschüttung genießt. Verwaltung, Geschäftssitz wie Repräsentation kann durch uns erfolgen. Hervorragend auch für Vermögensverwaltungen geeignet: Festpreis für komplette Holding und Beratung = DM 25 000,–.
Vertraul. Anfragen u. W 7789 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Fachberatung für den Personalbereich

Diplom-Ökonom u. Dipl.-Betriebsw. Herbert Siebecker, 563 Remscheid 11, Schneppendahler Weg 5, Tel. (0 21 91) 6 26 93 – langjährige Beratungserfahrung – bietet interessierten Unternehmen und Managern Hilfe bei Vakanzenbesetzungen, Vergütungs- und Vertragsfragen (In- und Ausland) sowie sonstigen Personalfragen an.

Standort Madrid

Dipl.-Volkswirtin, Deutsche, seit 10 Jahren freiberufl. tätig mit Wohnsitz Madrid sucht Zusammenarbeit mit deutschen Firmen (Vertretung, Tourismus u. ä.).
Ang. erb. u. K 7691 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Wir suchen eine

Time-Sharing-Organisation

die in der Lage ist, ein **erstklassiges Objekt** mit hervorragendem Standort und Erweiterungsmöglichkeiten an der **Côte d'Azur** zu vermarkten.
Zuschr. erb. u. L 7692 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Viels. techn.-wissensch. interess. jg. Mann

i. R. Würzbg., möchte event. in Zusammenarbeit m. e. Firma i. lukr. Heimarb. ein Produkt herst., be- od. verarb. In Fr. k. ledigl. e. geräuscharme Technologie. Elektroanschl. ca 20 kW sowie Räumlichk. s. vorh. Zuschr. unt. R 7696 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Suche Exporteur u. Vertriebspartner

für Bundesrepublik u. Europa. – 80° Celsius Tiefkühllagertruhen, Spitzenqualität, tropenfest, überkompl., F. O. B. Hamburg, DM 6900,–.
T. 0 40 / 39 53 30

Hohe Provision für die Vermittlung von Werbeaufträgen (auch für erfolgreiche Akquisitionstips)
Tel. 0 40 / 2 71 33 42

Warum Sie immer noch nicht das „große Geld" verdienen?

Wir zeigen Ihnen, wie Sie mit wenig Einsatz solide Erträge erzielen und bieten Beweise dafür. Sie verbessern Ihre Informationssituation entscheidend: **Allendorf Organisierer's, Bruckfeldstr. 42, 6000 Frankfurt 71.**

GmbH-Gründung? Engl. Gesellschaft (Ltd.) od. deutsche GmbH?

Wir beantworten Ihre Fragen in diesem Zusammenhang. Selbstverst. liefern wir auch Ihre Ltd. zur Lösung Ihrer priv. u. geschäftl. Probleme.
Lynnwood Properties Ltd.
Postf. 37 23, D-3300 Braunschweig

Achtung, Schausteller!

Existenzübernahme (mod. Fahrgeschäft).
Anfragen unter K 7757 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Aus Konkurs und Lagerräumung

WIR KAUFEN (fast) ALLES

wenn der Preis stimmt; z. B.: Badewannen, Heizkörper, Kühlschränke, Waschmaschinen, E-Herde, TV-Geräte, Möbel, Ledermäntel u.-jacken etc. etc. NUR schriftliche Angeb. m. Preisidee an EFGE-Warenhandel, L.-Wilh.-Str. 17, 7570 Baden-Baden 1

Zur Marktverwertung

2 patentreifer Artikel, vorwiegend für den Bau verwendbar, wird solventer u. seriöser Partner gesucht.
Zuschr. u. B 7904 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Übernehme Vertretung

Beratendes Ing.-Büro für den Tiefbau, Schwerpunkt: Unterhaltung, Sanierung und Abdichtung von wasserbaulichen Anlagen übernimmt Vertretung.
Angebote unter U 7787 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Biete im mittleren Ruhrgebiet

Büro, Telefon, Lager, Lkw und Pkw. Suche Auslastung als Auslieferungslager o. ä.
Zuschr. u. A 7903 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

KURIERDIENST INTERNATIONAL

HPE

Tel. 0 55 61 / 7 10 36
H&P: 3352 Einbeck, Rabbethgestr. 4
Haben Sie wichtige Geschäftsunterlagen, Nachrichten, Dokumente oder wertvolle Gegenstände zu versenden, dann wenden Sie sich vertrauensvoll an uns.

Existenz – Ein Geschäft haben, ein Geschäft machen

Mit der Exklusivlizenz für unsere Klein- und Mitteltresore erhalten Sie beide Möglichkeiten. Schließen Sie die Marktlücke bei Firmen- und Privatkunden. Ab DM 7500,– EK.
Zuschr. bitte u. A 7771 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Anlageberater Vertriebspartner

Durch jahrelange Erfahrung in der Konzeption von Bauherrenmodellen bieten wir jetzt

- hohe Steuervorteile
- seriöse Kundenbetreuung
- solide Bauqualität
- erstkl. Objektstandorte
- WP-testierte Prospekte
- WP-Gutachten über genehmigte Steuervorteile
  - Einkommensteuer
  - *Mehrwertsteuer*
- externer Treuhänder

Wenn Sie an der langfristigen und erfolgreichen Zusammenarbeit mit uns interessiert sind, sollten wir uns kennenlernen. *Über 2000 Bauherren* entschieden sich bereits für unsere Objekte.

G&B
Telefon 02 11 / 32 72 69
Düsseld. Mo-Fr 9-17 Uhr



Investor und Betriebsgesellschaft gesucht für Hotelprojekt in Kitzbühel

100–150 Zimmer in bester Zentrumslage. Grundsätzliche Genehmigung für die Errichtung des Hotels liegt vor.

Zuschriften erbeten unter U 7721 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Expert-Consulting – Südafrika-USA

Durch überstarke Expansion vergeben wir

newcomern

der Branche für den nord- und süddeutschen Raum sowie Österreich und Schweiz selbständige Niederlassungen. Startkapital in Höhe von DM 15 000,– erforderlich. Wir erwarten nur ernstgemeinte Zuschriften:
ITC International Trading Corporation
Bonderfer Str. 14, 5000 Köln 51 (Marienburg)
Tel. 02 21 / 38 28 90, Telex 8 881 611 sad-d

Neuartiges patentiertes

Hallenbausystem

für Reit-, Sport- u. Lagerhallen, bes. geeignet zur kostengünstigen Überdachung von Tennisplätzen, da minutenschneller autom. Auf- und Abbau bei Regen oder Sonne. Lizenznehmer, evtl. Käufer d. Pat. ges. Zuschriften unt. V 77 88 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Werden Sie

Vers.-Finanzmakler

Nettoverdienst ca. 130 000,– DM p. a. Großes, überregional tätiges Maklerunternehmen sucht zur Ausweitung seiner Geschäftstätigkeit fähige, seriöse Mitarbeiter, die selbständig ein Maklerbüro leiten können. Erforderliches Kapital für Werbung, Erstausstattung und Einarbeitung DM 10 000,–.
Zuschr. unter Z 7770 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

mk – Zeitmanagement

Personalvertretung – Problemlösungen für Mittelstand und Kleinunternehmen

- Befristeter Einsatz von Führungspersonal
- Kurzfristige Unterstützung von Führungspersonal
- Reisevertretung

● Beratung in Fragen der Unternehmensführung
● Entwicklung von praxisbezogenen Konzeptionen
● Unterstützung beim Umsetzen neuer Lösungen

mk-Zeitmanagement, Postfach 76 21 65, 2000 Hamburg 76
Tel. 0 40 / 2 70 22 22

STELLENGESUCHE

Zukünftiger Jung-Unternehmer

(30), Banklehre, zügiges Jura-Studium mit zweitem Staatsexamen abgeschlossen, Praxis in Industrie und Dienstleistung, möchte in Vorbereitung auf seinen späteren Einsatz im firmeneigenen Betrieb für mehrere Jahre

unternehmerische Allround-Erfahrung in der mittelständischen Industrie bei flexibler Dotierungserwartung

erwerben. Er bringt mit: ausgeprägte Neigung zu Wirtschaft, Betriebswirtschaft, Vertrieb und Finanzen, technisches Interesse, Bereitschaft zu Auslandseinsatz (gutes Englisch und Französisch) sowie den erklärten Willen zum Lernen und zur Leistung.

Vertrauliche Kontaktaufnahme erbeten über **Personalberatung E. Theurer, Postfach 86, 6140 Bensheim 1.**

Finanzierung/Controlling

Diplom-Kaufmann, 30 J., mehrjährige Berufs- und Führungspraxis in größerem, international tätigen Industrieunternehmen im Finanz- und Rechnungswesen, in Auftrags- insbesondere Exportfinanzierung, Controlling von Beteiligungsgesellschaften z. Z. Bereichsleiter (Hbv), Credit-Controlling, möchte sich verändern und sucht verantwortungsvolle, ausbaufähige Aufgabe im Raum Bremen, Hamburg, Hannover.
Zuschr. erb. u. M 7781 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

SÜDAFRIKA / AUSTRALIEN

Exportmanager, 36 J., Engl., Afrikaans, Franz., erf. Praktiker: Anlagen- u. Handelsgeschäft, langj. Markt- u. Landeskenntn. inkl. Anrainerstaaten, R.S.A.-Permits vorh., sehr gute Verbindungen, sucht Filialleitung: Aufbau od. Übernahme. Beteilig. mögl.
Angeb. u. A 7683 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Schweden

Unternehmensberater – Maschinenbautechniker – 53 Jahre, deutscher Geburt, mit schwedischem Abitur und schwedischer Dipl.-Ing. (Civ.-Ing.), seit 28 Jahren in der schwedischen Industrie in leitenden Stellungen tätig, sucht neue Aufgaben in Skandinavien, gerne auf freiberuflicher Basis. Englisch und Deutsch perfekt in Wort und Schrift, gute Kenntnisse auch in Französisch und Italienisch.

Zuschriften erbeten unter D 7774 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Secretary/Assistance

3 years commercial apprenticeship German/English/Portuguese (German/English Sharthand), several years abroad is looking for an interesting job.
Y 7769 WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt grad.

31 J., verh., Bank-Kfm.-Lehre, 5 J. Tätigkeit i. Steuerbüro, z. Zt. Geschäftsführer von zwei kleinen Firmen, ideenreich, sucht Auslandstätigkeit i. d. USA. Zuschr. erb. u. PO 46677 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Dipl.-Betriebswirt

26 J., verh., Prädikatsexamen (Steuer- und Rechnungswesen), 3 J. tätig im Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsbüro, sucht neuen Wirkungskreis. Angebote unter M 7693 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing. (TH)

Maschinenbau, 30 J., ortsung., Studium an der RWTH Aachen, Dipl.-Note gut, Studienrichtung Kraftfahrwesen/Agrartechnik, sucht zum 1. 8. 83 ausbaufähige Anfangsstellung in Entwicklung und Konstruktion.
Zuschr. erb. u. R 7762 an WELT-Verlag, *Postf. 10 08 64, 4300 Essen.*

Junge, engagierte

Hauswirtschaftsleiterin

sucht neuen Wirkungskreis. Zuschr. erb. u. PU 46 682 an WELT-Verlag, Postfach 2000, Hamburg 36.

Sekretärin/Assistentin

abgeschl. kfm. Lehre, Deutsch, Engl., Portug., (deutsch/engl. Steno), mehrj. Auslandsaufenthalte, sucht neuen Wirkungskreis im Raum Hamburg.
Angebote erbeten unter L 7780 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Serviererin

mit langjähriger Berufserfahrung, sucht neuen Wirkungskreis. Jahresstellung bevorzugt.
Ang. erb. u. G 7777 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkauf/Vertrieb

Gebietsverkaufsl., 38 J., verh., Wohnort Großraum 3000, Handelsfachwirt. 17 J. Vertriebserfahrung im Pharmaber. (Apoth.) sowie in Orga, Kontrolle, Schulung. Arbeitsfreudig, selbständig, verantwortungsbew., belastb., sucht neuen Wirkungskreis zum 1. 8. 83 im Verkauf/Vertrieb im Pharma o. a. Bereich.
Angebote unter G 7689 an WELT-Verlag, *Postf. 10 08 64, 43 Essen.*

Junger, 25jähriger

Groß- und Außenhandelskaufmann

mit 3jähriger EDV-Erfahrung, Programmierkenntnissen in Cobol und FDS f. Wirtschaft, sucht Stelle als Substitut.
Angeb. erb. u. P 7783 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm.

26, ledig, Studienschwerpunkte: Betriebsinformatik, Marketing, Personalwesen, Wirtschaftspolitik, Abschlußnote 2, sucht Erstanstellung, vorzugsweise Düsseldorf/Ruhrgeb.
Zuschr. u. C 7905 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Druck-, Verpackungs-, Displayfachmann

langj. Erfahrung im Ein- und Verkauf, sucht neuen Aufgabenbereich per September 1983.
Zuschr. erb. u. Y 7791 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

England – Geschäftsführer

Deutscher, 44, z. Zt. GF in England, sucht gleiche Position.
Angebot mit Gehaltsangabe unter F 7776 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Betriebswirt

26 J., Schwerpunkt Marketing und Werbung, Prädikatsexamen, gute Englisch- und Französisch-Kenntnisse, sucht interessantes Aufgabengebiet im In- oder Ausland.
Ang. erb. u. E 7775 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dt. Arzt

33 J., verh., Appr. 6/83, mit wirtschaftswiss. Kenntnissen (Dipl. rer. pol.), sucht geeignetes Betätigungsfeld. Angeb. erb. u. K 7779 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Staatl. geprüfter Malertechniker

mit 5 Hochbausemestern frei.
Zuschr. erb. unter Z 7792 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsprofi

EDV-Hard- u. Software, hat auf freiberufl. Basis im Raum PLZ 2 u. 3 Kapazität frei. Zuschr. erb. u. P 7695 an WELT-Verlag, Postfach *10 08 64, 4300 Essen*

Dipl.-Textil-Designerin (grad.)

30 J., m. 3jähr. Erf. im Webdesign, 5jähr. Industriepraxis als Coloristin, sucht verantwortungsv. Position. Zuschr. erb. u. PM 46859 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Dipl.-Ing.

43, Ing.-Bau u. Wasserbau, Schweiß-Faching. u. Sicherheitsing., Schein C, sucht lukrative Tätigkeit Raum Süddeutschl.
Zuschr. erb. u. M 7759 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen oder Tel. 0 72 47 / 66 24.

Viels. interess. Elektromechaniker

35 J., a. d. R. MSP m. langj. Berufserf. in Elektronik, Steuerungs- u. Regelungstechnik, Antriebstechnik, s. n. Wirkungskr. Übern. e. Kundendienstniederl., Heimarbeit o. ä. mögl., da Räumlichk. vorh. Zuschr. unt. H 7690 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing. FH

sucht Tätigkeit im engl. sprechend. Afrika oder Asien. 34 J., verh., praktisch veranlagt, mit Facharbeiterbrief. Studium der Verfahrenstechnik, Erfahrung im Maschinenbau, Entwicklung u. Versuch. Projektleitung einer Notstromanlage für Kernkraftwerk.
Angebote erbeten unter R 7784 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chemie-Export-Kaufmann

Afrika/Mittl. Osten/Asien/Pazifik, 29 J., Hamburger Lehre, in ungekündigter Stellung, sucht ausbaufähige Position in Hamburg per 1. 10 oder 1. 1. 84, auch Bereich Düngemittel/Zuckerexport. Reisetätigkeit erwünscht.
Zuschr. erb. u. PZ 46684 an WELT-Verlag, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stelle für:
Bundesanstalt für Arbeit

Personalfachmann

36, Pädagoge z. Zt. Promotion, Kenntn. in Wirtschaft, Lehre, Forschung, Therapie, EDV. Sucht Aufgabe in Stabsfunktion, Personalwesen-Management, Unternehmensberatung oder als Assistent der Geschäftsleitung.

Auskünfte erteilt: Herr Schulte
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-293, FS 292673

Geschäftsführer/Vorstandsmitglied

45 Jahre, ortsungebunden, Marketing- und Vertriebsfachmann, über 10 Jahre erfolgreich in Führungsposition in der Getränkebranche (70 Mill. Umsatz) tätig, sucht sich aus persönlichen Gründen zu verändern.
Kontaktaufnahme bitte unter H 7778 an WELT-Verlag, *Postfach 10 08 64, 4300 Essen.*

Geschäftsführer Vertrieb

Metallverarbeitende Industrie

Dipl.-Kfm., 54 J., verh., hoch belastbar, einsatzfreudig, kontaktstark, regional flexibel, langjährige Erfahrung und Erfolge auf Geschäftsführungsebene in Konzern- und Mittelstandsunternehmen in der Investitionsgüterindustrie sowie mit langlebigen Gebrauchsgütern und techn. Serienmaterial; besondere Stärken im weiteren Ausbau und der effizienten Führung des Vertriebs inkl. Export weltweit und zusätzliche Leitung von ausländischen Vertriebsgesellschaften, sucht neue unternehmerische *Herausforderung mit Schwerpunkt Vertrieb ab 1984.*
Angebote erbeten unter N 7782 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bauingenieur, 46 J., langj. Erfahr. i. Akquisition, Kalkulat., Abrechn. u. Bauleit. i. Innenausb., su. neue verantwortungsv. Aufgabe i. Raum Hamb. – auch freiberuflich. Angeb. u. T 7764 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Geologe

sehr gute Zeugn. (Doktorgrad im *Juli*), sucht Anstellung.
Angeb. erb. unter X 7768 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Geologe

32 Jahre, verheiratet, Englisch und Französisch fließend, sucht ausbaufähige Stellung im In- oder Ausland. Mehrjährige Erfahrung in der Prospektion auf U, Cu-Pb-Zn, Sn-W, Au. Praxis bei der Planung und Durchführung von geochemischen, geophysikalischen sowie Bohrprogrammen ist vorhanden. Angeb. erb. u. S 7785 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Rechtsanwalt

38 J., seit 6 J. eigene vorw. zivilrechtl. Praxis (Bau-, Arbeits-, Zwangsvollstreckungsrecht, Beratung mittelst. Unternehmen), Präd.-Ex., Erf. i. Personalw. u. öffentl. Dienst, nebenberufl. Lehrauftrag f. Wirtschafts- u. Arbeitsrecht an staatl. Abendwirtschaftschule, sucht Tätigkeit in Unternehmen o. Verband i. nordd. Raum. Zuschr. erb. u. PT 46681 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

STELLENANGEBOTE

Als bedeutendes Wohnungsbauunternehmen im Raum Köln–Bonn planen, errichten und verkaufen wir schlüsselfertige Objekte.

Wir suchen zum Eintritt nach Vereinbarung einen qualifizierten

WOHNUNGSWIRTSCHAFTLER
KAUFMANN der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft

Zu den Aufgaben gehören Vorbereitung von Parzellierung, Teilungserklärung, Anlage der Wohnungsgrundbücher, Verkaufsabwicklung (auch an Wochenenden), Finanzierungsberatung, Marktbeobachtung sowie Gestaltung der Werbung.

Sie sollten nicht älter als 35 Jahre sein, die Tätigkeit eines Immobilien-Verkäufers bereits ausgeübt haben und über eine hohe Einsatzbereitschaft verfügen.

Wir erstellen Eigenheime und Eigentumswohnungen in qualitativ bewährter und vom Grundriß durchdachter Ausführung, die den Verkauf dieser Objekte leicht macht.

Ihr Ideenreichtum bei der Werbung und die fundierten Kenntnisse der Wohnungswirtschaft werden den Absatz weiter fördern.

Bitte, senden Sie Ihre kompletten Bewerbungsunterlagen mit handgeschriebenem Lebenslauf unter C 7773 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Selbständige Existenz

Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.
CPA, Postfach 11 04 41, Ffm. 11

Weltbekannte

PARFUM-KOSMETIK-FIRMA

sucht beim Fachhandel gut eingeführte

REISENDE

für die Postleiträume 2, 3, 8.

Geboten werden: *Gehalt, Prov., Prämien, Reisekosten, Kundenstamm.* Komplette Bewerbungen erbeten unter M 6835 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind ein Mittelbetrieb des stahl- und metallverarbeitenden Handwerks mit Sitz in Bremen. Unser Fertigungsprogramm liegt im Stahlbau und in der Bauschlosserei.

Für das Konstruktionsbüro suchen wir einen qualifizierten

STAHLBAU-TECHNIKER / INGENIEUR

der in der Lage ist, den gesamten Aufgabenbereich alleinverantwortlich zu bewältigen.

Der Aufgabenbereich umfaßt die gesamte Auftragsabwicklung von der Konstruktion mit Statik, Arbeitsvorbereitung, Materialdisposition sowie Überwachung der Fertigung und Montage. Schweißzeugnis erwünscht.

Die Stelle wäre ab sofort oder zum 1. 10. 1983 zu besetzen.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen erbitten wir [illegible] X 7790 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 [illegible]



Bundesanleihen

		28. 6.	27. 6.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bund 78 I	1/84	99,85	99,85
6 dgl. 64 I	1/84	100	100G
8 dgl. 76 I	2/84	100,95	100,9
7 dgl. 77	3/84	100,45	100,45
7½ dgl. 78 II	4/84	100,9	100,9
5 dgl. 78	5/84	98,9	98,9
6 dgl. 78 III	8/84	99,55	99,5
8¼ dgl. 76	9/84	101,9	101,9
6 dgl. 78 IV	12/84	99,2	99,25
6¼ dgl. 79	1/85	99,1	99,15
8½ dgl. 73 I	3/85	102,3	102,3
7 dgl. 79	4/85	99,8	99,8
7½ dgl. 79 II	6/85	100,2	100,2
7¾ dgl. 79 I	7/85	101	101,1
8 dgl. 76 IV	10/85	101,35	101,35
5½ dgl. 78 II	3/86	95,9bG	95,9
5¾ dgl. 78	5/86	95,3	95,3
7½ dgl. 76 I	12/86	98,75	98,75
6½ dgl. 79	1/87	96,2	96,2
7¼ dgl. 76 II	1/87	98,6	98,6
6¾ dgl. 77	4/87	96,95G	96,95G
6½ dgl. 77	7/87	95,85	95,95G
6 dgl. 77	10/87	94,05	94,15
6 dgl. 78 I	1/88	93,85	94
6½ dgl. 78 I	9/88	95	95,1
6½ dgl. 78 II	12/88	94,8	95G
6½ dgl. 79	1/89	96,1	96,1
7¼ dgl. 79 I	4/89	96,6	96,6G
10 dgl. 81	4/89	108,5	108,6
7½ dgl. 79 I	6/89	97,9	98,05G
8 dgl. 79 I	7/89	100,1	100,2
8 dgl. 79 II	8/89	99,95	100,05
7½ dgl. 79 II	9/89	97,5	97,7
7¾ dgl. 79 II	11/89	98,55	98,8
7¾ dgl. 80 I	1/90	98,55	98,65
10 dgl. 80	4/90	109	109,1
5¾ dgl. 78	5/90	92,2	92,3
8¾ dgl. 80 I	7/90	100,9	101,15
8¾ dgl. 80 II	11/90	100,85	101,1
7¾ dgl. 82	11/90	98,3	98,5bG
9 dgl. 81	2/91	104,8	104,9
10¾ dgl. 81	7/91	111,85	111,8
10¾ dgl. 81	9/91	114,8	114,95G
10 dgl. 81 II	12/91	110,5	110,8
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,95	109,2
9¾ dgl. 82 II	3/92	109,05	109,3
6 dgl. 78 II	3/93	91,85	92,05G
9,5 dgl. 82	4/92	107,8	107,8G
9 dgl. 82	5/92	104,85	105,05G
8½ dgl. 82	6/92	102	102,5bG
9 dgl. 82	8/92	105,1	105,25G
8¾ dgl. 82	9/92	103,55	104,05
7¾ dgl. 82	12/92	97,4	97,75G
7½ dgl. 83	1/93	95,85	96,25bG
7½ dgl. 83 II	3/93	95,9	96,3
7½ dgl. 83 III	5/93	97,2G	97,2
8¼ dgl. 83	6/93	100,8	101,2
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	101,3	101,25
8 dgl. 80 S.2	2/85	101,5	101,5
8½ dgl. 80 S.3	2/85	101,9	101,9
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,8	102,8
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	102,2	102,25
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,6	101,8
8 dgl. 80 S.7	6/85	101,25	101,25
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,3	100,3
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,85	101,85
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102,6	102,7G
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,75	102,8
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104,55	104,75G
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,95	105,15
9½ dgl. 81 S.14	4/86	104,15	104,2
10 dgl. 81 S.15	4/86	105,25	105,25
10½ dgl. 81 S.16	6/86	106,7	106,9
11 dgl. 81 S.17	8/86	108,55	108,55
10½ dgl. 81 S.18	10/86	107,35G	107,5
10 dgl. 81 S.19	10/86	105,85	105,95G
9½ dgl. 81 S.20	11/86	104,8G	104,8
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	106,9	106,9
10 dgl. 81 S.22	11/86	106,2G	106,2
9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,65	104,8
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	105,15	105,25
9½ dgl. 82 S.25	3/87	104,5	104,85
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	103,95	104,1
9 dgl. 82 S.27	4/87	103,05	103,2G
8½ dgl. 82 S.28	5/87	101	101,65
9½ dgl. 82 S.29	7/87	104,95	105,3
9 dgl. 82 S.30	9/87	103,35	103,5
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	102,5	102,65
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	100,7bG	100,9
8 dgl. 82 S.33	11/87	99,85	100,1
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	98,85	99,15
7½ dgl. 82 S.35	12/87	98,10	98,4
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	97,15	97,4bG
6¾ dgl. 83 S.37	5/88	95,4	95,4
7 dgl. 83 S.38	5/88	96,3	96,4
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	97,45G	97,55G
7½ dgl. 83 S.40	8/88	98,2	98,35

Bundesbahn

		28. 6.	27. 6.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,1G	100,1G
10 dgl. 73 II	11/83	101,4	101,4G
7½ dgl. 72	2/84	100,65	100,6G
8 dgl. 72	9/84	101,65G	101,65
8½ dgl 76	9/84	101,9	101,9
6 dgl. 78 III	11/84	99,25	99,2bG
6¼ dgl 79	2/85	99,2G	99,2G
8½ dgl. 73	2/85	102,1	102,1
7 dgl 77	2/87	97,75	97,9
F 6 dgl. 77	9/87	93,7	93,85
6 dgl. 78 II	7/88	93,25	93,4
6½ dgl. 77	5/89	94,35	94,55
8 dgl. 79 I	7/89	100,05	100,15
6 dgl. 78 I	2/90	90,9	91,3
8 dgl. 80 II	7/90	99,9	100,05
9 dgl. 81	3/91	104,75	104,85
10½ dgl. 81	8/91	113,45	113,7G
10¾ dgl. 81	11/1	111,95	112,2
8 dgl. 80 I	2/92	99,4	99,65
10 dgl. 82	2/92	110,85	111,15
9½ dgl. 82	7/92	108,3	108,6
8 dgl 82	11/92	99,5bG	99,75
7¾ dgl. 83	1/93	98	98,45

Bundespost

		28. 6.	27. 6.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdpost 58	10/83	100,1G	100,1G
8 dgl 72 II	12/83	101,1G	101,15G
6½ dgl. 68	6/88	98,9	98,75
8 dgl. 72 I	9/87	101,05	101,15
10 dgl. 81	3/89	108,75	108,9
10¾ dgl. 81	6/89	109,7	109,9G
8 dgl. 80	3/90	99,9	100
7¾ dgl. 80	9/90	98,45	98,7
8¾ dgl. 80	12/90	103,2	103,4
10½ dgl. 81	10/91	113,5	113,6G
9¾ dgl. 82	2/92	109,25	109,4
8¾ dgl. 82	8/92	103,85	104,4G
8½ dgl. 82	10/92	102	102,5
7¾ dgl. 83	2/93	98,25	98,5

Länder – Städte

		28. 6.	27. 6.
S 5½ Bd.-Wttbg. 58	83	100G	100G
8 dgl. 71	83	100,25G	100,25G
6¼ dgl. 78	86	96,25	96,25
8¼ dgl. 82	92	101G	101G
M 7 Bayern 66	86	100G	100G
6½ dgl. 67	87	100G	100G
6 dgl. 68	85	97,5G	97,5G
7 dgl. 72	84	100,2G	100,2G
7½ dgl. 76	84	100,75G	100,75bG
6 dgl. 78	88	92,75	92,75
8¾ dgl. 80	90	102,75	102,75G
8¾ dgl. 82	90	103	103
7½ dgl. 83	93	96,25G	96,25G
B 8½ Berlin 70	85	102,25G	102,25G
8 dgl. 72	85	101,25G	101,25G
7½ dgl. 76	84	100,75	100,75G
7 dgl. 77	85	100	99,5
6½ dgl. 78	88	95G	95G
8¾ dgl. 80	88	103,5	103,55
Br 7¼ Bremen 71	87	102,25G	102,25G
8 dgl. 72	87	101G	101G
7½ dgl. 83	93	96G	96G
H 8½ Hamburg 70	85	101,6G	101,6G
6¾ dgl. 77	92	94,8G	94,8G
8 dgl. 80	92	100G	100
9¾ dgl. 82	92	108,8	108,6
7½ dgl. 83	92	95,7G	95,7
F 8 Hessen 71	86	100,5	100,75
6¼ dgl. 78	88	93	93,25
Ha8 Nieders. 69	84	99,25	99,25
8½ dgl. 70	85	102	102G
7½ dgl. 72	87	99,9G	99,9
8 dgl. 72	87	100,05	100,05
7½ dgl. 79	87	98,15G	98,15
7¾ dgl. 82	92	97,5	97,5G
D 7½ NRW 71	83	100,2bG	100,2bG
7½ dgl. 83	93	95,25	95,05
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	98,8G	98,8G
8 dgl. 71	86	100G	100bG
F 8½ Saar 70	85	101,75G	-Zhg.
7 dgl. 72	87	98,25	98,5G
6 dgl. 78	88	93	93G
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,4G	99,4G
6 dgl. 64 II	84	99,9G	99,9G
7½ dgl. 72	87	98,75	98,75
8½ dgl. 73	85	102	102
D 7 Essen 72	85	100G	100G
M 6 München 64	84	99,5G	99,5G
S 7½ Stuttgart 71	86	100G	100G
7¾ dgl. 72	87	100,25bG	100,25bG

Bankschuldverschreib.

	28. 6.	27. 6.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82G	82G
6½ dgl. Pf 5	87	87
7 dgl. Pf 2	99,1G	99,1G
F 7½ Bakola Pf 104	100,2T	100,2T
9 dgl. Pf 105	103,5G	103,5G
10 dgl. Pf 106	106,75G	106,75G
7 dgl. KS 132	95G	95G
8 dgl. KS 155	99G	99G
9 dgl. KS 169	102,3G	102,3G

Renten unter Druck

Die schwächeren Notierungen am amerikanischen Bonusmarkt zusammen mit der Wiederbefestigung des Dollar trübten das Bild bei den festverzinslichen Papieren. Die wieder aufgelebten Hoffnungen auf eine langsame Zurückbildung des deutschen Kapitalmarktzinses erhielten einen Dämpfer. Öffentliche Anleihen mit längeren Laufzeiten wurden verstärkt angeboten und bis zu einem halben Punkt zurückgenommen. Eine Ausnahme: Die jüngste Niedersachsen-Anleihe verbesserte sich um einen Viertelpunkt. DM-Auslandsanleihen lagen knapp behauptet, bei Pfandbriefen drückte sich die Stimmungsverschlechterung in den Kursen nur teilweise aus.

	28. 6.	27. 6.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	90,25G	90,25bG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	94,25G	94,25bG
7 dgl. Pf 3	94,5G	94,5bG
7 dgl. Pf 27	100,5G	100,5G
6½ dgl. KS 14	95,25G	95,25bG
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120G
5½ dgl. Pf 11	127,5G	127,5G
6 dgl. Pf 34	77G	77G

	28. 6.	27. 6.
Br 6½ dgl. Pf 77	93,3G	93,3G
6 dgl. Pf 42	99,6	99,6
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Pfl. Hypobk. Pf 86	69,5G	69,5G
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	79,5G	79,5
6 dgl. Pf 130	90,45G	90,45G
6½ dgl. Pf 133	86,5G	86,5G
10 dgl. Pf 168	100,9	100,9G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	114G	114G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 32	73G	73G
5½ dgl. Pf 59	80G	80G
6 dgl. Pf 162	80G	80G
B 9 Dt.Pf.Wt. Bd. 482	103,75G	103,75G
Br 7½ Dt. Schiffsbk. Pf 33	–	–
8 dgl. Pf 48	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	98,1G	98,1G
6¾ dgl. Pf 60	93,85G	93,85G
6¼ dgl. Pf 74	97,5G	97,5G
6¼ dgl. Pf 76	95G	95G

	28. 6.	27. 6.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,9G	97,9G
7½ dgl. Pf 45	100,2G	100,2G
M 6 Süddboden Pf 41	88G	88G
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	95,25G	95,25G
7 dgl. Pf 87	93,5G	93,5G
7½ dgl. Pf 104	95,5G	95,5G
7 dgl. KS 49	92G	92G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	98,5G	98,5G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25
8 dgl. KS 77	79G	79G
6½ dgl. KS 80/1	100G	100G
8½ dgl. KS 110	101,5G	101G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	83,1G	83,1G
5½ dgl. Pf 43	83,15G	83,15G
6 dgl. Pf 56	78,8G	78,8G
7 dgl. Pf 61	88,35G	88,35G
8 dgl. Pf 70	100,15G	100,15G
9 dgl. Pf 88	102,5G	102,5G

Sonderinstitute

	28. 6.	27. 6.
D 7¾ LAG TS 76	100,8	100,8
8 dgl. TS 76	101,8G	101,6
6½ dgl. TS 77	95,9G	95,9
5¾ dgl. 78	92,4G	92,4
7 dgl. 79	97,4	97,4

Industrieanleihen

	28. 6.	27. 6.
F 6 Badenwerk 64	99,25G	99,25
6 dgl. 78	94,25G	94,25
5 BASF 58	97,85T	97,85
5 Bayerw. 59	97T	97,75

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

Ausländische Aktien

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 00 55, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1983/84

Humanmedizin
2. klinisches Semester

von	nach
116 Kiel	Erlangen
117 Kiel	Frankfurt
118 Kiel	Freiburg
119 Kiel	Heidelberg
120 Kiel	Hamburg
121 Kiel	TU München
122 Kiel	Uni München
123 Kiel	Tübingen
124 Mannheim	Freiburg
125 Mannheim	Hamburg
126 Mannheim	Lübeck
127 Mannheim	Uni München
128 Marburg	Bonn
129 Marburg	FU Berlin
130 Marburg	Düsseldorf
131 Marburg	Erlangen
132 Marburg	Frankfurt
133 Marburg	Freiburg
134 Marburg	Göttingen
135 Marburg	Hannover
136 Marburg	Heidelberg
137 Marburg	Hamburg
138 Marburg	Lübeck
139 Marburg	Köln
140 Marburg	Kiel
141 Marburg	Mannheim
142 Marburg	Münster
143 Marburg	Würzburg
144 Münster	Freiburg
145 Münster	Heidelberg
146 Münster	Uni München
147 Münster	Mainz
148 Münster	Tübingen
149 TU München	Freiburg
150 Uni München	Erlangen
151 Uni München	Freiburg
152 Mainz	Freiburg
153 Mainz	Göttingen
154 Mainz	Heidelberg
155 Mainz	Hamburg
156 Mainz	Mannheim
157 Mainz	Marburg
158 Mainz	TU München
159 Mainz	Uni München
160 Mainz	Tübingen
161 Mainz	Würzburg
162 Saarbrücken	Freiburg
163 Saarbrücken	Heidelberg
164 Saarbrücken	Mannheim
165 Saarbrücken	Marburg
166 Saarbrücken	Uni München
167 Saarbrücken	Mainz
168 Saarbrücken	Tübingen
169 Ulm	Bonn
170 Ulm	Düsseldorf
171 Ulm	Erlangen
172 Ulm	Frankfurt
173 Ulm	Frankfurt
174 Ulm	Göttingen
175 Ulm	Heidelberg
176 Ulm	Lübeck
177 Ulm	Köln
178 Ulm	Kiel
179 Ulm	Marburg
180 Ulm	Uni München
181 Ulm	Mainz
182 Ulm	Tübingen
183 Ulm	Würzburg
184 Würzburg	Bonn
185 Würzburg	Erlangen
186 Würzburg	Freiburg
187 Würzburg	Göttingen
188 Würzburg	Heidelberg
189 Würzburg	Münster
190 Würzburg	TU München
191 Würzburg	Uni München
192 Würzburg	Tübingen

Rechtswissenschaften
1. Semester

von	nach
1 Bonn	Köln
2 Frankfurt	Bonn
3 Frankfurt	Köln
4 Göttingen	Hamburg
5 Heidelberg	Bonn
6 Heidelberg	FU Berlin.
7 Heidelberg	Göttingen
8 Heidelberg	Hannover
9 Heidelberg	Hamburg
10 Heidelberg	Köln
11 Heidelberg	Münster
12 Heidelberg	Osnabrück
13 Hamburg	Freiburg
14 Hamburg	Würzburg
15 Uni München	Bonn
16 Uni München	Frankfurt
17 Mainz	Göttingen
18 Mainz	Hamburg
19 Mainz	Osnabrück
20 Mainz	Würzburg
21 Passau	Göttingen
22 Passau	Hannover
23 Passau	Hamburg
24 Passau	Uni Kiel
25 Passau	Osnabrück
26 Regensburg	Bonn
27 Regensburg	Bochum
28 Regensburg	Göttingen
29 Regensburg	Köln
30 Regensburg	Münster
31 Tübingen	Bonn
32 Tübingen	FU Berlin
33 Tübingen	Göttingen
34 Tübingen	Hannover
35 Tübingen	Hamburg
36 Tübingen	Köln
37 Tübingen	Münster
38 Tübingen	Osnabrück

Rechtswissenschaften
2. Semester

von	nach
1 Bielefeld	Hannover
2 Bielefeld	Heidelberg
3 Bielefeld	Münster
4 Bonn	Bochum
5 Bonn	Kiel
6 Bochum	Köln
7 FU Berlin	Bonn
8 FU Berlin	Münster
9 Erlangen	Bonn
10 Erlangen	Köln
11 Erlangen	Kiel
12 Erlangen	Münster
13 Gießen	Frankfurt
14 Heidelberg	Bochum
15 Heidelberg	Hamburg
16 Heidelberg	Kiel
17 Kiel	Hamburg
18 Mannheim	Hannover
19 Mannheim	Hamburg
20 Mannheim	Osnabrück
21 Münster	Bonn
22 Münster	Köln
23 Uni München	Bonn
24 Uni München	Göttingen
25 Uni München	Kiel
26 Mainz	Bochum
27 Passau	Frankfurt
28 Regensburg	Göttingen
29 Regensburg	Hannover
30 Regensburg	Uni München
31 Regensburg	Osnabrück
32 Trier	Bonn
33 Trier	Köln
34 Würzburg	Hamburg
35 Würzburg	Köln
36 Würzburg	Münster
37 Würzburg	Osnabrück

Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1983

Kalte Dusche am Aktienmarkt

Glattstellungen des Berufshandels sorgten für Kursverluste

DW. – Rückläufige Aktienkurse an der New Yorker Börse, wieder anziehende Zinsen in den USA und eine deutliche Befestigung des Dollars irritierten an der Dienstagbörse vor allem den Berufshandel. Er stellte in den während der vorangegangenen Börsentage bevorzugten Aktien Kursgewinne sicher. Seine Abgaben führten in den meisten Spitzenwerten zu deutlichen Einbußen, zumal von einer Kaufbereitschaft ausländischer Investoren keine Rede sein konnte. Die inländischen Anleger hielten sich ebenfalls zurück und hofften auf ein weiteres Absinken der Notierungen. Dies blieb jedoch aus, denn schon in der zweiten Börsenstunde ließen die Verkäufe merklich nach.

Unter der veränderten Stimmung hatten besonders die in den letzten Tagen überdurchschnittlich gestiegenen Auto-Aktien zu leiden, von denen BMW um 8 DM, Mercedes und Daimler um je 6 DM und VW-Aktien um 3,50 DM zurückgenommen werden mußten. Größere Abschläge gab es auch in einzelnen Maschinenbaupapieren, so bei KHD um 5,50 DM und Deutsche Babcock-Stämme um 5,50 DM.

Düsseldorf: Heinrich erhöhten um 5 DM auf 275 DM und Kromschröder um 4 DM auf 181 DM. Leffers steigerten um 5 DM auf 365 DM und Rhenag um 8 DM auf 410 DM. Balcke Dürr verminderten um 4 DM auf 148 DM und Bilfinger um 5 DM auf 245 DM. Dyckerhoff gaben um 3 DM auf 191 DM nach und Hochtief um 4 DM auf 491 DM.

Frankfurt: Bedingt durch den Ausgang der italienischen Wahlen und steigende Dollarzinsen waren die Kurse an der Frankfurter Aktienbörse durchweg abgeschwächt. Standardwerte gaben bis zu 5 DM nach. Neben- und Spezialwerte waren uneinheitlich, so stiegen Binding-Vorzüge um 13 DM auf 283 DM, Eichbaum um 10 DM auf 230 DM sowie Sinalco um 20 DM auf 600 DM.

Hamburg: HEW begannen zu 102 DM und lagen später wieder bei 103 DM (minus 1,50 DM), NWK-Vorzüge gaben bis auf 159,50 DM (minus 1,50 DM) nach. Orenstein und Koppel schwächten sich auf 223 DM (minus 3 DM) ab. Phoenix Gummi fielen auf 138 DM (minus 1 DM). Triton wurden ex 4 DM Dividende mit 140 DM gehandelt.

München: Dywidag verminderten um 4,50 DM auf 305,50 DM und Ekatit um 6,50 DM auf 100,50 DM. Flachglas erhöhten um 7,50 DM auf 299,50 DM und Gehe AG um 4,50 DM auf 210 DM. Hochtief gaben um 5 DM auf 490 DM nach und Leonische Draht um 16 DM auf 319 DM.

Berlin: Orenstein verbesserten sich um 3 DM. Kempinski lagen um 3 DM, DUB-Schultheiss um 4 DM und Spinne Zehlendorf um 5 DM leichter. Berthold mußten um 7 DM zurückgenommen werden. DeTeWe wurden um 5 DM und Tempelhofer Feld um 10 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: knapp behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Kurswert in 1000 DM

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Inlandszertifikate

DM-Anleihen

Fremde Währungen

Junge Aktien

Ausland

New York

Amsterdam · Tokio · Zürich · Madrid · Paris · Mailand · Toronto · London · Wien · Brüssel · Kopenhagen · Hongkong · Singapur · Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 27. 6.: 819 Optionen, 43 850 (48 350) Aktien, davon 71 Verkaufsoptionen: 3850 Aktien. Kaufoptionen: AEG 7-75/2,50, 10-75/7, 10-80/5,40, 10-85/4, 1-80/8,70, 1-90/4,10. Siemens 7-310,05/32,25, 7-328,05/21, 7-330/20, 7-338,05/10,60, 7-370/1,60, 10-340/21,80, 10-350/16, 10-380/8,20, 1-338,05/35, 1-350/24,20, 1-350/15, 1-380/8, Veba 10-170/4,50, 1-180/14, BASF 10-150/6,50, 10-160/4, 1-150/9, 1-160/6, 1-170/4, Bayer 7-140/3, 10-140/6,60, 10-150/4,90, 1-130/16, 1-140/10, 1-150/5,90, Hoechst 7-140/6,50, 10-134,50/13,60, 10-140/9,70, 10-150/4,20, 1-140/14, 1-150/8,60, 1-160/4,30, BMW 7-300/80, 7-310/70, 7-340/42, 7-350/32, VW 10-180/40, 10-190/10,40, 10-200/7,40, 1-180/27,20, 1-190/17,90, 1-200/10,60, 1-220/6,30, 1-230/5, Conti 7-85/20, 7-95/9,60, 1085/27, 10-90/26, 10-95/14, 10-100/10,60, 10-110/3,50, 1-90/30, 1-95/14,15, 95/14, 1-100/13, 1-110/7, 1-120/4,40, Commerzbank 10-190/10, 10-200/6,30, 1-190/16, 1-200/10,60, 1-210/6, 1-220/5,80, Deutsche Bank 7-330/4,30, 10-320/21, 10-350/5,50, 1-330/31, 1-340/21, 1-370/4,60, Dresdner Bank 10-190/9,60, 10-200/6,10, 1-190/14,90, 1-210/6, Hoesch 7-50/2,50, 10-50/6,50, 10-55/4, 1-50/8,50, 1-55/6,70, 1-60/3,95, 1-65/2,60, Mannesmann 10-160/7, 1-160/10,60, 1-170/5,05, Preussag 7-240/32, Thyssen 10-85/4,50, 10-90/2,20, 1-85/7,50, 1-95/2,90, 1-100/2,40, Bay Hypo. 10-330/9,50, BEWAG 1-100/9,60, BBC 10-210/6, Daimler 1-580/29,20, Deutsche Babcock Vorzüge 7-160/2, 1-170/6, Degussa 10-330/30, 1-360/22, GHH 10-160/10, Harpener 1-280/40,30, Kali + Salz 10-190/12,40, Karstadt 7-240/16, Klöckner 10-45/2,40, 1-45/4,80, 1-50/2,60, Mercedes 7-480/30, RWE 1-170/15,25, 1-180/7, RWE Vorzüge 10-180/4, 1-180/7, Sperry Rand 10-95/8,80, 10-100/6, 1-100/8,40, Sony 1-40/5,40, Philips 10-50/3,60, 1-45/7,60, 1-50/4, Royal Dutch 10-120/5,10, Elf Aquitaine 1-55/6,40, Norsk Hydro 1-150/14. Verkaufsoptionen: AEG 10-75/3, 10-80/7, 1-70/2, 1-75/7, 1-80/8, Siemens 10-350/10,60, 1-350/19,40, Hoechst 10-140/2, BMW 10-350/5, VW 10-180/3, Conti 1-95/4, Lufthansa Vorzüge 10-110/5,90, Dresdner Bank 10-180/10,90, Hoesch 10-55/2,70, Mannesmann 1-180/10,50, Thyssen 10-80/1,50, 1-80/3,30, Bhf-Bank 10-280/5,40, GHH 10-170/8,40, Karstadt 10-260/10, Klöckner 10-45/8, RWE 1-170/3, Chrysler 1-80/10,15, General Motors 10-180/10. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 28. 6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¾–10	4⅞–5⅛	5⅛–5½
3 Monate	9⅞–10⅛	5⅛–5⅜	3⅞–5¼
6 Monate	10 –10⅜	5⅜–5⅝	4⅞–5¼
12 Monate	10½–10⅝	5⅞–6⅛	4⅞–5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 28. Juni folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1370,00	1681,10
10 US-Dollar (Indian) **)	1140,00	1341,90
5 US-Dollar (Liberty)	505,00	666,70
1 £ Sovereign alt	263,00	314,14
1 £ Sovereign Elizabeth II	240,00	293,80
20 belgische Franken	178,00	235,04
10 Rubel Tscherwonez	257,00	318,66
2 südafrikanische Rand	241,00	294,97
Krüger Rand, neu	1073,00	1257,69
Maple Leaf	1073,00	1257,69
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	249,00	315,27
20 schweiz. Franken „Vreneli"	210,00	265,55
20 franz. Franken „Napoléon"	209,00	264,42
100 österr. Kronen (Neuprägung)	995,00	1192,15
20 österr. Kronen (Neuprägung)	202,00	250,86
10 österr. Kronen (Neuprägung)	105,00	135,60
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	461,00	580,48
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	145,77

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

28. 6. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,5507	2,5587	2,5242	2,51	2,60
London¹)	3,887	3,901	3,851	3,83	3,98
Dublin¹)	3,143	3,157	3,084	3,11	3,25
Montreal³)	2,0705	2,0785	2,0534	2,03	2,12
Amsterd.	89,150	89,370	88,16	88,25	90,25
Zürich	120,800	121,000	121,19	119,50	122,25
Brüssel	4,991	5,011	4,946	4,86	5,06
Paris	33,225	33,385	32,645	32,25	34,25
Kopenh.	27,750	27,870	27,61	26,75	28,75
Oslo	34,890	35,010	34,28	34,25	36,00
Stockh.**)	33,320	33,480	32,83	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,682	1,692	1,639	1,65	1,75
Wien	14,189	14,209	14,189	14,10	14,33
Madrid**)	1,753	1,763	1,670	1,73	1,86
Lissabon**)	2,160	2,180	2,065	1,85	2,75
Tokio	1,0625	1,0655	—	1,01	1,07
Helsinki	45,850	46,050	44,980	46,25	47,00
Buen. Air.	—	—	—	—	32,50
Rio	—	—	—	0,10	0,75
Athen*) **)	2,980	3,043	—	2,30	3,30
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,2040	2,2430	—	2,15	2,28
Johannesbg.*)	2,3245	2,3485	—	1,80	2,05

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Einen erstaunlichen Kursgewinn konnte der US-Dollar am 28. 6. verbuchen, der bei hektischem Geschäft bis 2,5580 gehandelt wurde, nachdem in USA am Vorabend Dollar-Käufe an der IMM in Chicago, sowie vereinzelte Befürchtungen, daß es in einigen Tagen zu einer Prime Rate-Erhöhung auf 10½ Prozent bei den Geschäftsbanken kommen könnte, ein Hausse-Klima für den Dollar schaffen. Die Deutsche Bundesbank verkaufte zur amtlichen Notiz von 2,5547 32,8 Mio. Dollar. Gegen Geschäftsschluß fiel der Dollar auf 2,5450 zurück, parallel zu der leicht rückläufigen Dollar-Zins-Entwicklung nach Abwicklung der meist ultimobedingten Dispositionen. Auch die meisten anderen Währungen profitierten von der Festigkeit des Dollar. Überraschend zog der französische Frank wieder auf 33,305 an und ebenso überraschend fiel der schweizer Franken um 24 Pfg. auf 120,90. US-Dollar in: Amsterdam 2,8655; Brüssel 50,3725; Paris 7,6700; Mailand 1515,05; Wien 18,0080; Zürich 2,1131. Ir. Pfund/DM 3,150. Pfund/Dollar 1,5242.

Ostmarkkurs am 28. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die starke Nachfrage nach Eurodollar sorgte am 28. Juni für steigende Dollar-Zinssätze auf erhöhte Dollar-Deports, die sich erst am Nachmittag wieder etwas verringerten.

Dollar/DM	1,05/0,95	3,08/2,98	6,00/5,80
Pfund/Dollar	0,03/0,06	0,11/0,16	0,27/0,32
Pfund/DM	2,10/0,70	5,00/3,60	8,90/7,50
FF/DM	28/12	83/67	185/169

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 28. 6.: Tagesgeld 5,0–5,1 Prozent; Monatsgeld 5,2–5,3 Prozent; Dreimonatsgeld 5,45–5,6 Prozent.

Privatdiskontsätze am 28. 6.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 28. 6.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/9 (Typ A) 4,00 (4,00)–6,00 (4,98)–7,50 (5,77)–8,50 (6,38)–9,00 (6,83)–9,30 (7,20). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,00 (4,00)–6,00 (5,00)–7,50 (5,82)–8,50 (6,49)–9,00 (6,98)–9,50 (7,40)–9,50 (7,70) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,00, Rendite 7,75.

Warenpreise – Termine

Mit größeren Verlusten schlossen die Gold- und Kupfernotierungen zum Wochenbeginn an der New Yorker Comex, um das Limit niedriger ging Silber aus dem Markt. Mit Ausnahme des schwächeren verfügbaren Monats notierte Kaffee fester. Kakao ermäßigte sich in allen Sichten.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	27. 6.	24. 6.
Juli	343,50	347,00
Sept.	354,00	358,00
Dez.	368,50	372,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)	27. 6.	24. 6.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	203,38	229,88
Amber Durum	236,11	236,21
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	110,30	113,70
Okt.	116,20	119,70
Dez.	119,10	122,60
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	90,50	91,20
Okt.	90,30	91,10
Dez.	–	–
Hafer Chicago (c/bush)	27. 6.	24. 6.
Juli	153,75	156,00
Sept.	154,75	156,50
Dez.	165,25	166,00
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	317,75	318,00
Sept.	302,00	304,25
Dez.	280,25	286,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	27. 6.	24. 6.
Juli	95,50	96,80
Okt.	100,70	101,60
Dez.	104,10	104,80
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	27. 6.	24. 6.
Juli	unerhältl.	unerhältl.
Sept.	unerhältl.	unerhältl.
Nov.	unerhältl.	unerhältl.
Jan.	unerhältl.	unerhältl.
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Sept.	unerhältl.	unerhältl.

Genußmittel

Kaffee		
New York (c/lb)	27. 6.	24. 6.
Terminkontr. Juli	124,20	124,75
Sept.	125,75	125,15
Dez.	126,00	125,25
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2190	2259
Sept.	2229	2301
Dez.	2281	2350
Umsatz	–	4598
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	11,25	11,10
Sept.	11,54	11,40
Okt.	12,00	11,60
Jan.	12,46	11,85
März	12,86	12,52
Umsatz	17 410	15 527
Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	27. 6.	24. 6.
	11,14	11,19
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	27. 6.	24. 6.
Kontrakt Juli	1637–1638	1637–1639
Sept.	1620–1623	1627–1629
Nov.	1597–1600	1604–1605
Umsatz	2980	2134
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1562–1564	1585–1600
Sept.	1586–1586	1611–1612
Dez.	1612–1613	1636–1638
Umsatz	3674	7707
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Aug.	177,40–177,60	181,25–181,50
Okt.	184,30–184,40	189,15–189,40
Dez.	187,50–188,50	192,50–193,20
März	197,25–197,45	201,75–202,75
Mai	199,50–200,50	204,25–205,75
Umsatz	4386	4336
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	27. 6.	24. 6.
schw. Sarawak spez.	265,00	265,00
weißer Sarawak	375,00	372,50
weißer Muntok	375,00	372,50
Orangensaft		
New York (c/lb)	27. 6.	24. 6.
Juli	115,80	116,00
Sept.	114,30	113,00
Nov.	112,00	111,00
Jan.	106,45	106,10
März	108,30	108,50
Umsatz	600	500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	27. 6.	24. 6.
Südstaaten fob Werk	27,00	27,00
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	20,50	20,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	18,38	18,86
Aug.	18,52	19,05
Sept.	18,65	19,19
Okt.	18,78	19,32
Dez.	19,05	19,59
Jan.	19,25	19,77
März	19,60	20,10
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	21,50	21,50
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	18,00	18,25
Choise white hog 4% fr. F.	14,00	14,00
Talg		
New York (c/lb)		
top white	15,25	15,25
fancy	14,75	14,75
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F.	12,50	12,50
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Juni	48,00	47,72
Juli	45,70	45,00
Aug.	40,70	40,95
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Juli	62,25	60,25
Aug.	59,65	55,65
Febr.	58,65	57,70
Häute		
Chicago (c/lb)	27. 6.	24. 6.
Ochsen einh. schwere River Northern	53,00	53,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Juli	584,00	602,50
Aug.	590,50	608,00
Sept.	594,00	613,50
Nov.	603,00	623,00
Jan.	613,50	634,50
März	626,00	645,25
Mai	636,00	655,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Juli	169,80	174,80
Aug.	170,90	176,00
Sept.	172,00	177,00
Okt.	173,00	179,00
Dez.	177,30	183,30
Jan.	179,50	185,50
März	183,50	189,50
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	27. 6.	24. 6.
Juli	284,00	285,80
Okt.	295,00	296,90
Dez.	300,80	302,60
Kokosöl		
New York (c/lb)	27. 6.	24. 6.
Westküste fob Werk	32,00	32,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	28. 6.	27. 6.
jegl. Herk. cif	585,00	595,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	440,00	440,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	380,00	385,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	121,00	121,00
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	690,00	722,50
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	242,00	242,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb)	27. 6.	24. 6.
Kontrakt Nr. 2:		
Juli	78,50	81,00
Okt.	79,35	81,25
Dez.	80,03	82,00
März	80,90	82,90
Mai	81,07	83,00
Juli	81,00	83,00
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis		
loco RSS–1:	56,00	55,75
Wolle		
Lond. (Neuseel. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	27. 6.	24. 6.
Aug.	450–453	445–452
Okt.	445–448	443–445
Dez.	445–449	443–445
Umsatz	20	38
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	27. 6.	24. 6.
Juli	44,20	44,20
Okt.	44,60	44,60
Dez.	45,00	45,00
März	45,50	45,50
Umsatz	29 250	33 750
Tendenz: nominell		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	27. 6.	24. 6.
Juli	566,0–567,0	566,0–568,0
Okt.	573,0–575,0	573,5–575,0
Dez.	586,0–589,0	588,5–589,0
Umsatz	55	23
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	27. 6.	24. 6.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	27. 6.	24. 6.
Juli	13 868	13 840
Aug.	13 799	13 726
Kautschuk		
London (p/kg)	27. 6.	24. 6.
Nr. 1 RSS loco	78,50–80,00	77,00–79,00
Aug.	78,60–79,50	76,50–77,00
Sept.	78,00–78,50	76,90–78,00
Okt./Dez.	78,60–78,80	76,50–76,60
Tendenz: ruhig		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	27. 6.	24. 6.
Nr. 1 RSS loco:	251,50–252,50	250,50–251,50
Juli	253,00–254,00	252,50–253,50
August	256,50–257,50	256,00–257,00
Nr. 2 RSS Juli	250,50–251,50	250,00–251,00
Nr. 3 RSS Juli	241,00–242,00	246,00–247,00
Nr. 4 RSS Juli	234,00–235,00	240,50–241,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	27. 6.	24. 6.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)		
Blei: Basis London	28. 6.	27. 6.
laufend. Monat	102,60–102,79	102,30–102,49
drittfolg. Monat	106,50–106,69	106,19–106,39
Zink: Basis London		
laufend. Monat	181,98–182,18	180,24–180,43
drittfolg. Monat	187,44–187,64	185,69–185,89
Produz.-Preis	199,58	196,56
Reinzinn 99,9%	3656–3692	3663–3699

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	28. 6.	27. 6.
Elektrolytkupfer		
für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	439,64–441,98	441,73–444,06
Blei in Kabeln	110,25–111,25	110,00–111,00
Aluminium		
für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorziehdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	28. 6.	27. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	358–374	358–376
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	403–406	403–406
MS 63	406–409	408–411

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	27. 6.	24. 6.
(Ring./kg)	30,55	30,60

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	28. 6.	27. 6.
Leg. 225	359–361	359–361
Leg. 226	361–364	361–364
Leg. 231	404–412	404–412
Leg. 233	418–422	418–422

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	28. 6.	27. 6.
Platin (DM je g)	36,50	38,30
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 500	34 600
Rücknahmepr.	33 700	33 800
Gold (DM je kg Feingold)		
(Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 410	34 590
Rücknahmepr.	33 380	33 550
verarbeitet	36 110	36 310
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 110	34 360
Silber		
(DM je kg Feinsilber)		
(Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	967,60	1008,40
Rücknahmepr.	933,70	973,10
Verarbeitet	1010,50	1053,10

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)		
London	28. 6.	27. 6.
10.30	413,75	423,25
15.00	415,00	419,50
Zürich mittags	413,00–413,75	422,50–423,00
Paris (F/1-kg-Barren)		
mittags	102 000	103 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	760,35	792,90
3 Monate	778,00	811,90
6 Monate	796,50	831,50
12 Monate	829,70	865,90
Platin (£-Feinunze)		
London	27. 6.	24. 6.
fr. Markt	279,50	282,45
Palladium (£-Feinunze)		
London		
f. Händlerpr.	90,90	93,50

New Yorker Preise	27. 6.	24. 6.
Gold H & H Ankauf	419,50	423,50
Silber H & H Ankauf	1154,00	1224,00
Platin fr. Händlerpr.	430,00–435,00	430,00–436,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	145,50–147,50	139,00–143,00
Produz.-Preis	135,00–140,00	143,00
Silber (c/Feinunze)		
Juni	1172,00	1226,00
Juli	1177,00	1225,00
Aug.	1196,70	1235,70
Sept.	1197,50	1245,00
Dez.	1228,50	1279,30
Jan.	1239,00	1239,00
März	1260,20	1309,00
Umsatz	25 000	30 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	27. 6.	24. 6.
Juni	75,20	76,55
Juli	75,20	76,50
Aug.	76,05	77,35
Sept.	76,70	77,95
Dez.	78,75	80,00
Jan.	79,45	80,70
März	80,70	81,75
Umsatz	24 000	12 000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	28. 6.	27. 6.
Kasse	964,00–965,00	960,00–961,00
3 Monate	991,00–992,00	987,00–988,00
Blei (£/t) Kasse	263,00–263,50	261,50–262,00
3 Monate	273,00–274,00	271,00–271,50
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1114,0–1115,0	1121,0–1121,5
3 Monate	1126,0–1126,5	1134,0–1134,5
abends Kasse	–	1111,5–1112,5
3 Monate	–	1125,5–1126,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1093,0–1094,0	1084,0–1085,0
3 Monate	1103,0–1104,0	1100,0–1102,0
Zink (£/t) Kasse	466,50–467,00	459,00–460,00
3 Monate	480,50–481,00	473,50–474,00
Zinn (£/t) Kasse	8780–8785	8660–8670
3 Monate	8785–8790	8670–8675
Quecksilber		
$/Fl.)	–	285–335
Wolfram-Erz		
($/T-Einh.)	–	65–66

Wenn Glücksgefühle käuflich sind: Der schnelle Griff zu Psychopharmaka

Eine rosarote Brille für den Alltag

Es ist ja so bequem: Gegen jedes noch so kleine Wehwehchen werden Pillen angeboten, meistens mit vollmundigen Werbesprüchen. Da ist es nur menschlich, wenn viele die Segnungen der modernen Pharmazie dankbar benutzen, um etwa das Bauchgrimmen wegzubekommen, die schleppende Verdauung anzukurbeln, die gelegentlichen Kopfschmerzen zu beseitigen oder den unruhigen Schlaf chemisch zu glätten. So betrachtet, sind viele Arzneien längst zu „Lebensmitteln" geworden, die man nicht mehr entbehren möchte.

Das geht so lange gut, wie man nicht dem Trugschluß verfällt, mit Medikamenten Probleme seelischer Natur lösen zu können. Mit der rosaroten Brille für die Psyche beginnt für viele der Einstieg in die Drogenkarriere: Psychopharmaka gaukeln Glücksgefühle vor, drängen die Konflikte weit in den Hintergrund und lassen den häßlichen Alltag zur nebensächlichen Kulisse schrumpfen. Daß der Mißbrauch von Psychopharmaka meistens Hand in Hand mit dem Griff zur Flasche geht, paßt zusammen: Die Reise in die Traumwelt wird damit beschleunigt und intensiviert. Das Jammertal, dem man mit Medikamenten, Drogen und Alkohol entfliehen wollte, bleibt natürlich und kommt noch brutaler zu Bewußtsein, sobald die chemische Tünche das Hirn verlassen hat.

Nach Ansicht von Suchtexperten haben alle bisherigen Aufklärungs- und Therapiebemühungen nicht erreicht, daß die Suchtprobleme als beherrschbar gelten können. Die Zahl der Medikamentenabhängigen steigt angeblich weiter, genaue Zahlen gibt es nicht. Schätzungen beziffern die Zahl der Arzneimittelabhängigen in der Bundesrepublik auf etwa eine halbe Million. Die Frauen sind dabei überrepräsentiert, ihr Anteil soll etwa 65 Prozent betragen.

Betroffen – ZDF, 22.10 Uhr

Die Deutsche Hauptstelle gegen Suchtgefahren schlug kürzlich Alarm. Sie hat Angst vor einer krisenhaften Verschlimmerung der Problematik. In einem Aufruf heißt es: „Die weitverbreiteten existentiellen Ängste und Sinnlosigkeitsgefühle, die durch eine allgemeine Sinnkrise, durch mangelnde Zukunftsperspektiven und Vereinzelung, durch Arbeitslosigkeit und wachsende materielle Bedrängnisse verstärkt werden, bedingen nicht nur die anhaltende Brisanz der Suchtproblematik, sondern lassen neue Befürchtungen aufkommen: Die Tendenzen zur Flucht aus der Realität des gesellschaftlichen und individuellen Alltagslebens mit Hilfe von Suchtmitteln und ‚Ersatzhandlungen' könnten sich abermals verschärfen."

Die Zeichen stehen auf Sturm. Die Suchtproblematik darf nicht mehr als Minoritätenfrage weggesteckt werden. Sie offenbart vielmehr eine fundamentale gesellschaftliche Krise, die mit zunehmender Arbeitslosigkeit, speziell der Jugendarbeitslosigkeit, immer bedenklicher wird, die Folgen immer unabsehbarer. Das Beispiel der Ulrike B., das heute im ZDF aufgerollt wird, mag ein Schlaglicht darauf werfen, wie rasch es geht, in Arzneimittelabhängigkeit zu geraten und wie quälend mühsam, wieder den Absprung zu finden.

JOCHEN AUMILLER

KRITIK

Revoluzzer zwischen Blumenkästen

Terroristen sind doch ganz anders. Keine Mörder, die die Gesellschaftsordnung auf den Kopf stellen wollen, im Gegenteil: Wenn sie einen Kapitalisten entführen, so geschieht das aus rein humanitären Erwägungen. Denn besagter Kapitalist hat 166 Arbeiter entlassen. Er wird gekidnappt und gegen 500 000 Mark wieder freigelassen. Die Summe soll gleichmäßig unter die Entlassenen aufgeteilt werden.

Aber da trifft es die Terroristin, die den Sozialengel spielen will, tödlich, und wie es der Zufall so will, kommen just in diesem Moment der stellungslose Politologe Benno (Hermann Lause) und seine hübsche Britta (Jutta Speidel) des Wegs. Sie nehmen die blutverschmierte Schönheit mit, pflegen sie bis zum Exitus, verbuddeln sie in einem schon freigeschaufelten Grab („Tandem" nennt man so etwas in einschlägigen Kreisen) und besorgen auch die Verteilung des Geldes. Dabei werden sie erwischt, d. h., nur Benno erwischt's. Gerade als er im Kirchturm für den erkrankten Küster die Blümchen gießt, stellt ihn eine Polizei-Hundertschaft. Seine Britta sieht er derweil im gemeinsamen Auto abhauen. Da dämmert es ihm, daß er düpiert worden ist, daß sie mit den Terroristen gemeinsame Sache macht.

Kein Reihenhaus für Robin Hood hieß der Film, den Wolf Gremm nach dem gleichnamigen Roman des Soziologie-Professors Horst Bosetzky gedreht hat. Gremm hat die Geschichte nicht so bierernst übernommen, wie „ky" sie geschrieben hat, hat sie vielmehr ironisch gebrochen: Mit dem realen Terrorismus hat das Ganze ebensowenig zu tun wie ein Kriminalfilm mit der Polizeiarbeit. Skurrile Typen bevölkern den Laden Bennos, der aus Berlin in die Provinz gekommen ist und der – ein sarkastischer Hieb auf alle Aussteiger – dennoch nicht frei ist von bürgerlichen Sehnsüchten nach Geborgenheit in einem Reihenhaus.

Da gibt es den stets heiseren Redakteur (Rudolf W. Brem), die Frohnatur Frau Meyerdierks (Brigitte Mira) und ihren Freund, den öligen Küster (Charles Kalman), den dicken Kommissar (Hans Wyprächtiger), der immer so aussieht, als ob er mehr wüßte. Und damit auch jeder merkt, wo's langgeht, verkauft Benno in seinem Zeitungsladen vorwiegend die „Frankfurter Rundschau", „Konkret" und – der Ausgewogenheit halber – „Bild".

Gremm zitiert unbekümmert aus dem Gruselkino bester Hollywoodtradition: Nächtliche Autofahrten mit einer Leiche und Friedhofsszenen, die auch bei Frankenstein kaum schauerlicher waren. In der Schlußsequenz schießt der Regisseur dann aus vollen Rohren: Hunderte von Polizisten, hergerichtet wie zum Kampf gegen eine Berliner Großdemonstration, bereiten sich auf das letzte Gefecht vor – ausgerechnet vor einem Plakat, auf dem ein Schützenfest angekündigt wird. Aber die bombastische Aktion verpufft wirkungslos: „Terrorist" Benno sitzt brav zwischen den Blumenkästen im Glockenturm und trauert seiner Britta nach.

Etwas ratlos bleibt der Zuschauer zurück. Wollte uns Gremm nun zeigen, was für liebe Menschen die Terroristen doch sind? Oder sind für ihn die linken Revoluzzer bereits zu Komödientypen – Ähnlichkeiten mit lebenden Personen sind nicht beabsichtigt – degeneriert?

RAINER NOLDEN







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Sieben Jahre Pech
11.55 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD-Ferienprogramm für Kinder
14.05 Unsere kleine Farm
Brillenschlange
14.55 Tagesschau
15.00 ARD-Sport extra – aus Wimbledon
Internationale Tennis-Meisterschaften von England
Viertelfinale Herren-Einzel
Sprecher: Heribert Faßbender, Volker Kottkamp
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Katzenspiel
Fernsehfilm von Istvan Szabo
Deutsch von Barbara Frischmuth
Regie: Istvan Szabo
21.40 Titel, Thesen, Temperamente
Ein Kulturmagazin
22.30 Tagesthemen
Anschließend:
Schweigen im Nord-Süd-Dialog
Die 6. Welthandelskonferenz in Belgrad
0.30 Tagesschau

16.25 Ferienkalender
16.50 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
17.15 Enorm in Form
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
18.18 *Das geht Sie an*
18.20 Bilder, die die Welt bewegten
19.00 heute
19.30 Konsul Möllers Erben (2)
20.15 ZDF Magazin
Genfer Verhandlungen vor der Entscheidung – Interview mit dem *abrüstungspolitischen Sprecher* der CDU/CSU-Fraktion, Todenhöfer / Gesetzesflut lähmt Häuslebauer / KGB foltert in Krankenhäusern / Solidaritätsfasten für Sacharow in Berlin
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
22.10 Betroffen
22.55 Der besondere Film
Ein Paradies
Schwed. Spielfilm, 1976
00.45 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Englisch-Übungen (6)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Gesang: Betty Dorsay
21.45 Auslandsreporter
Ulrich Wickert aus New York: Wallstreet, das Finanzzentrum der Millionenstadt
22.15 Modell
Amerik. Dokumentarfilm, 1980
00.20 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Wacholderheide
19.15 Treffpunkt Deutsche Bucht
Film über Lotsen und Schiffe
Von Kurt W. Krebs
20.00 Tagesschau
20.15 *extra drei*
21.00 Politik am Mittwoch
Asylantenschwemme gestoppt?
Diskussion über Erfahrungen in Hamburg
Leitung der Sendung: Rolf Reck
22.05 Science-fiction
Solaris (2)
Spielfilm, UdSSR, 1972
Nach dem Roman von Stanislaw Lem
23.35 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Fauna Iberica
Schwarz wie ein Rabe
19.00 Altes Fachwerk – neues Haus
Farben, Formen, Festlichkeiten
19.30 Antiquitäten in Serie (12)
Antikes von Tiffany
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Tracht kommt von Tragen
Über das ländliche Kleidungsverhalten
21.00 Drei aktuell
21.15 Autoreport
21.20 *Deutsches Turnfest 1983*
Frankfurt am Main
21.50 Club 2

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch-Übungen (6)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Hattest du manchmal Heimweh?
20.15 Reisewege zur Kunst: Jerusalem
21.00 Die schönste Frau der Welt
Ital.-franz. Spielfilm, 1955
Regie: Robert Z. Leonard

BAYERN
18.15 Marco
18.40 Kinder-Verkehrs-Club
18.45 Rundschau
19.00 Fräulein Computer, bitte zum Diktat!
„Situation: Arbeitsplatz"
19.45 Poldark (11)
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Aus Linz
Café Central
21.50 Zeugin der Anklage
Amerik. Spielfilm, 1957
23.45 Rundschau
23.50 News of the Week

München: Werk des Japaners Kaii Higashiyama

Wanderer in zwei Welten

Es sind Botschaften aus einem fernen Land. Landschaften von einer merkwürdig zwingenden Intensität. Gemälde, die traditionell und zugleich aufregend modern wirken. Die erste große Ausstellung des wohl wichtigsten japanischen Landschaftsmalers der Gegenwart, Kaii Higashiyama (74), im Münchner Völkerkundemuseum *stößt auf eine unerwartet breite* Zustimmung.

„Ich glaube, daß für mich das Malen von Bildern ein Gebet ist. Beim Beten gibt es nicht ein Gut-oder-schlecht-Beten, sondern es geht darum, ob das Herz voll ist oder nicht. Und wenn man seine Arbeit von Herzen tut, entsteht etwas Wertvolles", lautet Higashiyamas Selbstbekenntnis.

Er sei ein Wanderer nicht zwischen, sondern *in* zwei Welten, erklärt Higashiyama. Er habe seine Heimat in Japan *und* in Deutschland. Als junger Mann ging er 1933 nach Berlin, um an der Universität Kunstgeschichte zu studieren. Er war der erste Stipendiat des Deutschen Akademischen Austauschdienstes aus dem Kaiserreich Japan. Deutschland wählte er als Studien- und Reiseziel, weil es das Vaterland von Dürer und Grünewald war, aber er bewunderte damals vor allem die Bilder von Caspar David Friedrich. Durch Kaii Higashiyama wurde überhaupt erst in Japan die Aufmerksamkeit auf diesen deutschen Maler gelenkt.

Die Natur selber mit ihrem Wandel, ihrem Werden und Vergehn ist die Lehrmeisterin für Higashiyama. Aber er malt sie nicht nur ab. Higashiyama ist kein Realist oder gar Naturalist. Er ist Japaner. Still und starr erheben sich die kahlen Stämme mit ihrem nackten Geäst gegen das gelb-rötlich aufschimmernde *Wintersonnenlicht. Der* Mond spiegelt sich in einem kühlblauen See. Grün-dunkel erhebt sich silhouettenhaft der Tannenwald. Hell leuchtet der Sommeranfang zwischen grünen Bambusstämmen. Blau *steigen aus tiefen* fernen Gründen im Morgenlicht zarte Nebel auf.

Es ist eine friedvolle Welt. Nichts drängt sich vor, alles ist ausgeglichen. Diese Sanftheit und Ruhe sind betörend. Obwohl man in diesem Werk die Spuren der deutschen Romantik wiedertrifft, ist es doch unverkennbar der japanischen Tradition verhaftet. Schon allein von der Technik her.

Kaii Higashiyama benutzt nicht die landläufige Ölmalerei, sondern er reibt und knetet nach alter Tradition seine Mineralfarben selbst, deren Grob- oder Feinkörnigkeit über die Wertigkeit des Tons entscheidet. Er malt auf Seide oder *auf Papier. Viele Bilder* in dieser Ausstellung sind allerdings Entwürfe für Wandmalereien: für den Neuen Kaiserpalast, für den Palast des Kronprinzen, für Tempel, für Malereien, die die Leere und die Stille der Räume brauchen. Daneben hängen Skizzen und Studien, die die ersten raschen Wahrnehmungen des Künstlers festhalten, Meditationen vor der Natur, Fenster für die Unendlichkeit (bis 10. Juli, Düsseldorf: 22. Juli bis 28. Aug.; Bremen: 14. Sept. bis 23. Okt.; Katalog, Umschau-Verlag, 25 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Als Student in Deutschland ein Bewunderer von Caspar David Friedrich: Kaii Higashiyama *FOTO: KATALOG*

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hilleshein, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffe (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Fruchelt.

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hayer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Spitzhacken, Spitzbuben

Min. – Was tun? Ein Bahnhof, grau vor Alter, aber noch ansehnlich, steht zur Disposition. Er soll abgerissen werden. Er steht in Worringen und der Kölner S-Bahn im Weg. Die will im Zuge einer neuen Trassenführung keine Schleife machen müssen. Also muß die alte Station weg.

Andernorts ist man rücksichtsvoller. Den alten Bahnhof von Baden-Baden zum Beispiel hat man stehenlassen; er ist heute ein Kulturzentrum. Der Heidelberger Bahnhof am Karlstor wird zu einem städtischen Amtsgebäude. Den riesigen Pariser Orsay-Bahnhof rüstet man zum Museumsdampfer an der Seine um. Und in Bonn gibt es seit Jahr und Tag einen hübschen Haltepunkt am Rhein, wo, wenn nicht gerade das Hochwasser die Tischbeine umspielt, ein flotter Restaurationsbetrieb herrscht.

Doch in Köln hatte man nur Trassen und Spitzhacken im Sinn. Bislang. Denn inzwischen regte sich bei den Herren der Bundesbahn das Gewissen. Sie boten einen Ausweg an: Sie würden den ganzen 120 Jahre alten Denkmalsplunder glatt verschenken. An jedermann. Nur unter einer Bedingung. Der solchermaßen Beschenkte müsse das Gebäude abtransportieren. Auf eigene Kosten natürlich, wobei es dem neuen Eigentümer freigestellt bleibt, das Fuhrunternehmen Deutsche Bundesbahn damit zu beauftragen. Zuvor müsse er den Bahnhof abbauen, zum anschließenden Wiederaufbau sei er freilich nicht verpflichtet.

Der Fahrplan hängt bereits aus: Sollte sich bis Ende 1984 kein Bewerber finden, treten die Spitzhacken in Aktion. Es sei denn, das Haus besinnt sich auf seinen Genius loci oder gleich auf die Erzählung von Günter Bruno Fuchs. Im „Bahnwärter Sandomir" nämlich rollt ein Eisenbahnzug mit drei Waggons durch die Landschaft. Der letzte ist mit einem zweistöckigen Haus beladen: „Das Haus ist auf der Flucht vor Leuten, die in dem Haus gewohnt hatten. Das Haus muß flüchten, weil die Leute, die in ihm wohnten, Spitzbuben sind. So sagt das Haus: Spitzbuben."

Das achte Weltwunder steht auf Haiti: Die „Citadelle La Férrière"

Eine goldene Kugel ins Hirn

Es ist ein vorzüglicher Gedanke der Unesco, eine der ungewöhnlichen *architektonischen* Schöpfungen in der Karibik in die Reihe der 136 „Schätze des kulturellen Welterbes" aufzunehmen. Die Regeln der Unesco schreiben vor, daß diese Bauwerke von besonderem historischen und künstlerischem Wert sein müssen. Das trifft auf die „Citadelle La Férrière" auf Haiti zweifellos zu.

Diese Festung fällt nicht nur durch ihre Lage aus dem Rahmen des üblichen, sondern auch durch ihre Geschichte. Sie ist ein Zeugnis für den Selbstbehauptungswillen der aus Afrika in die Karibik verschleppten Sklaven und zugleich für die zwiespältige Wechselbeziehung zwischen Freiheitswillen und Despotie.

Am Anfang der Geschichte steht ein Mord. Ihm fiel am 17. Oktober 1806 Jacques Dessalines, der Kaiser von Haiti, zum Opfer. Er hatte zwei Jahre zuvor die Unabhängigkeit der Insel erreicht, sich aber bald durch sein hartes Regime verhaßt gemacht. Nach seinem Tode wurde eine konstituierende Versammlung einberufen, die das Kaiserreich zur Republik erklärte und den General Henry Christophe zum Präsidenten wählte. Das führte jedoch bald zur Spaltung. Weil die Verfassung dem stolzen und ehrgeizigen Mann zu wenig Macht einräumte, gründete er im Norden ein unabhängiges Königreich. Sein Rivale, General Pétion, wurde Prä*sident der südlichen Hälfte des* Landes, die Republik blieb.



König der Karibik: Der General Henry Christophe (1767–1820), Erbauer der Festung

FOTO: DIE WELT

König Henry Christophe gehörte zu den außergewöhnlichen Persönlichkeiten der Karibik. Geboren wurde er am 6. Oktober 1767 entweder auf der Insel Grenada oder auf der Insel St. Kitts, die beide englisch waren. Ob sein Vater Sklave oder Freigelassener war, ist *unbekannt. Henry Christophe wur*de jedenfalls nacheinander Schiffsjunge, Soldat, Kellner, Hotelmanager, Bürgermeister und schließlich also General und König.

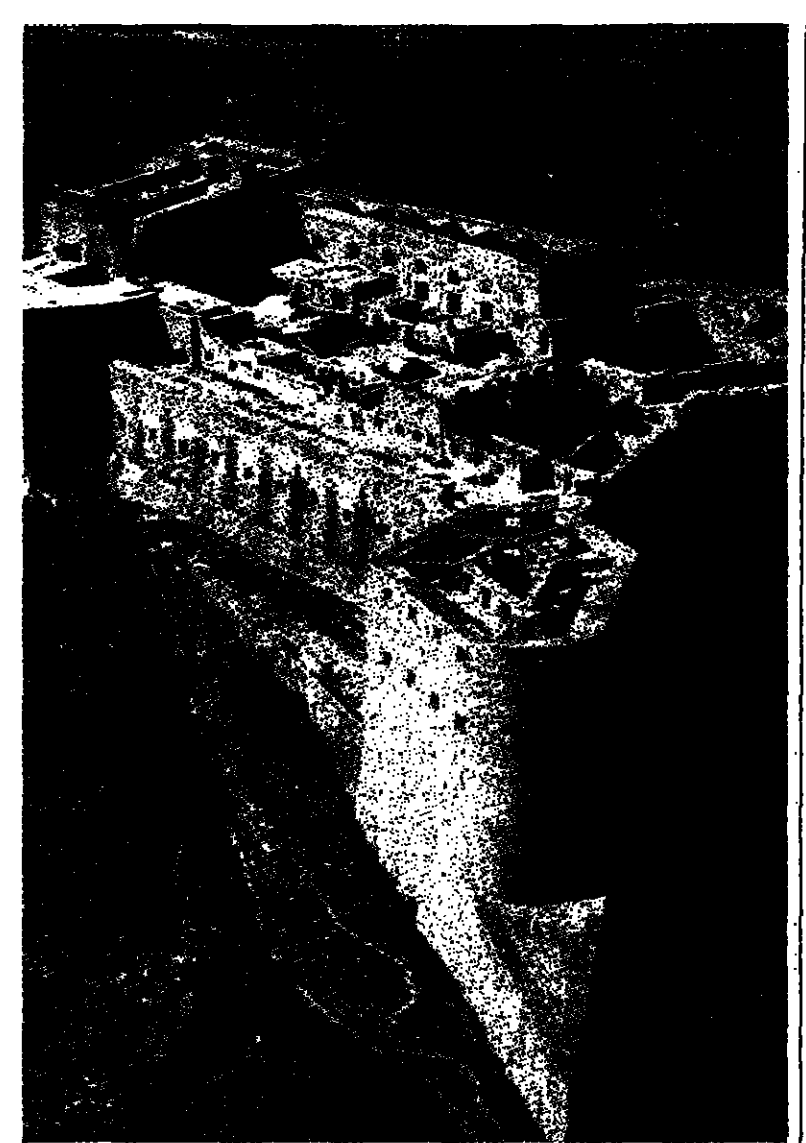
Obwohl er keinen regelmäßigen Schulunterricht genossen hatte, wußte der intelligente Schwarze, worauf es im Leben ankommt. Er kopierte die Franzosen, bis hin zu deren Zwangsmaßnahmen für die Bevölkerung. So gelang es ihm, dem unruhigen Staat eine gewisse Stabilität zu geben. Es entstanden unter seiner Herrschaft neue Dörfer und Städte, die Landwirtschaft wurde ertragreicher, das Volk entwickelte eine eigene Kultur – vereinfacht ausgedrückt: ein Amalgam von Franzosentum und Afri*kanita.*

Dieser selbstbewußte Autodidakt ließ Theater bauen, schuf Schauspielensembles, Orchester und gründete eine Druckerei. Aber er stellte auch eine schlagkräftige Armee auf. Sein Hof war durchorganisiert wie der eines französischen Königs. Daraus entstanden Kuriositäten. Ehemalige Sklaven stiegen in hohe Ränge auf und trugen als Minister oder Offiziere nicht nur prunkvollste Uniformen à la française, sondern auch recht seltsame Adelstitel. Sein Außenminister war ein Duc de Limonade, ein anderer Würdenträger nannte sich Baron de Marmelade. Sie alle waren in dem haitianischen Gotha dem „Almanach Royal d'Hayti", verzeichnet.

Ein despotischer König – und das war Henry Christophe – braucht eine sichere Wohnung. So ließ er sich mehrere Burgen und Schlösser bauen. Davon ist Sans Souci in Milot noch als Ruine erhalten sowie jene Festung, die als achtes Weltwunder bezeichnet wird und die darum die Unesco auf die „World Heritage List" setzte.

Das Besondere dieser eigenartigen Zitadelle kann man erst ermessen, wenn man sie besucht hat. Einfach ist das nicht. Ich unternahm bereits vor einigen Jahren diese „Wallfahrt". Sie begann mit einer Autofahrt von Cap Haitien zum 30 Kilometer entfernten Milot. Dort mußte man dann auf ein Pferd umsteigen. In drückender Schwüle ging es vier Stunden lang zuerst durch eine Landschaft mit Bananenstauden, Kaffee- und Kakaobäumen, dann einen steilen Serpentinenpfad aufwärts. Am *Wegrand lagen Kanonenkugeln,* Reste der einstigen Bewaffnung. Die Geschütze wurden seinerzeit von je zwanzig Mann diesen steilen Pfad unter unsagbarer Mühe hinaufgezogen. Damit die Fronarbeiter nicht schlapp machten oder gar meuterten, wurden sie geprügelt. Und immer wieder wurden Träger erschossen. „Euch wird es nicht anders ergehen", drohte man den übrigen, „wenn die Arbeit nicht zügig vorangeht." Wie viele Menschenleben dieser Bau gekostet hat, weiß niemand mehr zu sagen. Nach der letzten Serpentine lag dann die Zitadelle La Ferrière vor uns. Der Anblick übertraf alle Erwartungen. Da stand nicht irgendein Bauwerk vor uns, sondern etwas Gigantisches, Übernatürliches – und zugleich unwahrscheinlich Schönes. Wie ein verzaubertes Schlachtschiff ragte König Henry Christophes Zitadelle aus dem Bergmeer heraus.

Die Mauern sind streckenweise 20 Meter hoch und 3 Meter dick. Nur durch ein kleines, enges Portal kann man hineingelangen. La Fer*rière ist eine aus* Angst und Trotz errichtete Festung. Zehntausende von Arbeitern waren hier tätig gewesen. Die Festung konnte 15 000 Soldaten als Garnison dienen. Einige Gebäude waren der königlichen Familie vorbehalten. In den Außenmauern der Festung fehlen alle Fenster, so daß ein Überfall von draußen nicht möglich war. Die Wände sind noch heute so glatt und steil, daß niemand an ihnen hochklettern kann. In den gewaltigen Magazinen finden sich noch



Wie ein Schlachtschiff im Meer der Berge: Die „Citadelle La Férrière" auf Haiti vom Beginn des 19. Jahrhunderts

FOTOS: ARCHIV ITALIAANDER

heute Tausende von schweren Kanonenkugeln. Auf den Brüstungen stehen Geschütze französischer, englischer, spanischer und niederländischer Provenienz, einige von ihnen aus Bronze und reich verziert.

Es gibt eine Kapelle für die Soldaten, eine zweite für die königliche Familie. Und es gibt eine überdimensionale Zisterne für Regenwasser, aus der die Haushalte versorgt wurden, weil in dieser Höhe keine Quellen zu finden sind. Außerdem wurden unterhalb der Innenwände Rinnen angebracht, in denen sich Wasser, das die Mauern in der tropischen Hitze ausschwitzen, sammeln kann. Es ist schon ein ungewöhnlicher Bau, bei dem man nicht weiß, was man mehr bewundern soll, den Mut, hier ein solches Werk zu planen, oder die Ingenieurkunst, die den Plan Wirklichkeit werden ließ.

König Henry Cristophe endete im Größenwahn und schoß sich in seinem Schloß Sans Souci mit einer goldenen Kugel ins Hirn. Das war am 8. Oktober 1820. Ehe des Kö*nigs Feinde kamen,* brachten die Familie und treue Diener den Leichnam in einem Eilmarsch in die Zitadelle. Die Festung, die die Krönung seiner Herrschaft sein *sollte,* wurde *sein* Grab. Der Stein, unter dem er ruht, trägt die Worte: „Henry Christophe – l'homme".

ROLF ITALIAANDER

JOURNAL

Moskau weist britischen Filmbeitrag zurück

SAD, Moskau

Die Filmkomödie „Local Hero" mit Burt Lancaster ist von den sowjetischen Behörden als britischer Beitrag zu den 13. Internationalen Filmfestspielen im Juli in Moskau abgelehnt worden. Als offizielle Begründung nannte das sowjetische Auswahlgremium „künstlerische Mängel". Produzenten und der federführende „British Council", der den Streifen des Regisseurs Bill Forsyth und des Produzenten David Puttnam vorgeschlagen hatte, vermuten jedoch einen anderen Grund: In dem Film kommt ein mit allen Wassern gewaschener russischer Kapitän vor, der sich in den Westen absetzt. England will den zurückgewiesenen Film nicht durch einen anderen ersetzen.

Experten über Antikörper in der Krebsbekämpfung

dpa, Bonn

Mit der Möglichkeit, sogenannte monoklonale Antikörper in der Krebsbekämpfung zu verwenden, beschäftigt sich das vierte Internationale Expertentreffen der Stiftung der Deutschen Krebshilfe, das gegenwärtig in Bonn stattfindet. Monoklonale Antikörper sind Antigene, die vom Immunsystem eines Krebskranken gebildet werden und Krebszellen vernichten können. Mit ihrer Hilfe sollen Krebserkrankungen künftig besser typisiert und Tochtergeschwülste unter Zuhilfenahme radioaktiver Substanzen lokalisiert werden.

Elsässische Stadt wird Alleinerbe von L. Weiss

AFP, Zabern

Die im Mai dieses Jahres ver*storbene Politikerin Louise Weiss,* die auch als Schriftstellerin und Cineastin weltweite Anerkennung genoß, hat die elsässische Stadt Saverne (Zabern) als Allein*erbe eingesetzt. Die Stadt erhält* damit neben dem Grundbesitz von Louise Weiss zahlreiche Bilder von Malern wie Segonzac, Dufy, Vlaminck und van Dongen. Außerdem vermachte Frau Weiss, deren Familie aus der unterelsässischen Gegend stammt, der Stadt ihre vielfältigen Erinnerungsstücke an Zusammentreffen mit Persönlichkeiten der Zeitgeschichte von Tolstoi über Lenin bis de Gaulle und Haile Selassie.

Polen verfilmt Berner Botschaftsbesetzung

AFP, Warschau

Die polnischen Fernsehzuschauer werden in Kürze die Be*setzung der polnischen Botschaft* in Bern auf dem Bildschirm nacherleben können. Der Regisseur Janusz Kidawa wurde beauftragt, das Geschehen als Fernsehfilm nachzustellen. *Die* polnische Botschaft in Bern war im September vergangenen Jahres von einem Kommando von Exilpolen gestürmt worden, die damit gedroht *hatten, das Gebäude in die Luft zu* sprengen. Die Schweizer Polizei konnte die Geiselnahme drei Tage nach ihrem Beginn unblutig beenden. Der Film soll in der „DDR", in Österreich und West-Berlin gedreht werden.

Nobelpreisträger treffen sich in Lindau

dpa, Lindau

Die Bundesregierung akzeptiert es als ihre Pflicht, die Voraussetzungen für Spitzenforschung zu schaffen. „*Solche Spitzenleistun*gen sind ein wesentlicher Teil unserer Kultur", sagte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) bei der Eröffnung der 33. *Tagung der Nobelpreisträger* in Lindau am Bodensee. An der Veranstaltung, die diesmal der Chemie und den Wirtschaftswissenschaften gewidmet ist, neh*men 17 Laureaten und über 400* Studenten aus 39 Ländern teil.

Jack Lang fördert Schlöndorff-Film

AFP, Paris

Der neue Schlöndorff-Film „Un Amour de Swann", der zur Zeit in Paris abgedreht wird, wird vom französischen Staat gefördert werden. Einen entsprechenden prinzipiellen Beschluß faßte jetzt der beigeordnete Minister für Kultur, Jack Lang. Schlöndorff kann damit mit einem Kredit rechnen, der als Vorschuß auf die Einspielergebnisse verrechnet wird.

Das Festival von Vaison la Romaine

DW. Vaison la Romaine

Die südfranzösische Stadt Vaison la Romaine veranstaltet zum 31. Mai ihr Sommerfestival mit Aufführungen im Théâtre Antique und im Théâtre du Nymphée. Das Schauspiel bietet Victor Hugos „Ruy Blas", Molières „Tartuffe" und Diderots „Rameaus Neffe". Tanz ist mit Jennifer Muller, Antonio Gades' „Carmen" und dem Chicago City Ballet vertreten. Konzerte sind u. a. dem 300. Todestag Rameaus und dem 100. Todestag Wagners gewidmet. Das Festival dauert vom 8. Juli bis zum 1. August.

Franz Marcs „Vögel" im Münchner Lenbachhaus

dpa, München

Eine wertvolle Bereicherung erfährt die Sammlung des „Blauen Reiters" in der Städtischen Galerie im Lenbachhaus in München. Für drei Millionen Mark, vorgestreckt von einer deutschen Bank, konnte von einer Basler Galerie Franz Marcs Bild „Die Vögel" erworben werden.

Seit 20 Jahren Klassik: Die Kirchheimer Musiktage auf dem Fugger-Schloß

Haydn mit Donnergrollen im Rücken

Abseits vom großen Festspiel-Geschehen finden alljährlich im Fugger-Schloß Kirchheim im Ostallgäu die von der Schallplattenfirma „harmonia mundi" betreuten Kirchheimer Musiktage statt. Drei Konzerte an einem Wochenende im Juni, zumeist Auftakt oder Abschluß einer Serie von Schallplattenproduktionen, für die der Cedernsaal des Schlosses die idealen akustischen Voraussetzungen bietet.

Inzwischen ist es 20 Jahre her, seit Joseph-Ernst Fürst Fugger von Glött den Festsaal seines Schlosses für die Kirchheimer Konzerte öffnete. Anlaß genug, diesmal ein Programm zusammenzustellen, das die ein wenig festgefahrenen Rituale früherer Jahre durchbrechen sollte.

Die acht Sängerinnen und Sänger des Londoner Consort of Musicke unter der Leitung von Anthony Rooly hatten dem Eröffnungsabend ein reizvolles, wenn auch ziemlich trauriges Motto gegeben. Man stellte den Lamenti (Klagen) der „Ariadne" aus Monteverdis gleichnamiger Oper Kompositionen von Severo Bonini und Claudio Pari gegenüber, die, zur gleichen Zeit entstanden wie Monteverdis nur noch in Bruchstücken vorhandenes Werk, sich ebenfalls mit dem „Ariadne"-Thema auseinandersetzen.

Der Vergleich geht nicht immer zugunsten Monteverdis aus. Vor allem Claudio Paris zwölfteiliger Zyklus ist in seiner Ausdrucksvielfalt von unmittelbar packender Intensität. Die verschachtelte Mehrstimmigkeit bei Pari verlangt von den Sängern ein Höchstmaß an Konzentration und Virtuosität. Eine Tour de Force, die das Consort of Musicke und insbesondere die Sängerin der Titelpartie, Emma Kirkby, mühelos bewältigten.

Die beiden anderen Konzerte boten zwar die griffigeren Pro*gramme, blieben aber deutlich hin*ter dem am Vorabend gesetzten Standard zurück.

Der Pianist Jos van Immerseil versuchte, einem Hammerflügel aus dem Besitz des Kirchheimer Schlosses, der nach längeren Restaurierungsbemühungen zum ersten Mal wieder erklang, Beethovens Sonate „Pathétique" abzutrotzen. Was dabei herauskam, war eine böse Mischung aus Manieren und Hilflosigkeit. Mozarts „Kegelstatt"-Trio, das Immerseil mit dem Bratscher Ulrich Koch und dem Klarinettisten Hans Deinzer ansprechend, aber ein wenig betulich musizierte, versöhnte mit diesem Beethoven-Mißverständnis nur wenig.

Zum Finale, wie in jedem Jahr, ein Konzert des Collegium Aurium. Haydns Sinfonie Nr. 103 bestätigte zunächst den Eindruck, daß das auf Originalinstrumenten spielende Kammerorchester seine beste Zeit wohl hinter sich hat. Mit bleierner Humorlosigkeit trabten die vier Sätze einher. Dann aber wurde es draußen plötzlich dunkel, ein Gewitter kündigte sich an, und – als hätten die Musiker dieses Grollen des Himmels auf sich bezo*gen – in Mozarts „Colloredo"*-Serenade war auf einmal Stimmung da, Atmosphäre, Eindringlichkeit.

Das außerordentliche Konzert des Consorts of Musicke wurde übrigens vom WDR mitgeschnitten. Bayerns Landesmutter Marianne Strauß hörte von der 1. Reihe aus zu. Auch das ist Kirchheim: Aus Köln die Mikrophone, aus München die Majestäten.

VOLKER BOSER

Zwischen Brahms und Klangexperiment: 45. Straßburger Musikfestival

Es quakte die Ente hinterm Gerüst

Es fiel schon immer schwer, beim „Festival de Musique de Strasbourg", das jetzt zum 45. Mal stattfand, ein übergeordnetes programmatisches Konzept auszumachen, Beziehungen zwischen den einzelnen Veranstaltungen herzustellen. Auch die stärkere Brahms-Orientierung in diesem Jahr war eher eine allgemeine Huldigung zu Brahms' 150. Geburtstag, als daß sie ein brauchbares Festival-Motto abgegeben hätte – die anderen Komponisten, die anderen Werke standen zu Brahms in keinem erkennbaren Zusammenhang.

Was blieb, waren mehr oder weniger gelungene Einzelveranstaltungen. Etwa der Abend mit dem Jazz- und Happening-Musiker Michel Portal, das einzige Überbleibsel der ehemals stärkeren Festival-Ausrichtung auf zeitgenössische Musik.

Bei Portal und seiner Gruppe ist Musik ein permanentes Klangexperiment. Es gibt keine vereinbarten melodischen oder rhythmischen Gerüste; wo sich Strukturen ergeben, entstehen sie zufällig, als Folge spontaner Reaktionen. Die Stücke haben folglich auch niemals ein Ende, sie hören einfach irgendwann auf. Kein Zweifel allerdings, daß hier Profis am Werk waren, die ihr Handwerk verstehen – allerdings nur das der Instrumente-Beherrschung, nicht das der Komik. Es war jedenfalls nur mäßig witzig, als der Schlagzeuger absichtlich eine Rassel fallen ließ oder das Gequake einer Ente nachahmte.

Daß das Straßburger „Palais des Congrès" vielleicht für Jazz-Sessions, mitnichten aber für Kammermusik geeignet ist, mußte Gundula Janowitz bei ihrem Liederabend erfahren. Die Saalakustik machte ihre klare, aber gelegentlich zur Schärfe neigende Stimme noch schärfer, noch schneidender. Dafür klang Irwin *Gages Klavierton substanzlos bis* zur Ärmlichkeit, niemals stand das klangliche Ergebnis in einem vernünftigen Verhältnis zu Gages bisweilen beträchtlichem physischem Kraftaufwand. Solche akustischen Widrigkeiten ließen die interpretatorische Geschlossenheit nicht unbeeinträchtigt. Nur selten wurde die Stimmungs-Intensität etwa der Brahms-Lieder bruchlos durchgehalten; nur selten kam es dank Gundula Janowitz' überragender Gestaltungskraft zu Momenten großer, bedeutender Lied-Interpretation.

Man kann sicher über das Beethoven-Spiel des jungen jugoslawischen Pianisten Ivo Pogorelich geteilter Meinung sein – seine Wiedergabe von Ravels „Gaspard de la Nuit" ist ebenso sicher über jeden kritischen Einwand erhaben. Die hexenmeisterische Dämonie, mit der er den dritten Satz ausstattete, seine gläserne Klarheit, bei der auch im größten Tumult kein Ton verlorengeht, die unendliche Leichtigkeit seiner Läufe – all dies weist ihn unbestreitbar als Pianisten von Weltklasse aus.

Daß ihm die Klavier-Literatur der Jahrhundertwende besonders gut in den Fingern liegt, bewies er gleich noch einmal mit einer prachtvollen, explodierend ungestümen Wiedergabe von Prokofieffs sechster Klaviersonate. Problematischer ist sein Barock-Spiel: Sein Bach, seine Scarlatti-Zugaben klingen zwar bewundernswert leicht und duftig, aber eben auch ein wenig unverbindlich.

STEPHAN HOFFMANN

„DDR"-Studiobühnen: Vom Publikum geliebt, von der SED beargwöhnt

Die Antworten liegen auf der Straße

Die SED hat ein wachsames Auge. So natürlich auch auf die wenigen Experimentier- und Studiobühnen, die es in der „DDR" gibt, z. B. das „Kellertheater" (Leipzig), „Das Ei" im dritten Stock der Ost-Berliner „Volksbühne", das „Theater unterm Dach" (Altenburg) oder das „Theater im Bauhaus" (Dessau).

Auf dem Spielplan dieser Bühnen stehen mitunter Stücke, die von den SED-Kritikern heftig attackiert werden. Was an den Insze*nierungen nicht gefällt, sind der* Hang zu einer metaphorischen Bildsprache, angefüllt mit akustischen und optischen Effekten, sowie das Interesse an dramatisch geformten Situationen, die das Individuum in existentiellen Entscheidungszwängen zeigen. In Stücken wie Uwe Saegers „Flugversuch", Albert Wendts „Kellerfalle", Jürgen Groß' „Match", Fred Wanders „Bungalow" oder Ernst Tollers expressionistischem „Hinkemann" geht man scharf und bissig ins Gericht.

Mit der Arbeit der Experimentier- und Studiobühnen in der „DDR" und in anderen Ostblockstaaten beschäftigten sich die Leiter der Theaterverbände kommunistischer Länder auf einer Tagung, die vor einiger Zeit in Moskau stattgefunden hatte. Warum „die Zahl und Wirksamkeit" dieser Bühnen „gewachsen" ist, wurde beispielsweise gefragt. Wieso finden sie „so großen Zuspruch beim Publikum"? Weshalb arbeiten Darsteller, Regisseure und Bühnenbildner „mit besonderer Engagiertheit auf diesen Bühnen"? In diesem Zusammenhang stellte die Ost-Berliner Zeitschrift „Theater der Zeit" fest: „Die Fragen wurden dort, wo sie aufgeworfen wurden" – in Moskau –, „nicht beantwortet."

Dieses Eingeständnis unterstreicht die Unfähigkeit kommunistischer Kulturfunktionäre, die einfachsten theaterpolitischen Fragen zu beantworten. Dabei müßten die Antworten nur auf der Straße aufgesammelt werden. Die wenigen „DDR"-Experimentier- und Studiobühnen finden beim Publikum deshalb so starken Zuspruch, weil – wie ein *Leser* in einer Zuschrift an den Ost-Berliner „Sonntag" beklagte – von den großen Bühnen keine künstlerischen Impulse ausgehen, Richtungweisendes nicht repräsentiert wird „und Experimente so gut wie gestorben sind". Darsteller, Regisseure und Bühnenbildner arbeiten mit besonderem Engagement auf den kleinen Bühnen, weil sie sich hier ansatzweise experimentell um die Ausprägung eines eigenen Stils sowie anderer theatralischer Kommunikations- und Wirkungsmöglichkeiten bemühen können.

Die SED setzt allerdings der Experimentierfreudigkeit eine klare ideologische Grenze, indem sie jegliche Kritik am gesellschaftlichen System des real existierenden Sozialismus verbietet. Dazu schrieb der Ost-Berliner Publizist Martin Linzer in „Theater der Zeit", daß in der „DDR" aus „berechtigter Sorge vor der Aufgabe realistischer Positionen und einer Eskalation modernistischer Experimente das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, dem Experiment, der ungewohnten theatralischen Lösung prinzipiell mit Mißtrauen bis hin zur politischen Diffamierung begegnet" werde. Er müsse feststellen, „daß es uns noch immer nicht gelingt, den Weizen von der Spreu zu sondern, echt avantgardistische Versuche zu erkennen und zu unterstützen". Man sollte sie vor „leichtfertigen Vorwürfen" schützen, „die so schnell und bequem zu haben *sind, wenn doch nur neue* Absichten, neue Lösungen alte Lese- oder Sehgewohnheiten verletzten". Linzer plädiert für eine bühnenkünstlerische Arbeit, „wo neue Mittel und Spielweisen ausprobiert, wo Entdeckungen gemacht, wo die Lust am Abenteuer-Theater gesucht wird".

Vernünftige Forderungen, die sich nur dann in die Tat umsetzen ließen, wenn die Stalinisten den Künstlern mehr Freiheit gewährten. Das aber liegt nicht im Interesse der SED, und so wird das „DDR"-Theater vorerst ein Konservierungsmittel für fortschritts- und menschenfeindliche gesellschaftliche Zustände bleiben.

HARALD BUDDE

Gutenberg-Museum in Mainz zeigt die graphische Welt des Seymor Chwast

Meine Hand, die hat acht Finger

Es ist lobenswert, daß das Mainzer Gutenberg-Museum auch die Gebrauchsgraphik in sein Ausstellungsprogramm einbezieht. So stellt es jetzt „Die graphische Welt von Seymor Chwast" vor. Dafür steht dem Museum ein reiches Material zur Verfügung, Plakate und Schallplattenhüllen, Schriftentwürfe und Kinderbücher, Markenzeichen und Titelbilder von Zeitschriften. Also alle jene Graphiken, mit denen sich Chwast als ein einfallsreicher, pointierter und seiner Wirkung bewußter Künstler erwiesen hat.

Es ist das Spiel mit Nostalgie und Surrealismus, es sind die Anleihen bei der Art Deco oder den Naiven, auch der den Regeln klassischer Typographie widersprechende Umgang mit der Schrift, die diesen Arbeiten Aufmerksamkeit sichern. Und weil Chwast die naheliegende, die einfache Lösung verschmäht, den Betrachter zum Um-die-Ecke-Denken verleitet, haben sie auch einen intellektuellen Witz.

Da sieht man beispielsweise ein Plakat im Stile der Zigarettenwerbung der Jahrhundertwende mit einer rauchenden Schönen. „Smoke Cancerettes" fordert der Text, denn „A pox in every puff" (etwa: Die Pest in jeder Rauchwolke). Auf einem anderen Anti-Rauch-Plakat ist ein Kopf mit vier Mündern zu sehen. „Welcher Mund ist falsch?" fragt die Oberzeile. „Der, der raucht!" liest man weiter unten. Ein wohlangezogenes Bein in Schwarz mit schwarzen Schuhen, aus dem sich jedoch knallbunte Schnürbänder ringeln, wirbt für ein Trickfilmstudio, oder eine Hand mit acht Fingern, weil acht berühmte Graphiker für das Studio arbeiten.

Wie gesagt: Seymor Chwast ist eine Freude. Nur die Ausstellung ist es nicht. Der Besucher erfährt nämlich nicht, wer dieser Chwast ist, welche Rolle er und die gemeinsam mit Milton Glaser und Edward Sorel 1954 gegründeten Push Pin Studios für das Graphik-Design in Amerika – und inzwischen auch in Europa – spielen. Man sieht in der Ausstellung zwar einige Beispiele der „Push Pin Graphic", aber was das Besondere dieser Haus- und Werbezeitschrift der Studios ist, kann man nirgendwo lesen. Die Beschriftungen begnügen sich mit zwei Zeilen – in Englisch. Und das Heft, das an Stelle eines Katalogs verkauft wird, ist nur eine Selbstdarstellungsbroschüre der Agentur Pushpin Lubalin Peckolick, wie das Studio jetzt firmiert. Diese Broschüre (ebenfalls nur in Englisch) enthält Arbeiten aller Mitarbeiter der Agentur und des vor zwei Jahren verstorbenen Herb Lubalin. Aber welcher Entwurf von wem stammt, wird nicht gesagt. Die Interessen eines potentiellen Agenturkunden sind eben andere als die eines Museumsbesuchers.



Werbung mit Witz: Plakat von Seymor Chwast

FOTO: DIE WELT

Das alles besser zu machen wäre für einen Museumsmann die Arbeit von zwei, drei Tagen gewesen. Er hätte dabei bloß auf die hektographierten Materialien der Züricher Ausstellung über die Push Pin Studios oder auf die vielen Veröffentlichungen in „Graphis" zurückzugreifen brauchen. So hat von der Ausstellung nur etwas, wer eh schon Seymor Chwast und die Push Pin Studios kennt. (Bis 21. Aug.; Broschüre: 16 Mark)

PETER DITTMAR

Was Europäer von den „Amis" lernen können

HANS J. STÜCK, New York

Durstige zieht's nicht selten in die Kneipe, Kranke brauchen einen Arzt und Mobile ein Auto. Sieht man, wie in den USA *Bedürfnisse* dieser Art befriedigt werden, legt man seinen europäischen Hochmut sehr schnell ab. Beim Vergleich haben die Amerikaner, die oft als über-materialistisch verschrien sind, die Nase klar vorn.

Beginnen wir mit den Kneipen, Bars mit ellenlangen Theken, an denen natürlich auch hier kein Freibier ausgeschenkt wird. Doch dafür gibt's gratis Popcorn und Leckerbissen wie Gürkchen, Erdnüsse, Spießchen und Käse. Man fragt sich, warum sich kaum deutsche Kneipiers dazu aufraffen. Fördern doch die Knabbereien für kleines Geld Durst und Atmosphäre.

Der Barmixer erwartet auch hier ein Trinkgeld, das aber, falls nicht zu knickrig, schon nach zwei, drei Besuchen seine Folgen hat: Dann gibt's ein Bierchen umsonst, oder der Whisky pur, sonst scharf abgemessen, füllt das Glas bis zum Rand. Mitunter geschieht das so regelmäßig, daß man schier gezwungen wird, zur weniger großzügigen Konkurrenz zu gehen, um nicht ständig betrunken zu sein.

Bei den US-Ärzten besticht weniger die Großzügigkeit. In vielen Praxen hängt sogar ein Schild des Inhalts, daß Patienten „gebeten" werden, die Behandlungsgebühr sofort nach Ende des Besuchs bei der Praxissekretärin zu entrichten. Doch dafür ist der Herr Doktor kein Halbgott in Weiß, sondern ein (meist *exzellenter) Fachmann* für medizinische Dienstleistungen, der sich nicht schämt, seine Praxis etwa in einem Einkaufszentrum zu führen.

Der US-Arzt umgibt sich nicht mit der Aura des Geheimnis- und Hoheitsvollen, er geht auf den Menschen und sein Problem mit nüchterner Anteilnahme ein.

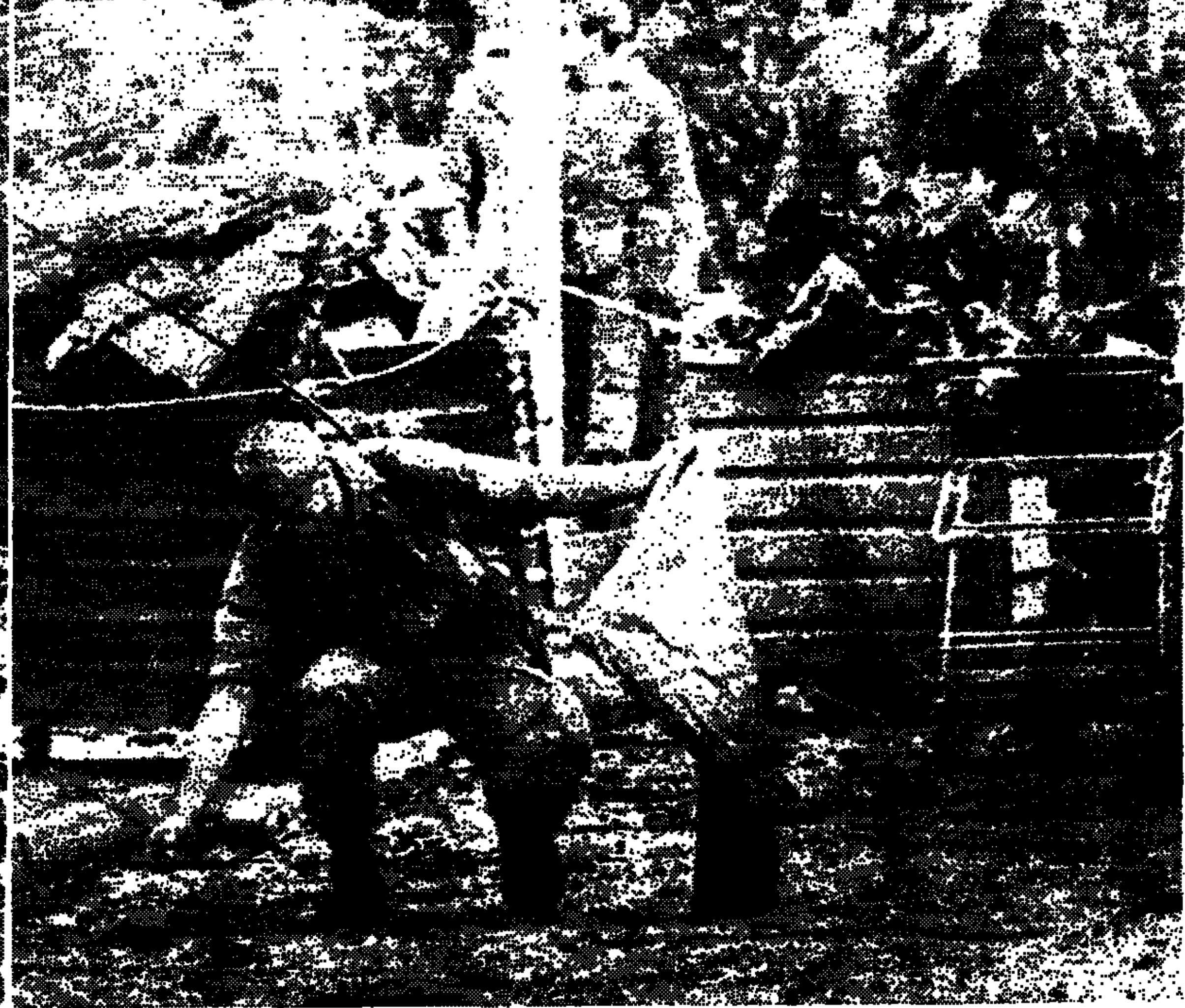
Beim ersten Besuch gibt es in der Regel zunächst einen langen Plausch, daß man sich schon fragt, ob man zum Kaffeeklatsch eingeladen wurde.

Der größte Unterschied zu „Old Germany" besteht freilich beim Autofahren: Wer sich zum Beispiel zur Rush-Hour aus einem Parkplatz in den fließenden Verkehr einfädeln *will, sieht sich häufig so gigantischen* Fahrzeugknäueln auf mehreren Bahnen gegenüber, daß das Erspähen und Ausnutzen einer Lücke im meist aggressiv fahrenden Europa mindestens zehn Minuten dauern würde. In Amerika ist schon eine Minute lang, denn jeder Fahrer nimmt automatisch Rücksicht und stoppt, wenn er damit einem anderen helfen kann. Das mag zwar für den innerstädtischen Bereich New Yorks nicht ganz so zutreffen, denn New Yorker sind bekanntlich immer in Eile, aber überall sonst heißen die nervenschonenden Mottos: „Eile mit Weile" und „Seid nett zueinander".

So anachronistisch ist eben Goethes Wort vom „Amerika, du hast es besser", nun auch wieder nicht. Auch in „Gottes eigenem Land" sind die Möglichkeiten mittlerweile begrenzt. Doch lernen können die Europäer noch immer von den „Amis".

Nach der Katastrophe von Biberach fordern die Anwohner endlich Maßnahmen gegen Tieffliegerei





Biberach – eine Stätte der Verwüstung. „Ich dachte, der Krieg hat begonnen", berichtete ein Rentner entsetzt. Ein französischer Militärpolizist (Bild oben) bei der Spurensicherung. FOTOS: AP

„O Gott, was für grauenhafte Bilder"

Sieben Menschen kamen bei der Katastrophe von Biberach ums Leben. Die drei Vermißten haben sich gestern gemeldet. Unter den zehn Verletzten liegen drei auf Leben und Tod in den Krankenhäusern. Die Behörden haben den Geschädigten rasche finanzielle Hilfe versprochen. *Der Schaden geht hoch in die* Millionen. Die Unglücksursache ist noch nicht bekannt. Fest steht nur, daß sich der Pilot der Privatmaschine ordnungsgemäß beim Kontrollturm Birkenhard gemeldet hatte.

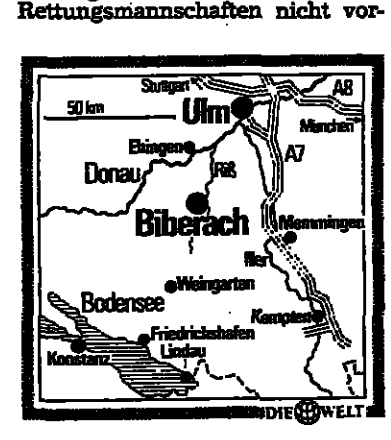
XING-HU KUO, Biberach

Dies waren keine Schau-„Lustigen" – die Menschen bildeten eher eine große Trauergemeinde. Schweigend verharrten Hunderte im Regen um das abgeriegelte Gelände des Flugzeugabsturzes im Ortsteil Birkendorf der Gemeinde Biberach. Dort waren am Montag morgen um 11.26 – diese Uhrzeit blieb vielen Augenzeugen im Gedächtnis haften – die brennenden, *tödlichen* Teile eines französischen Militärflugzeugs vom Typ Mirage auf die bescheidenen einstöckigen Häuser einer Industrie- und Wohnsiedlung hinabgestürzt.

Noch Stunden später standen denjenigen, die von diesem Flugzeugabsturz verschont geblieben waren, Schrecken und Entsetzen ins Gesicht geschrieben. Noch am Abend war vielen der 28 000 Einwohner dieses idyllischen oberschwäbischen Städtchens an der Riß die Katastrophe unbegreiflich.

Nur leise, wenn überhaupt, wird *in der zerstörten Wohnsiedlung* über die Ereignisse gesprochen. Vor allem, wenn die Menschen das mondkraterartige Trümmerfeld betrachten, verstummen sie: Ein angesengtes Schild „Café Grün" vor der Straße, in der drei Häuser total zerstört wurden, erinnert an das einst friedliche Leben in jener Siedlung mit zwei Einkaufszentren, drei Tankstellen und der dominierenden chemisch-pharmazeutischen Fabrik Dr. Thomae. Ein leitenden Angestellter dieses 3000-Mann-Unternehmens berichtete über den Moment des Schreckens: „Ich leitete gerade eine Sitzung. Plötzlich wackelten Tische und Möbel: Ein Riesenknall, unvergleichlich lauter als der übliche Lärm der Düsenjäger. Dann ein Feuerball, der in den Himmel schoß. Viele Mitarbeiter rannten aus dem Betrieb" – hinein in jene Unglückssiedlung, wo sie wohnen.

Die Feuerwehr der Firma war dann als erste am Katastrophenort. Dort spielten sich schreckliche Szenen ab, während Hunderte von Sanitätern, Bundeswehrsoldaten und andere Helfer in einem chaotischen Durcheinander Tote und Verletzte aus den brennenden Trümmern herauszuholen versuchten. So hoffte ein 52jähriger Chemiker der Thomae-Werke, vor den Trümmern seines Hauses sitzend, immer noch auf das Auftauchen seiner Frau. Der schwerbeschädigte Mann wurde von den Rettungsmannschaften nicht vorgelassen. Stundenlang saß er am Straßenrand: „Hilft mir denn niemand? Ich warte auf meine Frau." Sie gehört sehr wahrscheinlich zu den Opfern.



Ein 68jähriger Spätaussiedler: „Es war wie im Kriege bei einem Bombardement. Als ich die Feuersäule sah und den Donner hörte, *dachte ich, der Krieg ist ausgebrochen.*" Als alter Soldat warf er sich flach auf den Boden, „und schon flogen die ‚Stahlgeschosse' um mich herum. Meinen Kopf hielt ich mit den Händen fest." Dem Mann passierte nichts.

Maria Hermann, die Bewohnerin eines der getroffenen Häuser im Meisenweg, konnte sich „nur im Unterrock bekleidet" in letzter Sekunde retten. Ihrem Mann brannten bereits die Haare – er ist außer Lebensgefahr.

Nicht nur Scherben, Splitter, Glas und Gesteinsbrocken flogen durch die Gegend. Es wurde viel grausiger. Die Leute sind entsetzt: „Leichenteile", sagen sie. „Leichenteile flogen durch die Luft." „O Gott", murmelt eine Frau, „was für grauenhafte Bilder mußte man erleben."

Zu den Opfern gehören der Pilot der Mirage, ein Oberstleutnant, *die* beiden 42jährigen Geschäftsleute aus der Sportmaschine und vier Bewohner der zerstörten Häuser. Trotzdem spricht man im Ort noch vom „Glück im Unglück". Wäre das Flugzeug Bruchteile von Sekunden früher, etwa auf die Pharma-Fabrik, die Einkaufszentren oder gar auf die Tankstellen gestürzt, das Ausmaß wäre nicht auszudenken gewesen.

Ein Taxifahrer: „Offenbar hat der französische Mirage-Pilot sich selber geopfert und den Schleudersitz nicht betätigt. Er wollte wohl versuchen, auf freiem Feld zu landen, hat es leider nicht geschafft." Dort, auf jener Wiese, standen noch am Abend Bundeswehr- und Sanitätshubschrauber bereit, um weitere Verletzte abzutransportieren.

Nicht wenige Biberacher brachten gleichzeitig ihre Empörung über die Tiefflüge von Militärflugzeugen zum Ausdruck: „Seit Jahren ist doch bekannt, wie gefährlich das ist, es kam doch immer wieder zu Beinahe-Zusammenstößen in der Luft." Wenigstens jetzt, so hoffen sie, „muß doch etwas dagegen unternommen werden. Dann hätte dieses Unglück trotz allem noch einen Sinn gehabt."

Ballonabsturz, weil die Seile rissen?

AP, Bad Kissingen

Ein Materialfehler war möglicherweise die Ursache des Ballonabsturzes, bei dem zwei Amerikaner Montagabend in der Nähe der Gemeinde Schondra im unterfränkischen Landkreis Bad Kissingen unweit der „DDR"-Grenze den Tod fanden. Ein Polizeisprecher in Schweinfurt erklärte gestern, Polizeibeamte hätten mit Ferngläsern das Unglück beobachtet. Diese Beamten hätten angegeben, daß offenbar die Seile gerissen seien, an denen die Gondel am Ballon hing. Dann sei die Gondel mit den beiden Ballonfahrern wie ein Stein zur Erde gestürzt, während der Ballon sich selbständig machte und mit der Luftströmung abtrieb. Er wurde nicht mehr gefunden. Zur Zeit des Unglücks herrschte heiteres Sommerwetter ohne Windböen oder andere witterungsbedingte Einwirkungen.

Bei den Toten handelt es sich um den 49jährigen Donald Ida aus Colorado und den 48jährigen Maxie Anderson aus Neumexiko, die sich am Gordon-Benett-Ballonwettbewerb von Paris nach Prag beteiligten. Sie wollten offnenbar in der Nähe von Schondra landen, um nicht über „DDR"-Gebiet zu geraten. Angeblich hatten die „DDR"-Behörden eine bereits erteilte Überfluggenehmigung zurückgezogen. Anderson war 1978 weltberühmt geworden, als er mit zwei Männern als erster Ballonfahrer den Atlantik überquert und mit seinem Ballon Eagle II westlich von Paris gelandet war. 1981 hatte Anderson versucht, mit dem Ballon von Kairo aus die Erde zu umrunden. Das Unternehmen mußte jedoch in der Nähe der indischen Hauptstadt Neu-Delhi abgebrochen werden, weil der Ballon nicht hoch genug flog, um das Himalaja-Gebiet zu überwinden.

Arm angenäht

AP, Stoke Mandeville

Seinen von einer Heubündelmaschine abgetrennten linken Arm hat ein 33jähriger britischer Landarbeiter noch etwa anderthalb Kilometer weit getragen, ehe er in ein Krankenhaus gebracht wurde. Dort wurde der Arm in einer zehnstündigen Operation wieder angenäht.

Verschulden der Eltern

dpa, Karlsruhe

Eltern müssen Streichhölzer so verwahren, daß sie von kleinen Kindern nicht ohne weiteres erblickt oder erreicht werden können. Dies geht aus einem gestern veröffentlichten Urteil des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe hervor. Nach dieser Entscheidung müssen Eltern für einen Feuerschaden zahlen, den ihr Kind mit Streichhölzern verursacht hat. (AZ.: VI ZR 263/81)

Brücke eingestürzt

AP, Greenwich

Beim Teileinsturz einer Schnellstraßenbrücke über den Mianus im US-Staat Connecticut sind gestern mindestens drei Personen getötet und drei weitere verletzt worden. Mehrere Fahrzeuge stürzten in den Fluß. Die Brücke war aus noch unbekannten Gründen auf einer Länge von rund 100 Metern zusammengebrochen.

Jäger trifft Jogger in Fuß

dpa, Traunstein

Von seinem Hochsitz aus hat ein 55jähriger Jäger in einem Wald bei Wallmoning (Landkreis Traunstein) auf einen Jogger geschossen. Die Kugel aus seinem Gewehr durchschlug den linken Fuß des 24jährigen. Dem Schuß war offenbar ein Streit vorausgegangen. Der Schütze will auf den Waldläufer geschossen haben, nachdem dieser versucht habe, den Jäger vom Hochsitz zu stoßen.

Kein Urteil im Fall Calvi

dpa, London

Der aufsehenerregende Tod des italienischen Bankiers Roberto Calvi, der vor einem Jahr an einer Themsebrücke in London erhängt aufgefunden wurde, bleibt weiter für Spekulationen offen. Das ist die Folge eines Untersuchungsverfahrens, das jetzt in der britischen Hauptstadt zu Ende ging. Eine Jury konnte sich nicht entscheiden, ob der 62 Jahre alt gewordene Bankier sich selbst tötete oder ob er umgebracht würde. Die Geschworenen verzichteten auf ein Urteil.

Unfallserie in der „DDR"

AP, Berlin

In den vergangenen vier Tagen hat es in der „DDR" eine Serie von schweren Verkehrsunfällen gegeben. Wie die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN gestern meldete, haben in diesem Zeitraum bei 671 Verkehrsunfällen 32 Menschen ihr Leben verloren, 625 Personen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt.

LEUTE HEUTE

Konkreter Rekord

Durchaus konkrete Millionenrekorde wurden bei einer Versteigerung abstrakter Kunst in London aufgestellt. Für eine 51 Zentimeter große Mondrian-„Komposition mit Rot, Blau und Gelb" zahlte der japanische Händler **Shigeki Kameyama** sechs Millionen Mark. Der bisherige Höchstpreis für ein abstraktes Gemälde waren 3,1 Millionen Mark für ein Werk de Koonings.

Der Höhepunkt

Drei Tage nach seiner Visite in der Bundesrepublik Deutschland konnte US-Vizepräsident **George Bush** bei seinem Besuch in Schweden einen Erfolg verbuchen – auf dem Tennisplatz. Der 59jährige Amerikaner gewann in der Königlichen Tennishalle von Stockholm mit dem fünfmaligen Wimbledon-Sieger **Björn Borg** ein Doppel gegen den 46 Jahre alten, ehemaligen schwedischen Davis-Cup-Star **Erik Lundquist** und den 60jährigen US-Botschafter **Wilhelm Wachtmeister** mit 3:6, 6:1, 6:3. Kommentar von Bush: „Das war der Höhepunkt meines Lebens und das bisher Erregendste der ganzen Europareise."

Scheidung in Monte Carlo

Die prunkvoll geschlossene Ehe zwischen dem einstigen deutschen Spitzenmodell **Ellen Erhardt** (30) – Branchenname: **Fritzi** – und dem englischen Millionenerben **Michael Pearson** (39) ist nach sechs Jahren zu Ende. „Geheiratet haben wir in Deutschland, geschieden wird in Monte Carlo", wird der Steuerflüchtling Pearson zitiert. Die Hoffnung, eines Tages den Adelstitel einer Lady zu erwerben, hat sich damit für Fritzi zerschlagen. Pearson ist der älteste Sohn des Großverlegers (Penguin-Taschenbücher, Longman-Buchverlag, „Financial Times") **Viscount Cowdray.**

Zum zweiten Mal entkam Roll durch dasselbe Fenster

Bundesweite Fahndung nach dem geisteskranken Kidnapper, auf dessen Konto drei Entführungen gehen

HORST DALCHOW, Hamburg

Einer der gefährlichsten Kindesentführer der Bundesrepublik ist zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit entkommen. Der 44jährige Jörg-Hagen Roll hat aller Wahrscheinlichkeit nach bereits weitere Verbrechen geplant. Die Fahndung ist auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt worden. Der Alarm erreichte die Polizei am Montag gegen 18.25 Uhr, nachdem der abartige Verbrecher aus dem Krankenhaus im Hamburger Stadtteil Ochsenzoll verschwunden war. Von dort war Roll durch dasselbe Fenster am 29. Januar dieses Jahres entkommen und konnte erst 26 Tage später im Harz gefaßt werden. Auch diesmal gelang ihm die Flucht durch die Hilfe eines Mitgefangenen, obwohl er ständig unter Aufsicht stehen sollte.

Der 31jährige Komplize ist ebenfalls geflüchtet. Er war in dem Zimmer untergebracht, dessen Fenstergitter Jörg-Hagen Roll am 29. Januar schon einmal durchgesägt hatte. Bis heute ist es nicht gelungen, *dieses Fenster* ausbruchsicher zu machen. Nach Angaben eines Sprechers der Justizbehörde seien damals Teile aus Spezialstahl bestellt, jedoch noch nicht geliefert worden. Wie Roll oder sein Komplize in den Besitz von Sägeblättern gekommen sind, müsse noch geklärt werden. Wahrscheinlich habe jemand von außen geholfen. *Roll sei nur fünf bis sieben Minuten* ohne Aufsicht gewesen. Er konnte sein Zimmer nur durch einen Wachraum verlassen, der offenbar vorübergehend nicht besetzt war. Zu diesem Zeitpunkt muß das Fenstergitter des Nachbarzimmers jedoch längst durchgesägt gewesen sein. Niemand hatte es bemerkt, obwohl „Kontakte zu anderen Patienten" der geschlossenen Anstalt nach Meinung des Krankenhaus-Direktors „nicht ganz zu verhindern" sind.

Der entkommene Häftling war 1982 zu zehn Jahren Freiheitsentzug und Unterbringung in einer Heilanstalt verurteilt worden. Er hatte in Hamburg-Blankenese einen achtjährigen Jungen entführt und in einem Gartenhaus an der Ostseeküste gefangengehalten. Unmittelbar nach der Übergabe der geforderten Lösegeldsumme von 900 000 Mark konnte Roll jedoch festgenommen werden. Bereits 1970 hatte er in München einen fünfjährigen Jungen entführt, 25 000 Mark kassiert und war entkommen.

Er konnte erst ein Jahr später gefaßt werden, als er für die Freilassung eines in Bad Godesberg entführten siebenjährigen Jungen 200 000 Mark in Empfang nehmen wollte. Ein Gericht in München verurteilte Roll 1972 zu 13 Jahren Haft. Er wurde jedoch bereits am 27. Juni 1980 zur Bewährung entlassen. *Die Gefängnisverwaltung* hatte ihm „tadelloses Verhalten" bescheinigt. Hinweise von Mithäftlingen, Roll plane bereits weitere Entführungen, wurden nicht ernst genommen. Schon während des Prozesses in München waren Gutachter zu dem Schluß gekommen, daß die Handlungen des Angeklagten „läppisch" seien und die *Gefahr einer Wiederholung nicht* bestünde.

Erst ein Richter in Hamburg erkannte die abartige Veranlagung des Jörg-Hagen Roll. Durch sein Urteil wollte er sicherstellen, daß der Kidnapper „nie wieder an ein Kind herankommt". Seine Absicht wurde nun durch Nachlässigkeit zunichte gemacht.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Ein Randtief verlagert sich zur nördlichen Nordsee und weiter nach Schleswig-Holstein. Sein Ausläufer greift von Nordwesten her auf Deutschland über.



Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Berlin: Im Süden meist noch aufgelockerte Bewölkung, sonst im Norden und später auch in der Mitte Deutschlands Bewölkungsverdichtung und zeitweise Regen. Tageshöchsttemperaturen 15 bis 20 Grad. Tiefstwerte 9 bis 14 Grad. Schwacher bis mäßiger, an der See auch frischer Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten:

Meist stark bewölkt, gelegentlich Regen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	29°
Bonn	16°	Kopenh.	15°
Dresden	16°	Las Palmas	22°
Essen	15°	London	15°
Frankfurt	17°	Madrid	21°
Hamburg	14°	Mailand	22°
List/Sylt	14°	Mallorca	27°
München	13°	Moskau	21°
Stuttgart	15°	Nizza	23°
Algier	25°	Oslo	13°
Amsterdam	16°	Paris	15°
Athen	27°	Prag	14°
Barcelona	23°	Rom	20°
Brüssel	16°	Stockholm	16°
Budapest	23°	Tel Aviv	29°
Bukarest	29°	Tunis	27°
Helsinki	15°	Wien	18°
Istanbul	25°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5.09 Uhr, Untergang: 21.42 Uhr, **Mondaufgang:** 0.47 Uhr, Untergang 9.56 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Das strenggehütete Geheimnis wiegt 471 Karat

M. GERMANI, Johannesburg

Südafrikas zur Zeit bestgehütetes Geheimnis nach der Frage, ob das Land die Atombombe besitzt oder nicht, befindet sich seit wenigen Tagen in einem Safe der De Beers Gesellschaft: ein neuer Riesendiamant. Er soll – 471 Karat (ct) wiegen, unglücklicherweise aber in der Brechmaschine in zwei Stücke zerbrochen sein. Die Brechmaschine zerteilt das Muttergestein, in dem der Diamant enthalten ist. Diamantschleifer in Johannesburg schätzen den Wert des Steines trotzdem auf 23 Millionen Mark, vorausgesetzt er ist von weißer Farbe und frei von Einschlüssen, wie es die Bergleute in Cullinan bei Pretoria behaupten. Auf jeden Fall soll er die Größe des letzten großen „Klunker", des „Premier Rose", der vor fünf Jahren gefunden worden ist und ungeschliffen 353, 9 ct. wog, übertreffen. Ein Karat entspricht 0,2 Gramm. Der Name stammt angeblich vom Johannisbrotbaum, „Keratonia Siliqua", dessen getrocknete Samen von alters her zum Wiegen von Edelsteinen benutzt wurden und dem heute international genormten Gewicht ungefähr entsprechen. Damit reiht sich der neue, unbekannte Diamant in die Serie geheimnisumwobener Riesendiamanten, mit ihren oft abenteuerlichen und für die Besitzer vielfach tragischen Geschichten, ein.

Nach dem Ort Cullinan wurde auch der bisher größte Diamant von 3025 ct. benannt, der an einem Januar-Abend 1907 die Sonnenstrahlen des afrikanischen Sonnenunterganges reflektierte und damit dem Minenaufseher im wahrsten Sinne des Wortes ins Auge fiel. Die Transvaal-Regierung machte den Stein ihrem Kolonialherrn, König Eduard VII. von England, zum Geschenk. Der freilich war etwas enttäuscht über das schlichte Aussehen des Steines, und da er außerdem einen kleinen Einschluß aufwies, wurde er nach Amsterdam zur Schleiferei Asscher geschickt. Erst beim zweiten Spaltversuch fiel der Stein in zwei Teile und der Firmeninhaber, so heißt es, in Ohnmacht. Insgesamt wurden aus dem „Cullinan" neun große und 96 kleine Steine geschliffen, die sich heute alle im englischen Kronschatz befinden. Der größte, der 516karatige „Stern von Afrika", ist im englischen Königszepter zu sehen.

Wenn die Prinzessin von Wales, Diana, eines Tages an der Seite von Charles zur Königin gekrönt wird, befindet sich in ihrer Krone ein seit Jahrhunderten bekannter Diamant: Der „Koh-i-Noor", der „Berg des Lichtes", wie der Perser Nadir Schah voller Erstaunen ausrief, als er ihn erblickte. Nadir hatte den Stein, der seit dem 13. Jahrhundert bekannt ist, 1739 erobert. Von einer Haremsdame des besiegten Scheichs erfuhr Nadir, daß der Herrscher das Juwel in seinem Turban verborgen hielt. Zum Zeichen unverbrüchlicher Freundschaft forderte Nadir Schah seinen besiegten Gegner auf, die Turbane zu tauschen. Doch Nadir hatte nicht lange Freude an dem Stein und wurde auf dem Weg zurück nach Persien ermordet. Der „Koh-i-Noor" blieb in Indien und wurde 1850 der Königin Victoria als „Wiedergutmachung" nach den Punjab-Kriegen überreicht.

Als einer der geheimnisvollsten Steine nach „Regent" und „Sancy" wird heute der „Blue Hope" angesehen. Der Sonnenkönig Ludwig XIV. kaufte den ursprünglich 112 ct. wiegenden, blauen Diamanten 1668 von dem Diamantenhändler Tavernier und gab ihn seiner damaligen Maitresse, der berüchtigten Montespan, die ihre schwarzen Messen, angeblich nur mit diesem Edelstein bekleidet, feierte. Später gehörte dieses Juwel der unglücklichen Marie-Antoinette. Sie endete auf der Guillotine; ihre Freundin, „die Lamballe", wurde ebenfalls während der Französischen Revolution gelyncht. Nach dem Diebstahl der Kronjuwelen 1792 wurden der „Regent" und „Sancy" wiedergefunden, der blaue Diamant blieb indes verschwunden. Er tauchte erst 1830 als viel kleinerer blauer Diamant von 44½ ct. wieder auf, diesmal im Besitz des Londoner Bankiers Henry Hope. Dessen Sohn wurde vergiftet. Von da an wechselt der Juwel ständig die Besitzer: ein russischer Fürst, eine Tänzerin, ein türkischer Sultan: Alle starben eines unnatürlichen Todes. Sogar einem amerikanischen Ehepaar, das beim Untergang der „Titanic" umkam, soll er kurzfristig gehört haben. Der letzte Besitzer war der amerikanische „Diamanten-König" Henry Winston, der ihn sicherheitshalber dem Smithonian Museum in Washington vermachte.

Heute gehören die meisten Diamanten, wenn sie nicht in den Museen liegen, amerikanischen Millionären oder arabischen Ölscheichs. Erhalten sind die englischen Kronjuwelen im Tower in London und der russische Schatz, der im Kreml gezeigt wird. (SAD)

ZU GUTER LETZT

Johannes Paul II., der mehr als drei Stunden lang ohne Dolmetscher mit Jaruzelski gesprochen hat. Aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

